STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel:

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19180112

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats-und Universitätsbibliothek Hamburg – Carl von Ossietzky –
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
https://www.sub.uni-hamburg.de

Nr. 10. Sonnabend, den 12. Januar 1918. 32. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo" erscheint täglich, außer Montags.
Bezugspreis: durch die Austräger wöchentlich 40 ₰, monatlich ℳ 1,75, vierteljährlich ℳ 5,20 frei ins Haus. Einzelnummer in der Expedition und den Filialen 6 ₰, bei den Straßenhändlern 10 ₰, Sonntagsnummer 10 ₰. Kreuzbandsendungen monatlich ℳ 2,70, für das Ausland monatlich ℳ 4,—.

Redaktion: Fehlandstraße 11. 1. Stock. Hamburg 36. Expedition: Fehlandstraße 11. Erdgeschoß.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Peterson in Hamburg.

Anzeigen die neungespaltene Petitzeile oder deren Raum 45 ₰. Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen 25 ₰ zuzüglich 20 pZt. Teuerungszuschlag. Anzeigen-Annahme Fehlandstr. 11, Erdgeschoß (bis 4 Uhr nachm.), in den Filialen (bis 3 Uhr), sowie in allen Annoncen-Bureaus. Platz- u. Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Reklamen im redaktionellen Teil werden weder gratis noch gegen Entgelt aufgenommen. — Buchhandlung Erdgeschoß, Buchdruckerei-Kontor 1. Stock, Fehlandstr. 11.

Der Verständigungsfrieden
und die künftigen deutsch-russischen Beziehungen.

Von Hermann Müller-Reichenbach.

S. A. K. Die deutsche Sozialdemokratie hat seit Kriegsbeginn einen Frieden ohne Annexionen gefordert. Sie wurde deshalb von allen Reaktionären mit steigender Wut bekämpft. Als die deutsch-russischen Friedensverhandlungen an der Jahreswende 1918 vorläufig unterbrochen wurden, weil die derzeitigen russischen Staatsleiter in den amtlichen deutschen Auffassungen über die geplante Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes in den besetzten Grenzgebieten den Wunsch nach verschleierten Annexionen erblickten, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer Erklärung vom 6. Januar 1918 unzweideutig bekundet, „daß sie jedem Mißbrauch des Selbstbestimmungsrechtes zum Zwecke verschleierter Annexionen mit Entschiedenheit entgegentreten werde". Mit dieser Erklärung hat die sozialdemokratische Fraktion den breiten Massen in Stadt und Land aus dem Herzen gesprochen, die seit dem Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen im Osten erleichtert aufgeatmet hatten, weil sich endlich ein Hoffnungsschimmer auf die Beendigung des Völkermordens gezeigt hatte, und die nur bedauerten, daß sich dieses günstige Zeichen zunächst nur im Osten bemerkbar machte, während die Machthaber im Westen das Sehnen der Massen nach dem Abschluß eines Verständigungsfriedens leider noch mit Gewalt niederhalten können. Das letztere würde ihnen freilich bedeutend erschwert werden, wenn es im Osten wirklich zum Abschluß eines Friedens käme. Diese Tatsache würde in Frankreich, Italien und selbst in England eine tiefere Wirkung auslösen als die Faktoren, die bisher bereits auf die Stimmung in den Ländern der Westmächte deprimierend gewirkt haben. Ein allgemeiner Friede, den wir Sozialisten grundsätzlich und baldigst wünschen, ist zurzeit noch nicht zu haben. Das haben die letzte Rede Lloyd Georges und Wilsons neueste Botschaft deutlich bewiesen. Der Abschluß eines Verständigungsfriedens im Osten würde den Freunden eines Verständigungsfriedens in den Westländern in ihrem Kampfe gegen die annexionistischen Kriegshetzer die beste Waffe liefern.

Aber so wichtig es wäre, daß wir, nachdem Mars seit so langer Zeit die Stunde regiert, eine Friedenstatsache erlebten, die für einen baldigen allgemeinen Frieden weiterwirken würde, bei unserer Forderung auf Abschluß eines Verständigungsfriedens zwischen den Mittelmächten und Rußland kommen noch andere Gesichtspunkte von größter Bedeutung in Frage. Rußland und Deutschland sind ihrer geographischen Lage nach auch in Zukunft berufen, sich wirtschaftlich zu ergänzen. Rußland wird sich dank seiner Naturschätze auch nach diesem Kriege sicher wirtschaftlich in nicht zu ferner Zeit wieder erholen. Die wirtschaftlichen Tatsachen werden in Rußland dahin wirken, daß dieses Reich nicht zerfällt. Wenn sich auch einzelne Randvölker, wie die früher schon loser mit Rußland verbundenen Finnen, politisch völlig unabhängig machen, wenn auch die Polen nach eigenem Wunsche und im Einverständnis mit Rußland ihr eigenes Staatswesen wieder aufrichten sollten, so sind ohne Zweifel die Großrussen und die Ukrainer auf Grund einer langen gemeinsamen Geschichts- und Volkswirtschaft so aufeinander angewiesen, daß sie sich nicht ganz trennen können, wobei ganz dahingestellt bleiben mag, ob in dem zukünftigen Rußland die früheren großrussischen Eroberer oder die kapitalistisch kräftig entwickelten Ukrainer mehr die Führung übernehmen werden. Jedenfalls ist die starke Los-von-Rußland-Bewegung in der Ukraine wirklich nicht da, mögen die deutschen Anhänger verschleierter Annexionen noch so sehr von solchen angeblichen Plänen der Ukrainer schwärmen.

Rußland wird zunächst noch vorwiegend Agrarstaat bleiben. Wenn es nicht der Gegenrevolution anheimfällt — und das letztere würde nur wahrscheinlich sein, wenn ihm der Friede noch lange vorenthalten bliebe —, so wird es vermutlich nach dem Frieden ein republikanischer Staatenbund werden, dessen Politik in erster Linie von den Bauernmassen bestimmt werden wird, in dem aber auch die Arbeitermassen sich starke Geltung zu verschaffen wissen werden.

In Anbetracht der ökonomischen Struktur Rußlands ist nicht anzunehmen, daß die Bolschewiki dauernd Rußland beherrschen werden, so sehr auch anerkannt werden wird, daß sie sich ein welthistorisches Verdienst dadurch erworben haben, daß sie durch ihr Hinarbeiten auf die Einstellung der Feindseligkeiten dem Frieden eine breite Gasse bahnen halfen. Der Frieden, der hoffentlich bald mit der sich nicht zuletzt auf den Willen der russischen Armee stützenden Regierung der russischen Volkskommissare abgeschlossen werden kann, muß auch nach deutschem Interesse so beschaffen sein, daß spätere russische Regierungen seinethalben keine Schwierigkeiten erhalten, wenn sie eine den dauernden Weltfrieden sichernde Politik zu treiben gewillt sind. Der Frieden, der mit Rußland geschlossen werden soll, hat die größte Bedeutung für die Bildung der öffentlichen Meinung in dem künftigen russischen Reiche. Auch in dem künftigen Rußland werden die Imperialisten nicht ausgestorben sein. Die Miljukows und Gutschkows werden dort wieder Propaganda zu treiben suchen und unter Zuhilfenahme chauvinistischer Agitation besonders auch unter den zahlreichen russischen Analphabeten sich auch der Zahl nach eine größere Anhängerschaft zu verschaffen suchen. Solches Treiben würde den russischen Reaktionären erleichtert werden, wenn der zu schließende Frieden für Rußland schmerzende Wunden hinterließe, an denen Pseudopatrioten fortwährend rühren könnten.

Und solche Wunden würden selbst jene Kreise schmerzen, die grundsätzlich Gegner des Krieges sind. Wie eine unter dem Zwange des Krieges erfolgende Losreißung von Kurland mit seinen für Rußland hochwichtigen Ostseehäfen auf die geistige Verfassung des künftigen Rußland einwirken würde, darüber haben die russischen Sozialisten, die im September als Delegation des Arbeiter- und Soldatenrates in Stockholm waren, keinen Zweifel gelassen. In jener Delegation waren neben den Menschewiki die Sozialistenrevolutionäre und die Bundisten vertreten. Und wer zweifelt im Ernst daran, daß die Massen der Letten und Esten ebenso denken? Die Arbeit, die im künftigen Rußland die Sozialisten aller Fraktionen für einen dauernden Weltfrieden leisten werden, darf nicht dadurch erschwert werden, daß der jetzige Krieg mit offenen oder verschleierten Annexionen abschließt. Das müssen wir fest im Auge behalten. Unsere Kinder und Enkel hätten es in einem neuen Weltkriege zu büßen, wenn in Rußland Revanchepolitiker eines Tages einen Friedensvertrag, der in weiten Kreisen als Schmach empfunden würde, zerreißen könnten.

Die Friedensverhandlungen
in Brest-Litowsk.

WTB. Brest-Litowsk, 10. Januar.

Die gestern unterbrochene Plenarsitzung wurde heute vormittag 11 Uhr unter dem Vorsitze des Staatssekretärs v. Kühlmann fortgesetzt.

Die Friedenspolitik der Ukraine.

Als erster Redner führte der ukrainische Staatssekretär für Handel und Industrie Holubowitsch folgendes aus: Die durch den Krieg erschöpften gequälten Völker sehnen sich nach Frieden. In dieser Sehnsucht nach Frieden haben die Vertreter der Demokratie Groß-Rußlands, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Angriffe seitens eines Teiles der russischen Gesellschaft und der Presse, kühn die Schützengräben der kriegführenden Mächte überschritten zu dem Zweck, um nicht auf dem Schlachtfelde durch Blut und Eisen, sondern auf den Wegen eines freundschaftlichen Uebereinkommens zwischen den Völkern den für die ganze Welt erwünschten allgemeinen Frieden zu erreichen. Nachdem mit den Friedensverhandlungen begonnen worden und die Prinzipien des Friedens bekanntgegeben worden sind haben Sie mit Recht eine Pause von zehn Tagen eintreten lassen, um dadurch den Staaten, die bisher an den Friedensverhandlungen nicht teilnahmen, die Möglichkeit zu geben, diesen beizutreten. Unser Staat, die Ukrainische Volksrepublik, deren Volk stets zum Frieden geneigt war, hat als erster auf Ihren Ruf geantwortet.

Nachdem durch das dritte Universal der Ukrainischen Zentralrada vom 7./20. November ihre staatliche Stellung bestimmt worden ist, nimmt die Ukrainische Volksrepublik im gegenwärtigen Augenblick ihre internationale Existenz wieder, die sie vor mehr als 250 Jahren verloren, und tritt jetzt in vollem Umfange in die ihr auf diesem Gebiete zukommenden Rechte und in die internationalen Beziehungen ein. Auf Grund der obigen Vorstellung hält es das Generalsekretariat, die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik, für richtig, auf den jetzigen Friedensverhandlungen eine selbständige Stellung einzunehmen, und hat die Ehre, den Regierungen der hier vertretenen Mächte folgende Note zu überreichen:

Die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik, das Generalsekretariat, bringt hiermit allen kriegführenden und neutralen Staaten folgendes zur Kenntnis: Mittles Universals Nr. 8 der Ukrainischen Zentral-Rada vom 7./20. November 1917 wurde die Ukrainische Volksrepublik proklamiert und durch diesen Staatsakt die völkerrechtliche Stellung der letzteren bestimmt. Die Schaffung eines föderativen Bundes aller im gegebenen Momente auf dem Territorium des ehemaligen russischen Reiches entstandenen Republiken anstrebend, knüpft die Ukrainische Volksrepublik durch das Generalsekretariat bis zum Zeitpunkt der Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung in Rußland sowie der Regelung einer völkerrechtlichen Vertretungsfrage zwischen der Ukrainischen Volksrepublik einerseits und der Bundesregierung des künftigen Staatenbundes anderseits selbständige völkerrechtliche Beziehungen an. Das Generalsekretariat erachtet es soweit für unumgänglich, alle Staaten und Völker der Welt über das Verhalten der Ukrainischen Volksrepublik gegenüber den Friedensverhandlungen, die dieser Tage in Brest-Litowsk zwischen den Vertretern des Rates der Volkskommission einerseits und der Regierungen der gegen Rußland kriegführenden Mächte anderseits beginnen, in Kenntnis zu setzen. Unerschütterlich daran festhaltend, daß der gegenwärtige Krieg für alle Staaten, insbesondere für die arbeitenden Klassen jeden Staates das schwerste Uebel bedeutet, daß alle kriegführenden Staaten etwaigen Eroberungsabsichten entsagen und die Friedensverhandlungen unverzüglich einleiten sollten, hat die Ukrainische Zentral-Rada, das Parlament der Ukrainischen Republik, es für unumgänglich befunden, gleich nach der Verkündigung der Ukrainischen Republik eine aktive Politik in der Friedensfrage einzuleiten. Die Ukrainische Zentral-Rada hat also, nachdem sie in ihrem dritten Universal die Notwendigkeit eines unverzüglichen Friedensschlusses verkündet, es für unumgänglich erachtet, die Schließung eines Waffenstillstandes zu erstreben. Zu diesem Zwecke wurden die Vertreter des Generalsekretariats an der Südwestfront sowie an der rumänischen Front, die gegenwärtig zu einer einzigen ukrainischen Front unter Leitung der Regierung der Ukrainischen Volksrepublik vereinigt sind, geschickt. Gleichzeitig hat die Ukrainische Zentral-Rada das Generalsekretariat beauftragt, die verbündeten Mächte von diesen Verhandlungen in Kenntnis zu setzen, was seinerzeit seitens des Generalsekretariats vollzogen wurde. In der Folge hat der Rat der Volkskommission im Einverständnis mit den Regierungen der gegen Rußland kriegführenden Staaten die Waffenstillstandsangelegenheit an allen Fronten Rußlands in die Hand genommen und hat das Generalsekretariat seine Vertreter nach Brest-Litowsk behufs Kontrolle und Information geschickt. Hierbei erachtet es das Generalsekretariat für notwendig, hervorzuheben, daß der Vertreter des Rats der Volkskommissare, ungeachtet dessen, daß sie über die Ankunft der Delegierten der Regierung der Ukraine zwecks Teilnahme an den Verhandlungen in Kenntnis gesetzt worden waren, einen allgemeinen Waffenstillstand selbständig ohne jedwedes Einverständnis mit der Ukrainischen Volksrepublik gefertigt haben. Gegenwärtig, daß der Rat der Volkskommissare gemäß dem letzten Punkte der Bedingungen des allgemeinen Waffenstillstandes die Friedensverhandlungen mit den Regierungen Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und Bulgariens in Brest-Litowsk beginnt, erklärt das Generalsekretariat im Namen der Ukrainischen Volksrepublik folgendes:

1. Die gesamte Demokratie des Ukrainischen Staates strebt die Beendigung des Krieges in der ganzen Welt an, einen Frieden zwischen allen gegenwärtig kriegführenden Staaten, einen allgemeinen Frieden.

2. Der zwischen allen Mächten zu schließende Friede muß demokratisch sein und einem jeden, auch dem kleinsten Volke und Staate, das volle, durch nichts beschränkte nationale Selbstbestimmungsrechts sichern.

3. Für die Ermöglichung eines wirklichen Willensausdrucks der Völker müssen entsprechende Garantien geschaffen werden.

4. Es ist demnach jedwede Annexion, d. h. jedwede gewaltsame Angliederung oder Uebergabe irgend eines Landteiles ohne Einverständnis seiner Bevölkerung unzulässig.

5. Ebenso unzulässig sind vom Standpunkte der Interessen der arbeitenden Klassen jedwede Kriegsentschädigungen, welche Form auch immer ihnen beigegeben würde.

6. Den kleinen Völkern und Staaten, die infolge des Krieges beträchtlichen Schaden oder Verwüstungen erlitten haben, muß gemäß den Regeln, die auf Friedenskongressen ausgearbeitet werden müssen, eine materielle Hilfe erwiesen werden.

7. Die Ukrainische Volksrepublik, die gegenwärtig auf ihrem Territorium die ukrainische Front besetzt hält und in den völkerrechtlichen Angelegenheiten, vertreten durch ihre Regierung, welcher der Schutz der ukrainischen Volksinteressen obliegt, selbständig auftritt, muß gleich den übrigen Mächten an allen Friedensverhandlungen, Konferenzen und Kongressen teilnehmen können.

8. Die Macht des Rates der Volkskommissare erstreckt sich nicht auf ganz Rußland, demnach auch nicht auf die Ukrainische Volksrepublik. Es kann daher der aus Verhandlungen mit den gegen Rußland kriegführenden Mächten eventuell resultierende Friede für die Ukraine nur dann verpflichtend werden, wenn die Bedingungen dieses Friedens durch die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik angenommen und unterzeichnet würden.

9. Im Namen des gesamten Rußlands kann nur diejenige Regierung, und zwar ausschließlich eine Bundesregierung, Frieden schließen, die von allen Republiken und staatlich organisierten Gebieten Rußlands anerkannt sein würde. Wenn aber eine solche Regierung in nächster Zeit nicht gebildet werden könnte, so kann diesen Frieden nur eine geeinigte Vertretung jener Republiken und Gebiete schließen.

An dem Prinzip eines demokratischen Friedens unerschütterlich festhaltend, strebt das Generalsekretariat gleichzeitig eine möglichst rasche Herbeiführung eines allgemeinen Friedens an und legt großes Gewicht allen Versuchen bei, die seine Verwirklichung näher bringen können. Das Generalsekretariat hält es daher für unumgänglich, seine Vertretung auf der Konferenz in Brest-Litowsk zu besitzen, indem es gleichzeitig hofft, daß die endgültige Lösung der Friedensangelegenheit auf einem internationalen Kongresse erfolgen wird, zu dessen Beschickung die Regierung der Ukrainischen Volksrepublik alle Kriegführenden auffordert.

Der Präsident des Generalsekretariats:
Winnitschenko.
Der Staatssekretär für internationale Angelegenheiten:
Schulgin.

In Erwiderung auf die Ausführungen des ukrainischen Staatssekretärs Holubowitsch erklärte der Vorsitzende Staatssekretär v. Kühlmann:

Meine Herren! Wir nahmen von den Ausführungen des Vorsitzenden der ukrainischen Delegation und von dem Inhalte der uns gemachten Mitteilungen mit lebhaftem Interesse Kenntnis. Ich schlage vor, daß die ukrainische Note als wichtiges historisches Dokument den Akten des Kongresses einverleibt werde. Die Vertreter der verbündeten Mächte begrüßen im Sinne ihres Telegramms vom 26. Dezember 1917 die in Brest-Litowsk erschienenen ukrainischen Vertreter. Die Vertreter der verbündeten Mächte behalten sich ihre Stellungnahme zu den Einzelheiten der Ausführungen der ukrainischen Delegierten vor.

Anschließend hieran sprach der Vorsitzende den Wunsch aus, einige Fragen zu stellen, um Unterlagen für die Beschlußfassung der verbündeten Mächte zu schaffen. Bisher wurde mit den Vertretern der Petersburger Regierung über sämtliche das russische Gebiet betreffenden Angelegenheiten verhandelt. Es müsse daher an den Vorsitzenden der Delegation der Petersburger Regierung die Frage gerichtet werden, ob er und seine Delegation auch ferner die Angelegenheiten des gesamten Rußlands hier diplomatisch zu vertreten beabsichtigen.

Trotzki gab hierauf folgende Erklärung:

In Kenntnis der durch die ukrainische Delegation veröffentlichten Note des Generalsekretariats der Ukrainischen Volksrepublik erklärt die russische Delegation ihrerseits, daß sie in vollem Einvernehmen mit der grundsätzlichen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes jeder Nation bis zur vollen Lostrennung kein Hindernis für die Teilnahme der ukrainischen Delegation an den Friedensverhandlungen finde.

Ueber die Bedeutung der Erklärung entspann sich eine längere Diskussion, die schließlich in die Frage zusammengefaßt wurde, ob die ukrainische Delegation eine Unterabteilung der russischen Delegation darstelle oder ob sie in diplomatischer Beziehung als Vertretung eines selbständigen Staates zu behandeln sei.

Die Frage wurde von Trotzki dahin beantwortet, daß er sie als erledigt betrachte, da die ukrainische Delegation als selbständige Vertretung hier auftrat und da von keiner Seite ein anderer Vorschlag gemacht wurde.

Der Vorsitzende der ukrainischen Delegation dankte hierauf dem russischen Vertreter für diese Stellungnahme und für die Art, worin diese aufgenommen wurde. Er nehme an, daß dadurch die selbständige Stellung, die seine Abordnung bei den Friedensverhandlungen einzunehmen habe, bestimmt sei, daß nämlich die ukrainische und russische Abordnung zwei getrennte, selbständige Delegationen derselben Partei bildeten.

Erklärungen Trotzkis.

Nachdem Staatssekretär von Kühlmann mit Zustimmung der Versammlung erklärt hatte, daß diese Präliminarfrage vorerst zwischen den Delegationen der Verbündeten beraten würde und ihre weitere Erörterung im Plenum vorbehalten bleibe, ergriff der erste Delegierte der russischen Delegation Trotzki das Wort.

Er erklärte einleitend, er halte es für notwendig, vorerst das Mißverständnis zu beseitigen, das sich in die Verhandlungen einschlich. Die russische Delegation stellt fest, daß das offizielle, in den deutschen Zeitungen veröffentlichte Protokoll der Sitzung vom 27. Dezember 1917 in dem Teil, worin die Rede des Vorsitzenden der russischen Delegation wiedergegeben wurde, dem entspreche, was sich in dieser Sitzung ereignet. Was das der russischen Delegation gänzlich unbekannte wirkliche oder fiktive Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur anbelange, auf welches sich die deutsche Presse und Staatssekretär von Kühlmann berufen, so müsse die russische Delegation hierüber zunächst Erkundigungen einziehen.

Trotzki gab dann seinem Bedauern Ausdruck, daß das Mißverständnis, das in keinem Zusammenhange mit den Arbeiten der Delegationen stehe, eintrat. Was dem von den militärischen Vertretern der drei anderen Delegationen unterstützten Protest des Generals Hoffmann gegen Artikel in der Presse, Funksprüche, Aufrufe usw. betreffe, so müsse er erklären, daß weder die Bedingungen des Waffenstillstandes, noch der Charakter der Friedensverhandlungen die Freiheit der Presse und des Wortes begrenzten.

Nach diesen Vorbemerkungen ging Trotzki auf den Inhalt der von dem Vorsitzenden der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation abgegebenen Erklärungen ein und führte aus: Fürs erste bestätigen wir, daß wir in vollem Einvernehmen mit dem vorher gefaßten Beschluß die Friedensverhandlungen weiterführen wollen, ganz abgesehen davon, ob sich die Mächte der Entente anschließen oder nicht. Wir nehmen die Erklärung der Delegationen des Vierbundes zur Kenntnis, daß die Grundlagen des allgemeinen Friedens, die in ihrer Deklaration vom 25. Dezember formuliert waren, jetzt hinfällig werden, da die Länder der Entente während der zehntägigen Frist sich den Friedensverhandlungen nicht angeschlossen haben. Wir unsererseits halten an den von uns proklamierten Grundsätzen des demokratischen Friedens fest. Was den russischen Vorschlag auf die Verlegung der weiteren Verhandlungen auf neutrales Gebiet anbelange, so sei dieser auf den Wunsch zurückzuführen, für beide Seiten gleich günstige Verhältnisse herzustellen. Die öffentliche Meinung Rußlands nehme übrigens daran Anstoß, daß die russische Delegation Verhandlungen in einer von deutschen Truppen besetzten Festung führe, zumal es sich hier um das Schicksal lebendiger Völker handle. Die technischen Schwierigkeiten, welche das Verlegen der Verhandlungen auf neutrales Gebiet mit sich bringe, könne die russische Delegation ebensowenig gelten lassen, wie die Furcht vor Machenschaften der Entente, wogegen sich Rußland selbst zu schützen wisse. Unter Hinweis auf die von der maximalistischen Regierung bisher konsequent befolgte Regierungspolitik und die von ihr bewiesene Unabhängigkeit bemerkte Trotzki weiter, er habe absolut keine Gründe, anzunehmen, daß die Diplomatie der Entente auf neutralem Boden gegen den Frieden mit größerem Erfolge operieren könne als in Petersburg. Gegenüber der vom Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation ausgesprochenen Befürchtung, die Regierungen Englands und Frankreichs könnten vor wie hinter den Kulissen versuchen, das Zustandekommen des Friedens zu verhindern, halte er es für nötig zu erklären, daß die maximalistische Politik ohne Kulissen auskomme, da diese Waffe der alten Diplomatie durch das russische Volk zusammen mit vielen anderen Dingen in dem siegreichen Aufstande vom 25. Oktober abgeschafft wurde. Wenn also nach der Ansicht der russischen Delegation technische und politische Umstände das Schicksal des Friedens nicht unbedingt an Brest-Litowsk als Verhandlungsort knüpfen, so vermöge die russische Delegation nicht an einem anderen vom Reichskanzler erwähnten Argument vorüberzugehen. Gemeint sei jener Teil der Rede des Grafen Hertling, worin dieser außer auf das gute Recht und das loyale Gewissen auch auf die Machtstellung Deutschlands hingewiesen habe. Die russische Delegation habe weder die Möglichkeit noch die Absicht, zu bestreiten, daß ihr Land durch die Politik der bis vor kurzem herrschenden Klassen geschwächt sei, aber die Weltstellung des Landes werde nicht nur durch den augenblicklichen Stand seines technischen Apparates bestimmt, sondern auch durch die in ihm wohnenden Möglichkeiten, wie ja auch die wirtschaftliche Kraft Deutschlands nicht nur nach dem heutigen Stande seiner Verpflegungsmittel beurteilt werden dürfe. Ebenso wie die große Reformation des 16. und die große Revolution des 18. Jahrhunderts die schaffenden Kräfte des deutschen und französischen Volkes zum Leben weckten, so wurden durch die große Revolution in Rußland die schaffenden Kräfte des russischen Volkes geweckt und entfaltet. Aber die russische Regierung schrieb an die Spitze ihres Programms das Wort Frieden. Die hohen Sympathien, welche das russische Volk den Völkern der Verbündeten entgegenbringe, bestärke es in dem Wunsche, schleunigsten Frieden, der auf der Verständigung der Völker begründet sein werde, zu erreichen, und um den Mächten des Vierbundes den Vorwand des Abbruches der Friedensverhandlungen aus technischen Gründen zu entziehen, nehme die russische Delegation die Forderung, in Brest-Litowsk zu bleiben, an. Sie bleibe in Brest-Litowsk, um keine Möglichkeit in dem Kampfe um den Frieden unausgenutzt zu lassen. Indem die russische Delegation auf ihren Vorschlag wegen Verlegung der Verhandlungen auf neutralen Boden verzichte, beantrage sie, zur Fortsetzung der Verhandlungen überzugehen.

Auf den Vorschlag des Vorsitzenden wurde dann beschlossen, am Nachmittage zwischen den Delegationen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns einerseits und Rußlands andererseits eine interne Beratung abzuhalten.

Gesteigerter Feuerkampf im Westen.

Amtlich. WTB. Großes Hauptquartier, 11. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

Versuche des Feindes, überraschend nach Feuervorbereitung am Morgen des 10. Januar südöstlich von Ypern in unsere Stellungen einzudringen, scheiterten.

Tagsüber entwickelte sich an der flandrischen Front und südwestlich von Cambrai lebhafter Artilleriekampf.

Zwischen Moeuvres und Marcoing steigerte sich das englische Feuer am Abend und bei Tagesanbruch vorübergehend zu großer Heftigkeit.

Auch die französische Artillerie war beiderseits von St. Quentin und in einzelnen Abschnitten zwischen Oise und Aisne rege.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Westlich von Blamont erhöhte Gefechtstätigkeit.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Feindliche Schiffsverluste im Mittelmeer.

Amtlich. WTB. Berlin, 11. Januar.

Neue U-Booterfolge im Mittelmeer: 12 Dampfer mit 36000 Br.-Reg.-To. — Die Schiffe hatten meist wertvolle Ladungen für Italien und die englische Kriegswirtschaft im Orient. — In besonders geschickt und hartnäckig durchgeführten Angriffen gelang es, zwei Geleitzüge aufzureiben und dabei 6 Dampfer zu vernichten. Unter diesen konnten festgestellt werden: die beladenen bewaffneten englischen Dampfer „Fiscus", 4170 Br.-Reg.-To., „Turnbridge", 2874 Br.-Reg.-To., „Cliftondale", 3811 Br.-Reg.-To. und „Weverley", 3853 Br.-Reg.-To. Letztere beiden mit je 5000 To. Kohlen nach Malta bezw. Port Said unterwegs. — Von dem englischen Dampfer „Cliftondale", der mit zwei 15 cm-Mörsern und einer 7,6 cm-Schnellade-kanone bewaffnet war, wurde der Kapitän gefangen genommen. Ferner wurde der bewaffnete italienische Dampfer „Pietro", 3860 Br.-Reg.-To., in überraschendem Angriff durch Geschützfeuer niedergekämpft, während der durch Bewacher gesicherte englische Dampfer „Persier" 3874 Br.-Reg.-To., der beladen auf dem Wege nach Otranto war, einem Torpedo zum Opfer fiel. An den vorstehenden Erfolgen war in hervorragender Weise Kapitänleutnant von Arnauld de la Periere beteiligt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Die Bedeutung des feindlichen Verlustes erhellt wenn man sich vorstellt, daß allein die beiden erwähnten Kohlendampfer soviel Brennstoff führten, die 1000 Eisenbahnwagen von je 10 To. zu fassen vermögen. Bezeichnend für den Mangel an Geschützen, der durch die feindliche U-Bootabwehr veranlaßt wird, ist die Meldung über die eroberten 15 cm-Mörser. Derartige Geschütze pflegt man nur für Steilfeuer im Landkrieg zu verwenden. Auf See haben sie wegen der Schwierigkeit des Treffens bei ungenauer Entfernungsmessung im Zusammenhang mit der langen Flugzeit des Geschosses nur sehr bedingten Wert.

Lloyd George und die Arbeiter.

Die sehr gereizte Stimmung der englischen Arbeiterschaft, von der wir in der Donnerstagnummer des „Hamb. Echo" Notiz genommen haben, ist, wie vorauszusehen war, durch die neueste Rede Lloyd Georges vor den Gewerkschaftsführern keineswegs beschwichtigt worden.

Die „Morning Post" meldet: Die erste englische Gewerkschaftsversammlung, die nach der Rede Lloyd Georges abgehalten wurde, die Tagung der Liverpooler Hafenarbeiter, sprach sich in einer Resolution gegen die Kriegsziele Lloyd Georges aus.

Nach einer weiteren Meldung der „Morning Post" haben sich Arbeiterparteiler und Irländer im Unterhaus zusammengeschlossen, um gegen das Ministerium Lloyd George Sturm zu laufen und für einen baldigen Frieden zu agitieren. Das Blatt erklärt weiter, man vermisse immer noch eine offizielle Zustimmungskundgebung der Trade Unions zu der Kriegszielrede Lloyd Georges.

Auf eine solche Zustimmung wird man wohl vergeblich warten denn auch Henderson und Snowden haben an der Rede des Premierministers allerlei auszusetzen. Nach einem ergänzenden Berichte über die Stellungnahme Hendersons zu Lloyd Georges Rede hat Henderson u. a. diese bemerkenswerten Ausführungen gemacht:

Es ist Tatsache, daß fast alle sozialistischen Parteien Europas Friedensprogramme aufstellen, und wenn wir sie vergleichen, finden wir sie in den Grundfragen übereinstimmend. Sie verfolgen alle dasselbe zentrale Ziel weiter. Auf die Gleichheit der Ziele der russischen Arbeiter und der Bolschewiki

eingehend, führte Henderson aus: Wir nahmen den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Nationalitäten an. Die Zukunft Irlands hängt von der Entscheidung der jetzt in Dublin tagenden Konvention von Irländern ab. Die Arbeiterpartei wird jede Lösung, zu der die in der genannten Körperschaft vertretenen Parteien und Gruppen gelangen, willkommen heißen und ohne Widerrede annehmen. Aber die Arbeiterpartei nimmt den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts für alle Völker an und glaubt, daß sich auch für Aegypten und Indien durch eine schleunige Erweiterung der Institutionen der Selbstverwaltung nach dem Grundsatz der Dominien dies erreichen läßt. Ferner nehmen wir den Grundsatz an: keine Annexionen. Wir werden keinen Landerwerb aus dem Kriege herausschlagen. Gegenüber Völkerschaften, die von ihren derzeitigen Beherrschern frei zu sein wünschen, aber nicht stark genug sind, auf eigenen Füßen zu stehen, halten wir uns moralisch für verpflichtet, ihnen internationalen Schutz zuzusichern. Aber wir wünschen diese Aufgabe nicht allein zu übernehmen, außer wenn eine Friedenskonferenz oder eine ähnliche internationale Autorität uns darum ersucht. Kriegsentschädigungen wollen wir keine, aber wie unsere russischen Genossen verlangen wir eine völkerrechtsgemäße Gutmachung des den Nationen und Einzelpersonen angetanen tatsächlichen Schadens. Wir ersuchen die russischen Genossen, nicht zu glauben, daß die imperialistische britische Presse irgendwie die wahren Gefühle des britischen Volkes, weder der Soldaten noch der bürgerlichen Bevölkerung, darstellt. Wenn wir uns in Stockholm oder anderswo hätten treffen können, würden wir uns längst gegenseitig besser verstehen gelernt haben. Angesichts der Wichtigkeit der Forderung, daß die künftige Regelung auf der breiten Grundlage des Willens der Völker der beteiligten Länder erfolge, gehört die Verweigerung von Pässen nach Stockholm zu den größten Mißgriffen des Krieges. Wir wiederholen gegen diese Entscheidung und unterstützen den beifälligen Protest der französischen Genossen gegen die Verweigerung von Pässen nach Petersburg. Das britische Arbeitertum hat sich jetzt über das Kriegszielprogramm geeinigt. Wir machen nunmehr die größten Anstrengungen, eine neue interalliierte Konferenz vorzubereiten als Vorläufer für eine ständige Konferenz der gesamten Arbeiterbewegung der Welt. Wir wünschen nichts sehnlicher, als die freieste und vollste Aussprache mit den Vertretern des Arbeitertums herbeizuführen, zunächst unter unseren Bundesgenossen, alsdann mit den Neutralen und gegenwärtigen Feinden. (Henderson erwähnte nicht Elsaß-Lothringen. Seine Auffassung des Selbstbestimmungsrechts der Nationalitäten beschränkt sich jedenfalls, soweit Völker unter britischer Herrschaft in Betracht kommen, auf die Zugestehung der Selbstverwaltung innerhalb des britischen Reichskörpers und hat völlige Selbständigkeit nicht im Auge. Der Verdacht ist nicht abzuweisen, daß er im Einverständnis mit Lloyd George handelt, um zunächst einmal durch die Neuaufnahme des Konferenzgedankens die Aufmerksamkeit der Arbeiter von der Fortsetzung des Krieges abzuziehen.)

Der entschiedene Gegner der englischen Kriegspolitik, Snowden, äußerte sich einem Reuterbericht zufolge zur Rede Lloyd Georges im allgemeinen befriedigt bemerkte aber, Lloyd George sollte nach Brest-Litowsk oder Stockholm gehen oder wo sonst die Russen und Deutschen zusammenträten. Nach seiner Ansicht darüber befragt, ob die Lloyd George-Rede in Deutschland günstig aufgenommen würde sagte Snowden: Meines Erachtens sollte jedermann dankbar dafür sein, daß den verschiedenen kriegführenden Gelegenheit gegeben werden soll, zusammenzukommen.

Frankreich vor der letzten Anstrengung.

Nach einer Havasmeldung sagte der Senatspräsident Dubost bei Wiedereröffnung der Sitzungen im neuen Jahre: Das Jahr 1917 hat allen bereits auf Frankreich gehäuften Leiden nun eine schwere Last von Elend und Trauer hinzugefügt, ohne die Entscheidung zu bringen. Der mächtigen Hilfe Nordamerikas steht der russische Abfall gegenüber. Er belastet Frankreich für 1918 mit ebenso schweren Pflichten wie das Jahr 1917 es getan hat, und fordert von ihm nach drei Jahren voller Opfer die Wiederholung der Heldentaten an der Marne und bei Verdun. Dubost nannte den Abfall Rußlands den größten in der Weltgeschichte und erklärte, Frankreich habe keine Zeit mehr, den Krieg aufzuschieben.

Ein sozialistischer Notenwechsel zwischen Frankreich und Rußland.

Für den Standpunkt der französischen Kammersozialisten war ein Aufruf bezeichnend, den sie bei Beginn der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk an die Russen gerichtet haben. In diesem Aufruf, den die „Humanité" vom 19. Dezember veröffentlicht hat, hieß es:

„Zu unserer tiefsten Betrübnis müssen wir heute sehen, wie einige von Euch sich in Unterhandlungen einlassen, die zu einem Sonderfrieden führen können. Ein derartiger Abschluß würde den Mittelmächten nicht nur gestatten, einen militärischen Triumph vorzubereiten oder vorwegzunehmen und die Friedensbedingungen zu diktieren, sondern er würde auch dazu dienen, die Absichten aller Feinde der Demokratie zu fördern, indem er ihnen gestatten würde, die russische Revolution als ein Beispiel der Desorganisation und Demoralisation anzuführen. Wir wissen wohl, wie ungerecht gewisse Urteile sind, die über die russische Revolution gefällt werden. Diejenigen, die sie fällen, vergessen jedoch, daß die zaristische Regierung für die Umstände verantwortlich ist. . . Wir aber vergessen das nicht. Wir würdigen auch die Vorwürfe, die gegen unsere Politik in der Vergangenheit gerichtet werden, weil diese unsere äußere Politik an diejenige des Zaren und seiner Ratgeber gekettet haben. Wir vergessen auch nicht die Fehler, die von unseren Regierungen in letzter Zeit begangen wurden, indem sie uns die Mittel verweigert haben, Euch in Stockholm zu treffen. Wir glauben noch immer an den Nutzen ja an die Notwendigkeit einer derartigen Konferenz. . . . Aber was sind all diese Fehler im Vergleich mit denjenigen, die sich aus einem Sonderfrieden ergeben würden? Wie sollen sich die westeuropäischen Demokratien, deren lange historische Anstrengungen das russische Volk doch nicht verachten darf, auch wenn diese Anstrengungen am sozialistischen Ziele noch nicht angelangt sind — wie kann die große amerikanische Demokratie, deren idealistische Kraft man doch nicht leugnen kann, wie können diese Nationen sich nicht bedroht fühlen durch die Schwäche und durch den Abfall ihres großen nordischen Verbündeten? . . ."

Die Genfer „Verité" veröffentlicht jetzt die Antwort Trotzkis, deren wesentlichste Stellen lauten:

„Die bisherigen Kriegserfahrungen haben gelehrt daß der Krieg nicht durch Waffengewalt sein Ende finden kann. Wie oft hat man dem französischen Volke den entscheidenden Sieg verheißen? Jedenfalls wurden die Hoffnungen vereitelt. Wir sind also auf militärischem Gebiet heute der Lösung so fern wie nach den ersten Kriegsereignissen. Dem französischen Sozialismus fällt ein Teil der Verantwortung dafür zu, daß der Krieg noch nicht sein Ende gefunden hat. Die französischen Kammersozialisten erzielten, obschon sie alle Kriegskredite bewilligten, bisher nicht das geringste Entgegenkommen bei der Regierung. Man verweigerte ihnen jede präzise Antwort über die Kriegsziele der Entente und versperrte ihnen den Weg zur geplanten internationalen Konferenz. Das Vorgehen der französischen Sozialisten steht durchaus im Widerspruch zu den sozialistischen Grundsätzen. Nach allen Demütigungen, denen sich der französische Sozialismus ausgesetzt hat, hat er das Recht verwirkt, den russischen Maximalismus zu beurteilen. An uns hat es wahrhaftig nicht gefehlt, den allgemeinen Frieden vorzubereiten, aber keineswegs den Frieden um jeden Preis. Unsere Vorbereitungen beruhten auf demokratischen Grundlagen, denen die Sozialisten aller Länder näher treten konnten. Was ist aber in Paris geschehen? Man hat uns mit der Ernennung des Ministeriums Clemenceau geantwortet, einer Regierung des blindesten Chauvinismus und der Reaktion auf sozialpolitischem Gebiet. Clemenceaus Weg ist nicht der des Friedens, er führt das französische Volk zu seinem Untergang."

Wie diese Ermahnung bei dem französischen Kammersozialismus gewirkt hat, ersieht man daraus, daß der frühere Munitionsminister Thomas jetzt nach London gereist ist, um der englischen Regierung zu versichern, die französischen Arbeiter seien nicht pazifistisch sondern wollten die Vernichtung des preußischen Militarismus herbeiführen.

Im Gegensatz zur Mehrheit der Kammersozialisten steht die Mehrheit der organisierten Genossen im Lande. Thomas jüngster Verkehr mit Lloyd George und die daraus von der französischen Regierungspartei zu ihren Gunsten gezogenen Folgerungen gaben nunmehr, wie sämtliche Pariser Blätter melden, dem sozialistischen Bunde des Departements Seine Veranlassung, sich mit einem von vielen Mitgliedern ausgehenden Antrag zu beschäftigen, der die Einleitung einer Untersuchung über das gesamte Verhalten Thomas' fordert. Die Untersuchung soll die Frage beantworten, ob und inwieweit Thomas' Worte und Handlungen mit den Pflichten eines Führers der Sozialisten in Einklang zu bringen seien.

Die Wilson-Botschaft als Propagandamittel.

Wie die „Times" berichtet, hat Wilson sofort, nachdem er seine Rede verlesen hatte, Maßnahmen getroffen, um diese Botschaft so weit wie möglich zu verbreiten und sie vor allem in Deutschland, Oesterreich-Ungarn, den Balkanstaaten und Rußland bekanntzumachen. Der Text seiner Botschaft wurde nach allen Enden der Welt telegraphiert, die auf drahtlosem Wege, durch Ueberseekabel und Ueberlandzentralen erreicht werden konnten. Eine Million Exemplare, die in deutscher Sprache verfaßt sind werden von Fliegern in die deutschen Schützengräben abgeworfen werden. Ferner werden Exemplare der Botschaft nach jeder Stadt und nach jedem Dorf Rußlands gesandt. Der Text wird in allen russischen Blättern veröffentlicht werden. Auch der Schweiz und den anderen neutralen Staaten wird die Botschaft in vielen Exemplaren zugesandt werden. Ferner wird sie in alle slawischen Sprachen übersetzt und in den slawischen Ländern mit allen nur möglichen Mitteln verbreitet werden.

Das Reuter'sche Bureau telegraphiert Bemerkungen englischer Blätter, in denen die Botschaft als ergänzende Erklärung zur Rede Lloyd Georges begrüßt wird. „Daily News" sagt: Die Rede Wilsons bedeutet die rückhaltlose Zustimmung Amerikas zu den von Lloyd George ausgesprochenen Friedensgrundsätzen. Das gemeinsame Programm des Präsidenten und des britischen Premierministers verträgt sich in allen Punkten mit der Politik, die die russische Delegation in Brest-Litowsk einschlug. Die Alliierten haben endlich ihre Absichten so klar festgestellt, daß weder Freund noch Feind noch die Neutralen sie mißverstehen können.

Hinter die Möglichkeit der angekündigten Massenverbreitung ist zunächst ein großes Fragezeichen zu setzen. Die Meldung der „Times" klingt sehr nach amerikanischer Aufschneiderei. Doch wird damit die Hauptabsicht der Wilsonschen Botschaft deutlich enthüllt. Den Völkern der Entente und den Soldaten in den englisch-französischen Schützengräben soll allein schon durch die Nachricht von dieser Propaganda neuer Mut zur Fortsetzung des Krieges gemacht, in Rußland, wenn irgend möglich, der Sonderfrieden verhindert werden. Der Erfolg ist in beiden Fällen nicht sehr wahrscheinlich, wenn Deutschland alles vermeidet, was den Westmächten neuen Wind in ihre schlappgewordenen Segel führen könnte.

Ebenso wie die englischen stellen übrigens auch die französischen Zeitungen fest, daß die Botschaft Wilsons und die Rede Lloyd Georges in voller Uebereinstimmung stehen. „Matin" schreibt: Die Alliierten geben kund, wofür sie kämpfen und unter welchen Bedingungen sie verhandeln würden. Sie hätten die Forderungen aus Liebe zur Menschheit auf ein Mindestmaß herabgesetzt, wovon sie nichts abhandeln lassen würden. „Figaro" meint, Wilson gehe viel weiter als Lloyd George in den Einzelheiten der künftigen internationalen Organisationen. Er zeige vollständige Einigkeit zwischen den Alliierten über die Hauptpunkte. „Humanité" erklärt, die Rede Wilsons sei der Ausgangspunkt für den demnächstigen Frieden und eine sichere Niederlage der Mittelmächte. (Wenn das immer noch der Wahn der Franzosen ist, wie lange soll dann noch der Krieg dauern?)

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Der Londoner Korrespondent des „Manchester Guardian" schreibt: Die Uebereinstimmung zwischen den Reden Lloyd Georges und Wilsons ist so groß, daß man glaubt, daß sie das Ergebnis eines vorhergegangenen Gedankenaustausches ist. Man erwartet, daß Clemenceau demnächst eine auf denselben Grundsätzen aufgebaute Rede halten wird. Eine weitere Frage ist es, welches die Antwort Englands sein wird, wenn Rußlands amtliche Mitteilung über die Friedensverhandlungen in London eintrifft. Der Premierminister versprach der Arbeiterpartei, daß er darauf eine ernste Antwort gibt. Das Versprechen ist durch seine Rede noch nicht eingelöst.

Enttäuschung in Italien.

„Giornale d' Italia" ist über die Rede Lloyd Georges bitter enttäuscht. Das Blatt erklärt, daß eine Vereinigung der unter Habsburgischem Zepter lebenden Italiener mit Italien sicherlich keine genügende Erfüllung von Italiens Ansprüchen wäre, dessen Kriegsziele außer der Befreiung der Irredenta und einer Vervollständigung seiner territorialen Grenzen sowie das maritime Gleichgewicht umfaßten, ohne welche Italien kein sicheres und unabhängiges Leben gewährleistet wäre. Nach Erklärungen Sonninos am 25. Oktober in der italienischen Kammer sei die Adria-Frage einer der wesentlichsten Punkte des italienischen Krieges. Diese Kriegsziele seien von den Alliierten angenommen auf der Londoner Konferenz und im August von den Alliierten feierlich bestätigt. Insbesondere seien sie auch der englischen Regierung vollständig bekannt geworden. Was das östliche Mittelmeer anbelange, könne die Formel gelten, daß, wenn andere sich dort bereichern, auch Italien etwas zufallen müsse. Sollte niemand dort neue Besitzungen erhalten, werde auch Italien nichts fordern. Auch dessen sei sich das englische Kabinett vollständig bewußt. — (Und trotzdem hat England für Italien nichts mehr übrig!)

Amerikas Krieg.

Nach holländischen Blättermeldungen aus Washington teilte der Präsident der New Shipbuilding Company, Ferguson, der Handelskommission des Senats mit, daß man seiner Schätzung nach in diesem Jahre nur drei Millionen Tonnen bauen könne, und nicht, wie man gehofft hatte, 8½ Millionen Tonnen.

Das Lebensmittelamt wird einen Teil des Ertrags aller Mühlen der Vereinigten Staaten, der aber 50 vZt. nicht überschreiten darf, aufkaufen um den Bedarf des Heeres und der Flotte und den Bedarf der Alliierten zu decken.

Vergeltungsmaßnahmen.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt unter der Ueberschrift „Für die Freilassung der Elsaß-Lothringer in Frankreich": Wie in der „Nordd. Allg. Ztg." vom 18. Oktober 1917 mitgeteilt wird werden von den französischen Behörden im Widerspruch mit den zwischen Deutschland und Frankreich getroffenen Vereinbarungen noch eine Reihe von Elsaß-Lothringern zurückbehalten. Die deutsche Regierung machte infolgedessen bei der französischen Regierung erneut ihre Forderungen geltend, und wies sie gleichzeitig darauf hin, daß eine längere Zurückhaltung der zur Heimkehr berechtigten Elsaß-Lothringer nicht hingenommen werden könne. Die französische Regierung ließ diese Vorstellungen unbeantwortet. Auch lehnten die französischen Unterhändler bei den im vorigen Monat in Bern geführten Verhandlungen über die Gefangenenfragen jegliche Aussprache über die Freilassung Elsaß-Lothringer rundweg ab. Unter diesen Umständen sah sich die deutsche Regierung genötigt, zu den der französischen Regierung in Aussicht gestellten Vergeltungsmaßnahmen zu schreiten. Zu diesem Zwecke sind am 6. Januar 600 angesehene Franzosen aus dem besetzten Gebiete nach dem besetzten Rußland, und zwar nach einem geeigneten Orte an der Bahnstrecke Kowno—Wilna verbracht worden. Die Ueberführung von 400 angesehenen Französinnen nach dem Gefangenenlager Holzminden wird in einigen Tagen folgen. Die Zurückführung dieser Personen nach ihrem bisherigen Wohnort findet erst dann statt, wenn die französische Regierung ihre durch neutrale Vermittlung bekanntgegebenen deutschen Forderungen erfüllt. Vor allem muß hiernach die französische Regierung die Heimreise derjenigen nicht wehrfähigen elsaß-lothringischen Zivilgefangenen gestatten, die entsprechend den bestehenden Abmachungen Anspruch auf Entlassung erheben, gleichwohl aber die Erlaubnis zur Abreise noch nicht erhalten haben. Sodann muß Gewähr dafür geschaffen werden, daß die deutsch-französischen Vereinbarungen, nach denen Kriegs- und Zivilgefangenen mit Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand auszutauschen oder in der Schweiz zu internieren sind, in vollem Umfange ausnahmslos auch Elsaß-Lothringern zugute kommen. Endlich muß Frankreich das gesamte elsaß-lothringische Sanitätspersonal entsprechend dem Genfer Abkommen freilassen.

Urteil des Hamburger Prisengerichts.

Im Falle des am 24. September vorigen Jahres eingebrachten holländischen Dampfers „Batavier 2" fällte das Hamburger Prisengericht am 11. Januar in öffentlicher Verhandlung folgendes Urteil: Dem Antrag der Reklamation, der für acht Ballen beschlagnahmter Umschlagetücher eine Entschädigung von 2770 Gulden verlangt, ist zu entsprechen. Das Reich wird zur Zahlung des Betrages verurteilt, sechszehntel der Kosten hat das Deutsche Reich, den Rest davon der Reklamant zu zahlen. In einer Vorverhandlung war entschieden worden, daß die Aufbringung im Grunde berechtigt gewesen sei.

Aus Spanien

liegen folgende Havasmeldungen vor: Nach Blättermeldungen wurde der Präsident des spanischen Arbeitgeberverbandes für Metallurgie und Mechanik, José Marzet, in Barcelona ermordet. Ein Pastor und ein Lehrer der Handelsschule, die ihn begleiteten, wurden schwer verletzt. Auf die Getroffenen wurden von einer Anzahl Individuen zahlreiche Schüsse abgegeben. Die Täter entkamen.

Der Ministerrat beschloß, dem König einen neuen Erlaß, betreffend Auflösung des Parlamentes, vorzulegen.

Der König unterzeichnete einen Erlaß über die Auflösung der Cortes. Die Wahlen sind für die Kammer auf den 24. Februar für den Senat auf den 10. März festgesetzt. Die Cortes werden am 18. März zusammentreten.

Die deutsche Waffenstillstands-Kommission in Dünaburg.

Offiziös wird mitgeteilt: Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission in Dünaburg überschritten am 25. Dezember 1917 die russischen Stellungen auf der Chaussee Kowno—Dünaburg. Sie wurden hier von Vertretern der russischen Militär- und Zivilbehörden empfangen und fuhren mit Autos nach Dünaburg weiter, wo Wohn- und Arbeitsräume in einem Privatgebäude bereitgestellt waren. Die Waffenstillstandskommission Dünaburg ist in ihrem Bereiche, das heißt von der Ostsee bis zur Düna, auf Grund des Punktes 7 des Vertrages in erster Linie für die Bearbeitung aller sich aus dem Vertrage ergebenden militärischen Fragen zuständig. So beriet z. B. die erstmalig am 26. Dezember zusammengetretene Kommission bereits über die Festlegung der durch Punkt 4 des Vertrages vorgesehenen Verkehrsstellen an der Front. Aber auch Fragen aus dem Gebiet des Post- und Eisenbahnverkehrs bildeten bereits Gegenstand der Erörterungen. Infolge von Vorbesprechungen der deutschen Kommission mit Vertretern der russischen Eisenbahnbehörden konnten bereits auf deutscher Seite örtliche Konferenzen von Offizieren und Eisenbahnfachleuten beider Staaten zwecks beschleunigter Wiederherstellung und Inbetriebnahme der Strecke Wilna—Dünaburg stattfinden. Wie wir hören, werden die Verhandlungen beiderseits in entgegenkommendster Weise geführt. Die russischen Behörden in Dünaburg sind sichtlich bestrebt, unsere Feldgrauen in Dünaburg vergessen zu machen, daß sie sich in Feindesland befinden.

Die Unabhängigkeit Finnlands von Dänemark und Norwegen anerkannt.

Der dänische Minister des Aeußern sandte an die Regierung Finnlands nachstehendes Telegramm: Im Anschluß an die Aeußerung des Königs zu der finnischen Delegation, durch die derselben die Stellung der dänischen Regierung bekanntgegeben wurde, habe ich die Ehre, mitzuteilen, daß die dänische Regierung Finnland als freien unabhängigen Staat anerkennt und darin einwilligt, mit der Regierung Finnlands in direkte Verbindung zu treten.

Meldung des Norsk Telegrambyran: Norwegen hat Finnland als freien, unabhängigen Staat anerkannt.

Eine politische Union von Estland bis Island.

Das Estnische Auslandsbureau für die Interessen Estlands, Livlands und Ingermanlands während des Weltkrieges, das die Emanzipation des nordeuropäischen Kulturkreises vom imperialistischen Drucke fremder Großmächte auf dem Wege einer politischen Union von Estland bis Island erstrebt, begrüßt in einem Telegramm an die finnische Zeitung „Uusi Suometar" die Tatsache der anerkannten Selbständigkeit Finnlands als einen weiteren Schritt zur Lösung der nordischen Frage, und wünscht dem souveränen finnischen Volke Glück und Erfolg auf dem Wege zu seiner zukünftigen freien kulturellen und sozialen Entwicklung.

Annullierung der russischen Nationalschuld?

Der Petersburger Korrespondent des „Manchester Guardian" meldet vom 8. Januar, daß die Volkskommissare beabsichtigen, in den nächsten Tagen ein Dekret zu erlassen, wodurch die russische Nationalschuld annulliert wird. Der Korrespondent erfährt, daß das Dekret folgende Verfügungen erhalten wird: 1. Alle Anleihen und Schatzscheine, die im Besitz von Ausländern im Auslande oder in Rußland sind, sind ungültig. 2. Anleihen und Schatzscheine im Besitz russischer Untertanen, die mehr als 10 000 Rubel Kapital besitzen sind ungültig. 3. Anleihen und Schatzscheine im Besitz von russischer Untertanen, die ihr Kapital in russischen Anleihen angelegt haben, die 1000 Rubel nicht überschreiten, werden mit 5 vZt. vom Nominalwert verzinst, denen, die bis 10 000 Rubel besitzen, werden 3 vZt. ausgezahlt werden. 4. Arbeitern und Bauern die russische Anleihe oder Schatzscheine im Werte von 100 Rubel besitzen können sie dem Staat für 75 vZt. des Nominalwertes verkaufen, die, welche 600 Rubel besitzen, zu 70 vZt.

Wachsende Macht der Sowjets in Südrußland.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die kräftigen Bemühungen, die Macht der Sowjets zu stürzen, haben keinen Erfolg. Dutow wurde geschlagen und ergriff die Flucht. Er wird von Abteilungen revolutionärer Soldaten und der roten Garde verfolgt. Die Truppen Kaledins zogen sich nach mehreren Niederlagen zurück. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Rostow ist in Freiheit. Die Fronttosaken sind gegen Kaledin eingenommen. Kaledin versucht den Rückzug anzutreten. Seine in Richtung auf den Don abgeschickten Truppen kehren um. Die Enthüllung der verbrecherischen Beziehungen zwischen der Rada, Kaledin, den Franzosen und Amerikanern öffneten dem Volke die Augen über den verruchten Handel, der mit dem Blute der ukrainischen Arbeiter, Soldaten und Bauern getrieben wurde. Die Macht der Sowjets, die sich auf dem Kongreß in Charkow gebildet haben, gewinnt an Einfluß. Der ukrainische Kriegsminister Petljura reichte sein Rücktrittsgesuch ein.

Bulgarischer Kriegsbericht.

WTB. Sofia, 8. Januar. Bulgarischer Generalstabsbericht. Mazedonische Front: Auf dem Westufer des Prespa-Sees drangen deutsche Jäger in die bisher von russischen Truppen verteidigten feindlichen Stellungen ein und kehrten mit mehreren gefangenen Franzosen zurück. Auf den Höhenstellungen im Cerna-Bogen und zwischen Wardar und Doiran-See lebhafte Artillerietätigkeit. Südlich vom Dorfe Gradesnica wurden mehrere feindliche Erkundungsabteilungen, die sich nach Artillerievorbereitung unseren Stellungen zu nähern suchten durch Feuer zersprengt. In der Nähe der unteren Struma zersprengten wir mehrere Abteilungen englischer Infanterie. — Dobrudscha-Front: Waffenstillstand.

Die Freiheitsbewegung der Inder.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" berichtet aus englischen Blättern, daß am 26. Dezember in Kalkutta ein indischer

Die Liebe des Severin Imboden.

Roman von Ernst Zahn.

[9]

Severin machte eine Bewegung heftigen Widerspruchs. „Ich habe überall, daheim wie im Dienst, wo ich immer gewesen bin, nur an Dich gedacht, Giovannina."

Sie dachte nach. „Das meint Ihr nur," sagte sie dann, „das redet Ihr Euch nur so vor."

Er wollte ihre Hand ergreifen. Seine Stirn war heiß. Aber sie wehrte sich und legte ihre Finger an das Halsband des Schafes, so daß das Tier zwischen ihn und sie zu stehen kam.

„Ich gehe heim," sagte sie. Und sie begann den Weg gegen die Schäferhütte einzuschlagen.

Severin wagte sich nicht an sie. Er zögerte. Dann folgte er ihr rasch und schritt neben ihr.

Sie führte immer das Schaf zwischen ihm und sich.

„Könnt Ihr singen, Herr Severino?" fragte sie nach einer Weile des Schweigens.

„Warum?" fragte er dagegen.

„Ich dachte, Ihr müßtet es können mit Eurer klingenden Stimme," erwiderte sie.

„Es würde wohl gehen, wenn ich wollte," meinte er.

Und sie antwortete: „So müßt Ihr eben wollen."

Als er schwieg, fuhr sie fort: „Es ist nichts Schöneres, als die eigene Stimme in die Bergstille hinauszuschicken. Die Stille trägt sie wie die blaue Luft einen Falter. Der Ton schwebt und wandert. Eben war er noch da, nun ist er schon drüben am Abhang, jetzt schon fern auf dem Firnschnee und jetzt wie ein Echo irgendwo im — im Himmelsraum. Und dort ist es, als täte sich ihm ein Türlein auf, durch das er zaghaft und bescheiden selig hineinschlüpfte."

„Du redest wie ein Buch, Giovannina."

„Das habe ich vom Großvater."

Aber sogleich ermunterte sie ihn wieder: „Fangt an. Ich singe mit Euch."

Sie stimmte an.

Sie sang nicht laut. Aber sie sang, wie sie gesagt hatte, als gäbe sie das Lied der Stille zu tragen.

Er konnte gar nichts anders, sondern ließ seine tiefe, tönende Stimme neben der ihrigen gehen. Zuerst summte er nur die Melodie nach, dann stimmte er auch in die Worte ein.

Die beiden Stimmen wanderten wie Geschwister. Das Glöcklein am Halse des weißen Schafes klingelte dazwischen.

Severin und Giovannina schritten weiter. Als ob es sich so gehörte, weil doch die Stimmen Kameraden geworden, faßte das Mädchen die Hand des neben ihr Schreitenden. Es geschah arglos, wie Kinder tun. Bald begannen sie die Hände im Takt des Gehens und Singens zu schwingen.

„Du singst die Lieder alle, die hier gesungen werden," sagte Severin. „Es wundert mich, daß Du sie kennst."

„Ich habe sie von den Schulkindern gelernt," antwortete sie. „Ich brauche jedes nur einmal zu hören."

„Sing doch ein welsches," bat er.

Statt aller Antwort stimmte sie ein livinisches Volkslied an. Und schon fiel er ein und blieb ihr beim Mitsingen kein Wort schuldig.

„Woher kennt Ihr nun dieses?" fragte sie.

Er erwiderte: „Meine Mutter ist doch eine Welsche."

Giovannina hob das Gesicht. Ihr Blick leuchtete auf und verriet ihre Freude, daß sie etwas Gemeinsames hatten.

Unterdessen waren sie ein gut Stück Weges weiter gekommen, und es lag nur noch eine Anhöhe zwischen ihnen und dem See.

Giovannina hielt inne. Severin fühlte, daß sie dachte wie er selber: Nun hat die Freiheit bald ein Ende. Er war in einer merkwürdigen Gemütsverfassung. Trotz gegen den Schäfer regte sich in ihm. Warum hatte der, hatte überhaupt irgend jemand etwas gegen sein Zusammensein mit Giovannina? Als ob etwas Böses daran wäre! Er haßte den Alten, hätte ihm mit den Fingern an die Kehle fahren können. Aber sogleich verwandelte sich sein Groll in eine weiche Geduld. Die Giovannina! Die Giovannina! Das Glücksfühl, mit ihr zusammen zu sein, überströmte ihn so mächtig, daß ihre kleine braune Hand ihn in diesem Augenblick hätte leiten können wie das Lamm, das sie am Halsband nahm.

Giovannina lehnte an einem Felsen. Das Schaf weidete dicht neben ihr. Sie sah ernsthaft zu Boden. „Ihr werdet wohl lange nicht mehr kommen," sagte sie.

Er wollte erwidern: Warum nicht? Wer will es mir verbieten? Dann fiel ihm noch rechtzeitig ein, was sie meinte, und er antwortete:

„Wir bekommen noch einmal Urlaub. Auch nachher werde ich einige Zeit daheim sein, ehe ich meine Stelle antrete."

„Stelle?" fragte Giovannina. „Seid Ihr denn schon so alt?"

Er erzählte ein wenig von seiner Zukunft.

Sie schwieg und spielte mit Grashalmen.

„Im nächsten Urlaub also komme ich wieder herauf," versicherte er, „und nachher — jeden Tag."

Giovannina achtete darauf nicht. Erst nach einer kleinen Weile sagte sie arglos: „Vielleicht begegnen wir einander dann wieder einmal."

„Wir können uns doch treffen."

„Wo? Die Berge sind weit."

„Ich kann Dich doch suchen, wie heute."

„Der Zufall spielt nicht immer so günstig."

„Wollen wir gehen?" fragte sie dann. Und fügte mit leiser Befangenheit hinzu: „Ich möchte lieber allein zum Großvater kommen."

Er gab ihr die Hand. „Ade, Giovannina." Dabei wallte etwas in ihm auf, was ihn fast erstickte. Aber er rührte sich nicht. Es war ihm zumute wie einem, der eine Blume anfassen soll, von der er weiß, daß ihre Blätter bei der ersten Berührung fallen.

Giovannina zeigte ihm noch einmal die blanken Augen. Dann ging sie.

Er sah ihr nach, wie sie mit nackten Füßen abwärts stieg. Noch schien sie ein halbes Kind, der Körper noch schmächtig und doch schon von ebenmäßigen, schlanken Formen. Das schwarzbraune Haar wehte im Winde.

Jetzt verschwand sie hinter dem Hügel.

Severin überlegte, welchen Weg er selbst einschlagen möchte. Da erblickte er Basil Lüönd, der in der Höhe auf einem Steinblock stand und zu ihm herabschaute. Vielleicht stand er schon lange dort. Das Blut stieg ihm. Was brauchte ihn jener zu belauern! Er klomm zu ihm hinauf.

„Hast Du mich glücklich ausspioniert?" fragte er, als er den anderen erreichte.

Lüönd antwortete: „Die Giovannina geht mich so viel an wie Dich."

Severin überlief es. Lüönd stand vor ihm in der Sonne, ein sehniger, schlanker, feiner Mensch. Er kam sich selbst daneben plötzlich plump und täppisch vor.

„Nimm Dich in acht," fuhr Basil weiter. „Der Alte paßt auf wie ein Spürhund. Er merkt wohl, daß Du hinter ihr her gewesen bist."

„Bah," gab Severin wild zurück, „ich werde mir von einem Knecht nicht sagen lassen, was ich zu tun habe."

Lüönd erging es merkwürdig. Sein Herz war ihm warm nach der Giovannina, aber es war keine große Hoffnung darin. Daran war der schuld, der sich neben ihm ein Bär dünkte. Es war eine Wucht an diesem, gegen die er zu oft unterlegen war, als daß er irgendeinen Kampf mit Zuversicht begonnen hätte.

„Komm," sagte Severin.

Sie wendeten sich bergabwärts. Auf einem Umweg gelangten sie an den See zurück.

Dort stand Nico Guarda dicht am Ufer, auf seinen Stock gestützt, und starrte ins Wasser.

Severin ging an ihm vorbei, ohne ein Wort zu sagen. Er nahm seinen Rock, Säbel und Mütze. Knapp zog er jenen zurecht. Lüönd stand neben ihm. Drüben an der Hütte sahen sie Giovannina. Dann trat Severin zu Nico: „Gib uns Milch, wir haben Durst," befahl er herrisch.

Der Alte richtete die hagere Gestalt lang auf und sah ihn an. Es war ein Gemisch von Unbehagen und Widersetzlichkeit in seiner Miene. Dann aber drehte er sich um und schritt den beiden Kameraden voraus, der Hütte zu. Da hieß er Giovannina Milch bringen, und als sie mit dem Holznapf kam, nahm er ihn ihr aus der Hand und bot ihn Severin.

Der bemerkte wohl, wie er vermied, die Enkelin selbst ihm den Trunk reichen zu lassen. Er richtete die Augen fest auf die auf der Schwelle stehende Giovannina und sagte, während er trank, höhnisch zu Nico: „Ich rate Dir, laß eine Dornhecke um den Stall da wachsen, damit keiner hereinkommt."

Aber als Giovannina ihn vorwurfsvoll anschaute, errötete er jäh und wurde ganz kleinlaut und still.

Gleich darauf wandten sich die Freunde zum Gehen. Lüönd reichte Giovannina die Hand zum Abschied, Severin nickte nur.

Der alte Guarda begab sich zu seinen Schafen zurück. Mit seiner Enkelin sprach er nicht.

Diese jedoch stand noch lange im Hütteneingang und sah den zwei Offizieren nach, die alpauswärts schritten. Das weiße Schaf drängte sich neben sie. Sie wühlte mit den Fingern in seiner Wolle und wußte es nicht. Die Uniformknöpfe und Säbel dort blitzten in der Sonne. Was das schön war! Und wie groß der Herr Severin war und wie schwer er schritt! Und wie dumpf er redete und wie tönend er sang!

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Deutsches Schauspielhaus.

Lion Feuchtwanger, Warren Hastings, Gouverneur von Indien.

Der Verfasser hat zu seinem Stück eine Erläuterung geschrieben, durch die es aber wie durch ein Sieb gleitet. Warren Hastings, einer der erfolgreichen Unterjocher Indiens, ist ein Mann der Tat, der rücksichtslos die Mittel nur nach ihrem Erfolg wertet und ohne Bedenken einen Gerichtsmord und die Vernichtung eines ganzen Stammes gebietet, wenn es gilt, der englischen Krone neue Gebiete zu unterwerfen und der ostindischen Handelsgesellschaft höhere Gewinne zu verschaffen. Das moralphilosophische England — man schreibt das Jahr 1775 — stellt ihm einen dreiköpfigen Rat zur Seite; aber es bleiben aufregende Wortkämpfe; die überlegene Entschlossenheit des Statthalters weiß alle ihre Beschlüsse zu hintertreiben. Und das indische Volk, machtlos gegen die englische Heerkraft, tröstet sich über den irdischen Jammer mit den Lehren Buddhas, daß das Ziel des Lebens ewige Vernichtung ist, in der es kein Erinnern und kein Hoffen gibt. So steigt Hastings Stufe um Stufe mit eiserner Stirn dem Gipfel zu. Nur in einem hat er menschliches Empfinden bewahrt, er liebt die Baronin Marianne Imhoff mit schrankenloser Liebe bis an das Bereich seines politischen Machthungers. Aber da sie in ihrer Leichtlebigkeit die Grenzen nicht achtet, schickt er sie an demselben Tage, an dem sein Sekretär ihm die Freundschaft kündigt, da er nicht länger Augenzeuge der furchtbaren Knechtung sein kann, nach Europa zurück, daß er in frierender Vereinsamung zurückbleibt. Also hat Indien, hat Buddha ihn bezwungen, weil er verzichten mußte, weil die zartesten Wünsche im eisigen Hauch eines unbeugsamen Machtwillens starben? So wohlfeil läßt sich Buddha nicht erwerben; je er Sieg trägt Wunden ein. persönliches Glück verweht allzuleicht in den Stürmen des Lebens; nur wer sich namenlos macht, wer weg- und zielmüde in der Allgemeinheit untertaucht, der hat Buddha gefunden, und so irrt Feuchtwanger, wenn er glaubt, Hastings wäre dem indischen Gott unterlegen. Was er gegeben hat, ist nicht der vernichtende Lebenskampf zweier entgegenstehender geistiger Welten; es ist ein Stück englische Geschichte des verwegensten Kolonialerwerbs, verkörpert durch die überragende Willensmacht eines geborenen Eroberers, und darum kann das Stück in der Zeit der Aufteilung der Erdoberfläche auf Teilnahme rechnen. Ein Dichter steckt nicht hinter demselben; es ist geschickt und spannend zugeschnitten, aber es läßt die gesammelte Empfindung in der Gestaltung der Personen und ihrer Aeußerungen vermissen; in den besinnlichsten Augenblicken kommen nur hundertfach gehörte Redewendungen und vielfach abgenutzte Rührseligkeiten zutage, nachdenklich sind fast nur die dem Indischen entlehnten Worte. Die Spielleitung von Max Montor behängte dementsprechend das Stück mit äußerer Pracht, damit die Augen erfuhren, was das innere Schauen entbehren mußte. Robert Nhil zeigte als Warren Hastings die alte meisterhafte Verwandlungsfähigkeit; er war der Gewaltmensch, der unter dem Mantel eines höheren Zwecks die ungebrochene Tatkraft des Handelns besaß und dem die Innerlichkeit seelischer Regungen nicht die brutale Ganzheit nahm, sie aber sympathisch milderte. Der Wortführer seiner Gegner, Philipp Francis, wurde von Erich Ziegel mit etwas geschraubter Kraft gestaltet, verstand es aber, sich mit Würde neben seinem überragenden Feinde zu behaupten. Hermann Wlach gab sich als Sekretär Gardner zu sehr komischen Aeußerlichkeiten hin, so daß an dem Ernst seiner Lebensauffassung Zweifel entstehen konnten. Die buddhistische Ueberwindung des Maharadscha Nenkomar von Karl Wagner sprach sich nur in dem leidenden Tonfall seiner Stimme aus; die Augen und Hände rollten und griffen aber in der bekannten Weise den Vernichtungssieg auseinander. Paula Sillen war nicht recht am Platze; sie verjagte sich, die seelischen Bindungen des Liebesbundes in starker Empfindung zum Ausdruck zu bringen. In den kleineren Rollen zeichneten sich Emil Stettner als alter Eingeborener, Paul Ellmar als Bettelmönch, Conrad Holstein als General Clavering, Emil Berthold als Colonel Manson, Georg Wörtge und Kurt Blankenstein als Sprecher indischer Gesandtschaften aus.

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Ueber die Aufgaben des Kunstgewerbes nach dem Kriege wird Herr Prof. Dr. Richard Graul, Direktor des städtischen Kunstgewerbemuseums zu Leipzig, am Dienstag, 15. Januar, abends 8 Uhr, in der Aula des Museums für Kunst und Gewerbe am Steintorplatz für den Kunstgewerbeverein sprechen. Der Redner wird auch für den Hamburger Export besonders wichtige Fragen, wie Sonderausstellungen von Qualitätsarbeiten während der Leipziger Messe und eventuelle ergänzende dauernde Einrichtungen in Hamburg behandeln. — Gäste sind zu dem Vortrage willkommen.

nationaler Kongreß eröffnet wurde. Es waren 4000 Abgeordnete erschienen und es herrschte große Begeisterung. Mrs. Besant, die den Kongreß eröffnete, verlangte die sofortige Annahme eines Gesetzes durch das englische Parlament, das Indien eine Selbstregierung nach australischem Muster gewährt. Mrs. Besant sagte: Indien liegt nicht länger auf den Knien, um Wohltaten zu erbitten. Es verlange Rechte, dies sei die Freiheit, für die die Alliierten kämpften, dies sei die Demokratie und der Geist der neuen Zeit.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Graf Luckner vom Hilfskreuzer „Seeadler“ ist wie sein Vater mitteilt, unverwundet in Metuihi auf Neuseeland interniert.

Nach französischen Blättern wird in Frankreich infolge Milchwuchers alles Vieh und Futter beschlagnahmt.

„Temps“ gibt zu, daß die Aufstandsbewegung in Lissabon sich gegen die Teilnahme Portugals am Kriege richte.

„Gazette de Lausanne“ brachte unlängst eine Mitteilung, nach der im Juli 1917 als direkte oder indirekte Folge des Mangels an Lebensmitteln in Warschau 30 000 Todesfälle zu verzeichnen waren. Die Warschauer Presse verweist demgegenüber darauf, daß die tatsächliche Sterblichkeitsziffer zehnmal geringer war. Dabei weisen die heißen Sommermonate Juli und August verhältnismäßig die höchste Sterblichkeit im Jahre auf, da in dieser Zeit die Brechdurchfälle der Kinder häufig sind und allsommerlich die Ruhr auftritt.

Reuter meldet, daß sich in Roichearin, an der Küste von Aberdeenshire, ein ernstes Unglück ereignete. Während des heftigen Sturmes wurde eine Mine gegen den Pier geworfen, welche explodierte. 5 Personen wurden getötet, 2 erlagen später ihren Wunden. 10 wurden nach Aberdeenshire gebracht.

Allgemein-politische Nachrichten.

Die Reichstagsersatzwahl in Bautzen-Kamenz.

Im dritten sächsischen Wahlkreise Bautzen-Kamenz stand am gestrigen Freitag die Ersatzwahl für den verstorbenen Antisemiten Graefe an. Bei den durch heftige Schneestürme hervorgerufenen Störungen in den Verkehrsmitteln wird das Wahlergebnis wohl nicht so schnell, wie sonst üblich, bekannt werden. Die Entscheidung selbst wird aber von wesentlicher politischer Bedeutung sein. Nach der „Kreuzzeitung“ soll diese Wahl eine Probe auf den Verständigungsfrieden sein. Dabei hat sich das konservative Blatt offenbar von dem Gedanken leiten lassen, daß der Bautzener Kreis seither immer noch vergeblich von der Sozialdemokratie bestürmt worden ist, wohl weil er noch vorwiegend agrarisch ist. Unter solchen Umständen glaubt man wohl einen leichten Sieg der Kriegstreiber ermöglichen zu können.

Unsere Genossen sind jedoch auf dem Posten gewesen. In den meisten Orten des Kreises sind sie in Versammlungen zum Wort gekommen und überdies ist durch Flugblätter für Aufklärung gesorgt worden. Die Konservativen trieben eine Agitation, die stark an die Faschingswahlen von 1887 erinnert. Sie schwindelten den Bauern in Versammlungen vor, die Sozialdemokraten wollen ihnen ihre Aecker zum Teil wegnehmen und dem Mittelstand sein Vermögen. In ihren Versammlungen suchten die Reaktionäre die Debatte nach Möglichkeit zu verhindern, was aber nicht immer gelungen ist. Nachdem die Deutsch-völkischen ihre Kandidatur zurückgezogen hatten, standen sich als Mandatsbewerber noch Dr. Herrmann (K.), Pudor (FVp.) und Uhlig (SD.) gegenüber. Bei der letzten Hauptwahl entfielen auf Gräfe 13 354, auf den Fortschrittler 7889 und den Sozialdemokraten 11 412. In der Stichwahl wurde Gräfe mit 17 430 gegen 15 092 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Die Zahl der Wahlberechtigten ist aber gegen 1912, wo sie 36 500 betrug, auf zirka 22 000 zurückgegangen. Es fehlen ja die im Kriegsdienst befindlichen Wähler. Dementsprechend werden auch die Stimmenzahlen bei der Wahl sehr viel geringer ausfallen. Im ersten Wahlgang dürfte auch kaum die Entscheidung fallen, sondern eine Stichwahl erforderlich werden.

Zentrum und Wahlrechtsfrage.

Ueber die Haltung des Zentrums in der preußischen Wahlrechtsfrage hat sich der Reichstags- und Landtagsabgeordnete Marx in einer in Münster abgehaltenen großen Versammlung der westfälischen Zentrumspartei in sehr bemerkenswerter Weise ausgesprochen. Er erklärte, das Zentrum sei bereit, mit allen Parteien auf dem Boden der Verfassung und der staatlichen Ordnung zusammenzuarbeiten. Voraussetzung sei aber, daß die anderen Parteien ihre kirchenfeindlichen Gedanken beiseite ließen. Das Dreiklassenwahlrecht in Preußen sei endgültig tot. Er gebe ein, daß sich das Zentrum in seiner Haltung zum gleichen Wahlrecht in einer schweren Krise befinde; es müsse aber unbedingt das gleiche Wahlrecht Gesetz werden lassen und seine Tätigkeit darauf beschränken, daß aus den Kommissionsberatungen etwas Gutes herauskomme. Das Zentrum habe seit vierzig Jahren das gleiche Wahlrecht zu einer seiner Hauptforderungen gemacht und könne heute diesen Grundsatz nicht verleugnen, ebenso wie die Regierung durch das Wort des Königs festgelegt sei. Werde das gleiche Wahlrecht nicht angenommen, so komme die Auflösung des Abgeordnetenhauses und danach ein Wahlkampf, den mitzumachen er sich nicht stark genug fühle. Dann würde erst recht eine radikale Richtung Platz greifen. Was die Sorge um Kirche und Schule angehe, so werde die Gefahr nicht abgewendet durch eine Ablehnung des gleichen Wahlrechts, sondern sie werde größer. Marx erklärte dann: „Die Zentrumspartei ist verurteilt, wenn sie das gleiche Wahlrecht ablehnt. Sie würde es nicht überleben, wenn sie ihre alte Forderung nun selber verleugnen würde.“

Der dem gleichen Wahlrecht widerstrebenden Elemente gibt es nicht wenige im Zentrum. Aber der Abgeordnete Marx hat zweifellos recht, daß das Zentrum durch Verleugnung des gleichen Wahlrechts sich selbst in schwere Bedrängnis bringen würde. Die Zentrumsmänner im preußischen Dreiklassenhause stehen zwar nicht so stark unter dem Druck großer Wählermassen wie die Zentrumsmitglieder des Reichstags. Deshalb wird es jenen um so entschiedener zum Bewußtsein gebracht werden müssen, was geschehen muß, um das Zentrum selbst vor Schaden zu bewahren.

Aus dem Hilfsdienstausschuß.

Der Hilfsdienstausschuß des Reichstags befaßte sich in seiner Sitzung am Donnerstag mit einer Reihe von Eingaben. Zu einer lebhaften Aussprache führte die Einziehung von Mitgliedern der Hilfsdienstausschüsse. Von einem Vertreter des Kriegsamts wurde erklärt, daß bei solchen Einziehungen nur militärische Gründe maßgebend seien, überdies sei der Hilfsdienstausschuß nicht zuständig. Dann wurde entschieden widersprochen und eine in solcher Sache eingereichte Petition dem Kriegsamt zur Erwägung überwiesen.

Das Kriegsamt in Hannover hat in einem Aufruf Leute für die besetzten Gebiete gesucht, die vaterländische Gesinnung haben. Aus dem Hilfsdienstausschuß heraus wurde betont, daß eine solche Vorbedingung nicht zulässig sei. Von Vertretern des Kriegsamts wurde erklärt, daß dieser Ausdruck mißverstanden worden sei.

Abgeordneter Dittmann brachte einen Fall des Mißbrauchs des Hilfsdienstgesetzes zur Sprache. Ein kriegsinvalider Mechaniker sei aus einer Stellung in einem kriegswichtigen Betriebe herausgerissen und dem Gutsvorstand in Frohnau zur Arbeit überwiesen worden. Der Gutsvorstand, der nur kräftige Leute brauchen kann, lehnte die Einstellung des Mannes ab und bescheinigte ihm, daß er zu schwerer Arbeit nicht brauchbar sei. Das hatte zur Folge, daß der Mann längere Zeit keine Arbeit finden konnte. Bei der Untersuchung habe der Offizier dem Mann erklärt: „Sie haben sich hier anständig zu betragen, zwei Kreuze haben Sie schon“. Das beweise, daß hier politische Gründe mitgespielt haben.

General Scheuch gab zu, daß der Fall richtig geschildert wurde, und erklärte, daß dieses Vorgehen scharf mißbilligt worden sei. Abgeordneter Bauer schloß sich dieser Verurteilung an, das Hilfsdienstgesetz dürfe unter keinen Umständen zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Der Ausschuß stimmte einmütig zu.

Abgeordneter Bauer besprach dann den Mißstand, daß eine Menge Arbeiter und Arbeiterinnen infolge Kohlenmangels feiern müssen. Entweder müsse man diesen Arbeitskräften eine Entschädigung gewähren oder ihnen sofort den Abkehrschein geben. Jedenfalls dürfen die Arbeiter nicht geschädigt werden.

General Scheuch: Das Kriegsamt hat den zuständigen Stellen bereits empfohlen, diesen Mißstand zu beseitigen eventuell durch Zuweisung anderer Arbeit am gleichen Orte. Eine zentrale Regelung ist vorgesehen. Abgeordneter Gothein meinte, daß in diesem Falle Kriegsschäden vorliegen, und daß infolgedessen die Gemeinden eingreifen müßten. Das Reich hätte diese Ausgaben dann zu ersetzen. Abgeordneter Bauer setzte auseinander, daß den Arbeitern mit Gemeindeunterstützung nicht gedient sei; sie legen Wert darauf, ihre Arbeitskraft zu verwerten. Bei der Regelung der Entschädigung solle man auch Vertreter der Arbeiter zuziehen. General Scheuch sagte dies zu. Abgeordneter Giebel schilderte eingehend die völlige Unzulänglichkeit der gemeindlichen Unterstützung. Hier ist Sparsamkeit am wenigsten am Platze.

Deutschland und Polen.

In der neugebildeten „Deutsch-polnischen Gesellschaft“ in Berlin sprach Professor Hans Delbrück über die Lösung der polnischen Frage. Er trat der austro-polnischen Lösung mit starken Zweifeln entgegen und erklärte, die Lösung der staatlichen Frage müsse eine ganze sein, es müsse verhindert werden, daß das gegenseitige Verhältnis von vornherein gespannt wird und uns in Polen ein neues Serbien entsteht. Heute seien die Stimmungen des polnischen Volkes für uns nicht allzu begeistert; daß dies besser werde, dafür solle auch die neue Gesellschaft arbeiten. Das Europa von heute stehe unter dem düsteren Zeichen der nationalen Verbitterung. Eine Umformung des Denkens sei die einzige Rettung; eine neue Ordnung werde sich ohne Außerachtlassung der Macht doch im wesentlichen auf dem Rechte aufbauen müssen, selbst unter Verzicht auf nicht zu bestreitende Bedürfnisse der einzelnen Völker. Delbrück stellte sich auf den Standpunkt, daß Deutschland vollständig im Osten und Westen auf Gebietserwerbungen verzichten könne. Wir brauchten uns darum lange noch nicht vor unseren Nachbarn zu fürchten. Sei durch den Friedensschluß kein neuer Konfliktstoff geschaffen, so sei die Demokratie in allen Ländern zu weit fortgeschritten, als daß sich auch nur ein Volk in einen Angriffskrieg hineintreiben ließe. Nicht aus pazifistischen, sondern aus Gründen höherer staatsmännischer Klugheit sei Loyalität zu fordern. Einen praktischen Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassung lieferte der glänzende Erfolg der englischen Politik in Südafrika. Professor Delbrück schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Ueber die nationalen Ziele hinaus die der Menschheit im Auge zu haben, das ist die Forderung des Tages!“

Ein polnischer Redner stellte sich im wesentlichen auf den Standpunkt Delbrücks.

Ein „starker Mann“ dahin.

Der preußische Landtagsabgeordnete Jordan v. Kröcher ist in der Nacht zum Donnerstag auf seinem Gute Vinzelberg, Kreis Gardelegen, gestorben. Er vertrat im Abgeordnetenhause den altmärkischen Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen.

Jordan v. Kröcher gehörte zu den Führern der Konservativen und nahm im parlamentarischen Leben seiner Partei eine hervorragende Stellung ein, die sich äußerlich darin dokumentierte, daß er von 1898 bis Anfang 1912 das Präsidium des preußischen Abgeordnetenhauses innehatte. Sein Rücktritt als Präsident erfolgte damals infolge heftiger Zusammenstöße mit der sozialdemokratischen Fraktion, bei denen seine Geschäftsführung starken Widerspruch erfuhr. Seitdem ist Kröcher mehr und mehr aus der ersten Schlachtlinie der politischen Kämpfe zurückgetreten, wozu auch wohl sein hohes Alter beitrug (er ist fast 72 Jahre alt geworden). Auch dem Reichstage hat Kröcher lange Zeit als Mitglied angehört, er wurde 1898 für den Wahlkreis Salzwedel-Gardelegen gewählt und vertrat diesen bis 1913. In diesem Jahre wurde seine 1912 erfolgte Neuwahl für ungültig erklärt; bei der erneuten Wahl eroberte der Führer des Bauernbundes Dr. Böhme das Mandat. Jordan v. Kröcher war der vollendet Typus des konservativen Adligen, von knorrigzähem Herrenbewußtsein und ganz und gar mit den Anschauungen und Traditionen seiner Klasse verwachsen. Infolgedessen vertrat er politisch den Standpunkt äußerster konservativer Unnachgiebigkeit; freilich nicht aus irgendwelcher Streberei, sondern aus der mit seinem Ich verwachsenen inneren Ueberzeugung.

Für einheitliche Verwaltung in Thüringen.

Im Meininger Landtag wurde am Mittwoch ein von allen Abgeordneten unterzeichneter Antrag eingereicht, der die Regierung auffordert, mit den übrigen Thüringer Staaten sich zur Vereinheitlichung und Vereinfachung der Verwaltung und Gesetzgebung für ganz Thüringen in Verbindung zu setzen und Landtagsabgeordnete zu diesen Beratungen hinzuzuziehen. Ferner wurde nach einem längeren Referat unseres Genossen Knauer ein Gesetz, das die Wohnungsaufsicht in besserer Weise als bisher regelt, vom Landtage angenommen.

Tages-Bericht.

Freitag, den 11. Januar.

Hamburg.

Hamburg im Schnee.

Das Wetter zeigt sich seit Beginn des neuen Jahres außerordentlich launenhaft. Frost- und Tauwetter, Regen und Schnee wechseln in rascher Folge miteinander ab. Nachdem uns der Himmel im Anfang der Woche Tauwetter und darauf eine Menge Schnee beschert hatte, setzte am Donnerstag wieder ergiebiger Regen ein, der die Straßen in eine einzige große Pfütze, gefüllt mit Regenwasser, Schnee und Asche verwandelte. Bald schlug das Wetter jedoch wieder um. Ein leichter Frost setzte ein und das anfängliche Regenwetter verwandelte sich in ein Schneegestöber, das uns bei Tagesanbruch eine Schneemenge beschert hatte, wie seit Jahren nicht. Die Straßenbahnen konnten zu Anfang ihren Betrieb nicht eröffnen und erst langsam gelang es unter unsäglichen Mühen, einige Wagen in Gang zu bringen, die sich mühsam weiterschleppten, so daß das an den Haltestellen wartende zahlreiche Publikum schließlich auf Schusters Rappen die Arbeitsstätten aufsuchen mußte, was naturgemäß überall große Störungen hervorrief. Dazu kam, daß infolge der Schneelast verschiedene Drähte der elektrischen Oberleitung brachen, wodurch der Verkehr wieder völlig ins Stocken geriet. Die Vorortsbahn hatte mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch hier konnte der Betrieb nur mühsam und unregelmäßig aufrechterhalten werden. Der Wagenverkehr auf den Straßen ruhte in den Morgenstunden fast vollständig, da das vorhandene Pferdematerial den Anstrengungen nicht gewachsen war.

Infolge des Schneesturms sind, wie uns das Telegraphenamt mitteilt, die telegraphischen Verbindungen mit dem östlichen, südöstlichen, mittleren und südlichen Deutschland sowie mit Holland, Belgien, der Schweiz und Oesterreich unterbrochen. Die Telegramme nach diesen Gebieten werden erheblich verzögert. Ebenso werden die Telegramme nach dem übrigen Deutschland, wohin die Verbindungen noch betriebsfähig geblieben sind, infolge deren Ueberlastung Verzögerung erleiden.

Neue Verkaufsplätze für Feuerung.

Am Sonnabend, 12. Januar, wird mit dem Verkauf von Feuerung an der Kampstraße, auf der Rampe des Viehhofes, und auf dem Löschplatz Ecke Ausschlägerweg und Süderstraße begonnen. Die Plätze sollen zur weiteren Entlastung bereits bestehender Verkaufsstellen dienen.

Es wird außerdem nochmals auf das an den meisten öffentlichen Verkaufsstellen des Kriegsversorgungsamtes und auf dem Lager an der Sonninstraße angebotene Klobenholz hingewiesen, welches zum Preise von M. 1,00 für 25 Pfund zu haben ist. Das Holz wird an jedermann, Händler ausgenommen, in beliebigen Mengen abgegeben.

Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens (Hamburger Lehrerverein).

In der Hauptversammlung am 9. Januar wurde, nachdem der Toten in üblicher Weise gedacht worden war, beschlossen, den Jahresbericht in der „Pädagogischen Reform“ zu veröffentlichen. Sodann wurden die Ergänzungswahlen für die ausscheidenden Mitglieder des Vorstandes und der zahlreichen Ausschüsse vorgenommen. Den Hauptteil des Abends füllte der Vorstandsantrag aus, einen Ausschuß für Lehrer- und Beamtenrecht einzusetzen. Herr Thüme vom Vorstand wies nach, daß seit der letzten Beratung im Sommer 1917 die Dringlichkeit so gewachsen sei, daß wir befürchten müßten, es könne fast zu spät sein. Er wies an zahlreichen Einzelfragen nach, daß in vorkommenden Fällen: Gehalt der im Felde stehenden Hilfslehrer, Abzüge vom Witwengeld gefallener Lehrer, Gehalt der Vermißten, Rentenkürzung, Teuerungszulagen, Besserstellung der Altpensionäre usw., der Vorstand energisch und meistens mit Erfolg eingegriffen habe. Die damit verbundene Arbeitsfülle hat die Einrichtung einer täglichen Sprechstunde im Curiohause von 5 bis 6 Uhr geraten erscheinen lassen. Der neubeantragte Ausschuß solle das ganz neue, jetzt überall in der Fachpresse, von den politischen Parteien und den Sozialpolitikern behandelte Gebiet des Beamtenrechts bearbeiten. Es steht ein neues gesetzgeberisches Werk darüber zu erwarten, das gleichbedeutend neben unsere sonstigen großen Gesetzbücher treten werde. Der überall beobachtete Zusammenschluß der Beamten zeige die Notwendigkeit dieser Arbeit, die sich auf die grundsätzlichen Fragen der Besoldung und Pensionierung, das Disziplinarrecht, das Koalitionsrecht, die politische, wirtschaftliche und Gewissensfreiheit, die Freizügigkeit, die Zulassung als Schöffen und Geschworene, für die Lehrerschaft noch insbesondere auf die Freiheit der Lehrerpersönlichkeit erstrecken müsse. Wenn der Ausschuß zu seinen Forderungen die Zustimmung des Vereins eingeholt habe, solle er die Forderungen in der Oeffentlichkeit vertreten, also ebenso praktisch wie theoretisch arbeiten. Der Redner zeigte an zahlreichen Beispielen, wieviele große und dringende Arbeiten der Ausschuß zu leisten habe.

In der Besprechung nahm Herr Schumann den früheren Vorstandsantrag wieder auf, einen Ausschuß für die gesamten wirtschaftlichen, rechtlichen und staatsbürgerlichen Angelegenheiten des Volksschullehrers einzusetzen. Er wies auf den scharfen wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Druck hin, unter dem die Beamten stehen. Bezüglich der für die Volksschullehrer ganz unglücklichen Besoldungsgrundsätze wies er an zahlreichen Beispielen nach, daß eine sehr eingehende Arbeit des Ausschusses nötig sei, um gerechte Grundsätze zu finden. Damit sei die Bearbeitung volkswirtschaftlicher und rechtlicher, ja sogar politischer Fragen eng verbunden, wie Beispiele zeigten.

Herr Götze betonte, daß es die Aufgabe des Ausschusses sei, die Interessen des Volksschullehrerstandes bei dem Aufbau des neuen Deutschland nach dem Kriege energisch zu vertreten. Das neue Staatswesen werde nach ganz neuen Gesichtspunkten aufgebaut. Wie wenig in maßgebenden Kreisen die Volksschullehrerschaft geschätzt werde, zeigte der Redner an einem Beispiel aus dem preußischen Kultusministerium. Der neuen Stellung, die sich die Volksschule im Bildungswesen errungen habe — siehe das Zusammenarbeiten zwischen den Vertretern der Wissenschaft und der Arbeiterschaft an zahlreichen Stellen — müsse auch die neue Stellung der Volksschullehrerschaft entsprechen.

Nach weiterer unwesentlicher Besprechung wurde der Antrag des Herrn Schumann angenommen. Die Wahl dieses „Ausschusses für die wirtschaftlichen, rechtlichen und staatsbürgerlichen Angelegenheiten der Volksschullehrerschaft“ wurde auf die nächste Versammlung verschoben.

Verfälschte und gesundheitsschädliche Nahrungsmittel.

Der Fabrikant Alwin Henry Martin Stehr befaßt sich seit 1917 mit der Herstellung von Gelatinezucker, Backpulver und dergleichen. Er wird nun beschuldigt, diese Fabrikate sowie ein Eisparpulver verfälscht und in den Verkehr gebracht zu haben. Vor dem Schöffengericht erklärt Stehr nun, daß der Vertrieb dieser Waren etwa drei Monate bei einem täglichen Umsatz von M 20 000 bis M 30 000 gedauert. Der Verkaufspreis beträgt bei der einen Sorte 35 ₰, bei der anderen 10 ₰ für die Tüte. Das Gelatinepulver wurde als vorzüglich geeignet zur Herstellung verschiedener Fruchtsäfte angepriesen. Nach den Befundungen des Sachverständigen Dr. Buttenberg sind aus allen Teilen des Reiches Beschwerden über unangenehme Wirkungen des Pulvers eingegangen. Verschiedene Untersuchungsstationen haben es als verdorben und verfälscht bezeichnet; in einer Familie sind Erkrankungen der Verdauungsorgane eingetreten, die auf den Genuß des Pulvers zurückzuführen waren. Der Sachverständige hat selbst festgestellt, daß das Pulver keine Gelatine, sondern ein Leimpulver von ekelerregendem Geschmack und Geruch sei; es enthielt viel schweflige Säure und war deshalb gesundheitsschädlich. Das Eisparpulver, das als vorzüglich angepriesen wurde, sollte 5 bis 6 Eier ersetzen. Nach dem Gutachten des Dr. Murdfield handelt es sich um ein völlig unbrauchbares Backpulver. Aehnlich verhält es sich mit dem Backpulver „Backrat“. Der Sachverständige bezeichnete es als sehr bedauerlich, daß durch solche Backpulver das wenige Mehl, das Hausfrauen erhalten, verdorben wird. Das Gericht verurteilte Stehr wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu M 1000 Geldstrafe oder 200 Tagen Gefängnis.

Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung im Stock- und Schirmmachergewerbe. Eine Versammlung des Holzarbeiterverbandes, Sektion Stock und Schirmmacher, fand am 29. Dezember 1917 im Gewerkschaftshause statt, in der Sektionsführer Wertheim mitteilte, daß die mit den Stockfabrikanten geführten Verhandlungen zu einer Einigung geführt haben, worauf Blecke eine ausführliche Darstellung über die Verhandlungen und deren Ergebnis gab. Die aufgestellten Forderungen seien im wesentlichen anerkannt. Die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Stunde sei erreicht und trete ab 1. Januar 1918 in Kraft. Die Arbeitszeit betrage somit von da ab 50 Stunden pro Woche. Die Forderung auf Erhöhung der Mindestlöhne und der bestehenden Löhne um 20 ₰ pro Stunde für männliche Arbeiter sei in der Weise vereinbart, daß sich ab 1. Januar die Löhne um 10 ₰, ab 1. Mai um 5 ₰ und ab 1. Oktober um weitere 5 ₰ pro Stunde erhöhen, so daß die während des Krieges vereinbarte Zulage somit 60 ₰ pro Stunde beträgt. Die Akkordpreise erhöhen sich in dem genannten Zeitraum von 50 pZt. auf 75 pZt. Der Mindestlohn erhöht sich ab 1. Januar von M. 1 auf M. 1,10 und beträgt ab 1. Mai M. 1,15 und ab 1. Oktober M. 1,20 pro Stunde. Für Arbeiterinnen beträgt der Lohn ab 1. Januar 60 ₰ und ab 1. Juli 65 ₰ pro Stunde. Die Vereinbarung soll bis 1. Januar 1919 Gültigkeit haben. Wenn auch nicht alles in vollem Umfange erreicht sei, so könne man doch sagen, daß ein wesentlicher Fortschritt erzielt sei, der besonders in der weiteren Erhöhung des Mindestlohnes und der Verkürzung der Arbeitszeit liege. Er ersuche daher, der Vereinbarung zuzustimmen. In der Diskussion wird das geringe Entgegenkommen der Arbeitgeber gegenüber der Regelung der Frauenarbeit bemängelt. In der Abstimmung wird die Vereinbarung einstimmig angenommen.

Veranstaltungen des Jugendbundes.

Wandsbeck, Sternstraße 27, bei Gerstenkorn. Sonntag, 13. Januar, abends: Theaterbesuch. — Mittwoch, 16. Januar: Liederabend mit Musikbegleitung.
Altona, Jugendheim, Blücherstraße 28. Sonntag, 13. Januar, morgens 9,30 Uhr: Agitation. Treffen vorm Jugendheim. Abends 5,30 Uhr: Treffen daselbst zum Besuch der Musikhalle. — Dienstag, 15. Januar: Lottig-Abend im Ottensener Jugendheim. — Mittwoch, 16. Januar: Liederabend.
Flottbeck, Jugendheim, Scharnhorststraße. Sonntag, 13. Januar: Theaterbesuch. — Mittwoch, 16. Januar: Vortrag über Religion und Aberglauben.
St. Georg-Hammerbrook, Gewerkschaftshaus, Hörsaal. Sonntag, 13. Januar: Treffen 2,45 Uhr, Hörsaal. Ein Gang durch das Gängeviertel. Abends: „Alt-Hamburg“. — Mittwoch, 16. Januar: Vortrag über Schundliteratur.
Eimsbüttel 3, Im Gehölz 1, Ecke Goebenstraße, bei Kohrt. Sonntag, 13. Januar, morgens 9 Uhr: Spaziergang. Treffen vorm Lokal. Nachmittags 4 Uhr: Treffen im Lokal. Vortrag über das Kapital. — Mittwoch, 16. Januar: Distriktsveranstaltung in der „Produktion“, Methfesselstraße. Vortrag über Idealismus und Materialismus.
Hoheluft, Eppendorferlandstraße, Ecke Martinistraße, bei Klünder. Sonntag, 13. Januar: Wanderung, Richtung Rissen. Abmarsch 8 Uhr morgens aus Hoheluft. — Mittwoch, 16. Januar: Distriktsvortrag über Idealismus und Materialismus.
Uhlenhorst, Canalstraße 21, bei Sagebiel. Sonnabend, 12. Januar, abends 8 Uhr pünktlich: Sitzung der Arbeitskommission bei der Genossin O. Topp, Mozartstraße 54 B, part. — Sonntag, 13. Januar, morgens 9 Uhr: Agitation. Nachmittags 2,30 Uhr: Außenspiele. Treffen am Borgweg. Abends 7 Uhr: Bunter Abend. — Mittwoch, 16. Januar, abends 8 Uhr: Diskussion.
Neustadt, Jugendheim, Große Theaterstraße 44. Sonntag, 13. Januar, nachmittags: Lesen mit verteilten Rollen: Die Verschwörung des Fiesko zu Genua. Abends 8 Uhr: Vortrag mit Lichtbildern über „Alt-Hamburg“ im Hörsaal des Gewerkschaftshauses. — Mittwoch, 16. Januar: Vortrag über Die Zukunft der Jugendbewegung, mit Diskussion.
Ottensen, Friedensallee 46. Sonntag, 13. Januar, abends 5,45 Uhr: Treffen vor dem Ottensener Jugendheim zum Besuch des Schillertheaters. Die Kosten trägt für Jugendliche die Abteilung. — Mittwoch, 16. Januar, abends 8 Uhr: Liederabend. Liederbücher sind mitzubringen.
5. Distrikt: Am Freitag, 11. d. M., beginnt pünktlich Uhr unser Leiterkursus, welchen der Genosse Eulert leitet. — Um recht rege Beteiligung wird gebeten.
Barmbeck, Jugendheim, Hinrichsenstraße 29. Sonnabend, 12. Januar, abends 8 Uhr: Reigenabend. — Sonntag, 13. Januar, 8 Uhr: Fragenbeantwortung. — Mittwoch, 16. Januar, 8,30 Uhr: Vortrag mit anschließender Diskussion. Es wird gebeten, rechtzeitig zu erscheinen.
Eilbeck, Hammersteindamm 30, bei Hahne. Sonntag, 13. Januar: Vortrag von 8—10 Uhr. — Mittwoch, 16. Januar: Vortrag über Schundliteratur.
Eppendorf, Ecke Niendorfer- und Tarpenbeckstraße, bei Brandt. Sonntag, 13. Januar, 6 Uhr: Oeffnung des Lokals, später Reuterabend. — Mittwoch, 16. Januar: Distriktsvortrag.

Kriegsdepeschen.

Deutscher Abendbericht.

Amtlich. WTB. Berlin, 11. Januar, abends. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Das Ergebnis des letzten deutschen Fliegerangriffs auf London.

WTB. **Berlin,** 11. Januar. Wie aus London gemeldet wird, sind bei dem deutschen Fliegerangriff auf London am 6. Dezember nach amtlichen Mitteilungen 19 Brände ausgebrochen. Ueber 30 Gebäude wurden hierdurch vernichtet. Der Polizeibericht verzeichnet 44 Tote und 102 Verwundete. Ein englisches Flugzeug ist bei der Verfolgung der Flieger westlich von Margate abgestürzt.

Schlechte Behandlung der Russen in Frankreich.

WTB. **Berlin,** 11. Januar. Die russische Kolonie in Lausanne erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die Russen in Frankreich von der Bevölkerung außerordentlich schlecht behandelt und in Verruf erklärt werden. Das Leben für sie ist gegenwärtig in Frankreich ein wahres Märtyrertum. Dazu sind Nachrichten eingelaufen, daß auch neuerdings wieder unter den Mannschaften der russischen Hilfstruppen, die in Frankreich isoliert gehalten werden, zahlreiche Erschießungen vorgenommen wurden.

Eine englische Stimme zu Wilsons Kriegszielrede.

WTB. **London,** 11. Januar. Reutermeldung. „Westminster Gazette“ schreibt: Wilson hat im ganzen eine gute Presse, selbst für seine Wendung über die Freiheit der Schiffahrt. Diese wird dahin verstanden, daß sie einen Teil der leitenden Idee des Präsidenten über die Gesellschaft der Nationen bildet und die gleiche Geltung für den Unterseee- und Ueberseekrieg haben soll. Wir sagen hierzu, meint das Blatt, daß die Vorschrift, die Seemacht zu entwaffnen, ohne die Landmacht der gleichen Beschränkung zu unterziehen, den Verbündeten, einschließlich Amerika, schweren Schaden brächte, solange sie nicht von dem absolut gesicherten System internationaler Beziehungen begleitet wäre, das sie vor dem Angriff anmaßender Militärmächte schützen würde. Aber als Teil eines deutschen Systems wären wir bereit, dieselben Garantien gegen den Mißbrauch der Seegewalt zu geben, wie wir sie von anderen beanspruchen gegen den Mißbrauch der Landgewalt. So wie die Welt ist, bleibt die Seeherrschaft das letzte Mittel aller Nationen gegen die Eroberungsabsichten in Europa, ohne sie wäre der Eintritt der amerikanischen Demokratie in diesen Kampf unmöglich. Wilson versteht, daß diese große Waffe keinesfalls preisgegeben werden kann und sie als letztes Hilfsmittel angewendet werden muß, wenn nicht von einer Macht, dann von einer Gruppe von Mächten, die sich zur eigenen Sicherheit zusammenschlossen. Dies ist die Frage der Zukunft, aber das amerikanische Volk mag versichert sein, daß wir keine selbstsüchtige Haltung einnehmen werden, zum Schaden irgend einer wohlgarantierten internationalen Uebereinkunft.

Das Schicksal der in Amerika festgehaltenen holländischen Schiffe.

WTB. **Amsterdam,** 11. Januar. Aus Rotterdam wird einem hiesigen Blatte gemeldet: In der gestern im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten abgehaltenen Versammlung, wozu auch alle Reeder, deren Schiffe in Amerika festgehalten werden, eingeladen waren, wurde mitgeteilt, daß die amerikanische Regierung folgende Bedingungen stellte. Ein Teil der niederländischen Schiffe soll für die belgische Hilfskommission fahren, ein zweiter Teil soll für die amerikanische Küstenschiffahrt verwendet werden. Falls diesen Bedingungen zugestimmt wird, würden einige niederländische Fahrzeuge die Erlaubnis erhalten, Benzin, Petroleum, Getreide und Viehfutter nach Holland zu verfrachten. Die Unterhandlungen werden jetzt in London fortgesetzt.

Amerikanischer Weizen für die europäischen Alliierten.

WTB. **Washington,** 11. Januar. Reutermeldung. Infolge der Lebensmittelknappheit in Europa beabsichtigt die amerikanische Regierung, jetzt weitere 90 Millionen Bushels Weizen auszuführen, obwohl der normale, für die Ausfuhr zur Verfügung stehende Ueberschuß schon Mitte Dezember verschifft worden war. Das amerikanische Volk wird aufgefordert werden, zu sparen, um das Defizit wieder hereinzubringen. Es sind Gesetze in Ausarbeitung begriffen, wodurch die Verpflichtung zur Einhaltung weizenloser Tage eingeführt und die Verwendung von gemischtem Mehl und Kriegsbrot vorgeschrieben wird. Es werden alle Anstrengungen gemacht, um die Lage in Europa zu erleichtern, selbst auf die Gefahr hin, daß in Amerika vor der nächsten Ernte ein Mangel an Mehl eintreten würde. Die Frage, ob diese neuen Abmachungen das Abkommen der Alliierten über den Transport von amerikanischen Truppen beeinträchtigen werden, wird in der Hauptsache den Alliierten selbst überlassen bleiben. Einige Beamte der amerikanischen Regierung sind der Ansicht, daß die Alliierten augenblicklich die Verschiffung von Lebensmitteln der Verschiffung von Truppen vorziehen würden.

Versenkt.

WTB. **London,** 11. Januar. Reuter. Gestern wurde auf der Nordsee das Fischerfahrzeug „Premier“ von einem deutschen U-Boot versenkt.

Explosion einer Pulverfabrik.

WTB. **Bern,** 11. Januar. Die pyrotechnische Fabrik in Carouge, einem Vororte Genfs, ist in die Luft geflogen. Die Fabrik stellte Kriegsmaterial für die Entente her. Einzelheiten fehlen noch.

Kämpfe in Rußland.

WTB. **Petersburg,** 10. Januar. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Abteilungen der Bolschewiki nahmen die Stationen Debalzewo, Snowska und Semenowka.

Aus Kiew wird gemeldet, daß der Widerstand gegen die Rada wächst. Unter den Truppen der Hauptrada herrscht große Erregung.

Neueste Nachrichten.

Die preußische Wahlrechtsreform im Ausschuß.

WTB. **Berlin,** 11. Januar. Der Ausschuß für Wahlreform trat im Abgeordnetenhause zusammen. Nach den einleitenden Ausführungen des Berichterstatters tadelt ein Konservativer, daß die Vorlagen nicht durch das Mantelgesetz verbunden sind. Ein Fortschrittlicher sprach sich gegen die allgemeine Besprechung aus. Seine Partei behalte sich die Stellungnahme für jede einzelne Vorlage vor. Ein Freikonservativer wünscht Auskunft über die Haltung der Regierung zum Städterecht. Ein radikales Landtagswahlrecht müsse mit Notwendigkeit auch ein radikales Gemeindewahlrecht nach sich ziehen.

WTB. **Berlin,** 11. Januar. In Fortsetzung der Beratung über die Wahlrechtsreform im Ausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte der Vizepräsident des Staatsministeriums, auch die Staatsregierung betrachte die Gesetzentwürfe als einheitlich und insbesondere würden die Vorlagen, betreffend die Wahlen zum Abgeordnetenhause und über die Zusammensetzung des Herrenhauses einheitlich in Kraft gesetzt werden. Der Minister des Innern erklärte: Zweifellos hat das Landtagswahlrecht eine Rückwirkung auf das Städtewahlrecht. Positives könne man aber noch nicht darüber sagen. Ein nationalliberaler Abgeordneter regte an, die Herrenhausvorlage zuerst zu behandeln. Ein Freikonservativer und Konservativer widersprachen dieser Anregung. Letzterer wies aus der Geschichte Athens nach, daß das gleiche Wahlrecht, das zu einer Klassen-Massenherrschaft führen müsse, dem Grundsatz der Ethik nicht entspreche und zum Untergang des Landes führe. Zu erörtern sei die Einführung der Wahlpflicht. Der Vizepräsident des Staatsministeriums erwiderte, die Lehren des klassischen Altertums seien auf unsere Verhältnisse nicht anwendbar. Wir hätten mit einer gesunden, aufstrebenden Arbeiterschaft zu rechnen. Der Minister des Innern äußerte Bedenken gegen die Wahlpflicht. Es sei schwierig und mißlich, Nichtwähler vor den Strafrichter zu schleifen, zumal die Feststellung der Entschuldigungsgründe nicht einfach sei. Doch werde sich über diese Sache reden lassen. Der Vizepräsident des Staatsministeriums widersprach dem Gedanken, ein Mantelgesetz zu schaffen. Das Gemeindewahlrecht könne in der gegenwärtigen Fassung nicht aufrecht erhalten werden, es sei eine Abstufung nötig. Nächste Sitzung Sonnabend.

Verkehrsschwierigkeiten infolge Schneefalls.

WTB. **München,** 11. Januar. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Der gesamte Durchgangsverkehr nach dem Norden ist infolge weiterer Schneewehen unterbrochen.

Das Frauenstimmrecht in England.

WTB. **London,** 11. Januar. Reutermeldung. Das Oberhaus nahm mit 134 gegen 69 Stimmen den Teil der Wahlrechtsvorlage an, der den Frauen das Stimmrecht verleiht.

Briefkasten.

Wiek F. Alle Obermatrosen und Matrosen, die Familie haben, erhalten seit dem 1. Oktober v. J. einen täglichen Wohnungszuschuß von 60 ₰.

2 Feldgraue Abonnenten. Die Meldung muß bei Ihrem Kompagnieführer erfolgen.

Ottensener Maschinenfabrik. Die Verstümmelungszulage, die Kriegszulage und die Alterszulage bleiben bei der Veranlagung zu den Steuern und anderen öffentlichen Abgaben jeder Art außer Ansatz. Die Steuerfreiheit gilt auch für die Tropenzulage, Luftdienstzulage und Rentenerhöhung.

Detlef K., Wellingsbüttel. Die beiden Herren sind uns nicht bekannt.

Kriegerfrau. Kommen Sie in unsere Sprechstunde.

Die streitende Familie. 1. Die Zusammenlegung erfolgt durch die Maschine. 2. Uns sind solche Betriebe nicht bekannt; möglich ist es aber.

2 Streitend 500. Der Vermieter hat nur unter besonderen Umständen, falls vertraglich nichts anderes vereinbart ist, ein Recht zum Betreten der Mietswohnung gegen den Willen des Mieters, nämlich nur dann, wenn erhebliches Interesse des Vermieters vorliegt, oder um die Wohnung nach der Kündigung mit Mietslustigen zu besichtigen.

E. St. 24. Das erfahren Sie beim Medizinalamt Bugenhagenstraße 10 (Levantehaus), geöffnet von 9—5 Uhr.

Pendilei 58—71. Der Schiffsjungen-Anwärter muß völlig gesund und gut gebaut sein. Er darf keine körperlichen Gebrechen (kranke Lunge, Plattfüße, Bruch usw.) haben. Anlage zu chronischen Krankheiten (Ohren-, Nasenleiden, Bettnässen usw.) darf nicht vorhanden sein. Die Hauptbedingung ist eine gute Sehleistung wenigstens auf einem Auge und auf dem anderen mindestens die Hälfte, gutes Farbenunterscheidungsvermögen, gutes Gehör auf beiden Ohren und fehlerfreie (nicht stotternde) Sprache. Das Gebiß muß in Ordnung sein. Die Mindestkörpermaße sind: Größe 1,47 m, Brustumfang nach dem Ausatmen 0,73 m.

Eintritt der Flut und Ebbe in Hamburg
am 12. Januar:
Flut: 12 Uhr 26 Min. nachm. | Ebbe: 5 Uhr 5 Min. nachm.

Hierzu eine Beilage.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Hamburg.

Todes-Anzeige.

Unseren Mitgliedern hierdurch die traurige Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler

Wilhelm Reinemann

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet statt am Sonntag, 13. Januar, nachm. 12½ Uhr, von Kapelle 6 in Ohlsdorf aus.

Um rege Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

Nach langem, schwerem Leiden wurde mir mein lieber Mann und meiner Kinder liebevoller, guter Vater

Heinrich Kühl

durch den unerbittlichen Tod entrissen.

Schmerzlich vermißt von den Hinterbliebenen:

Fr. **Anna Kühl**, geb. Schütze,
seinen Kindern u. seiner alten Mutter,
Familie **F. u. H. Schütze,**
Familie **Barg,**

Beerdigung: Sonntag, den 13. Januar, morgens 10½ Uhr, von Kapelle 6.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Todes-Anzeigen.

Am 10. Oktbr. 1917 fiel in Frankreich der Kollege

Helmuth Tiede.

Die Beerdigung findet hier statt am Sonntag, 13. Januar, nachm. 1 Uhr, von Kapelle 5 in Ohlsdorf.

Am 8. Januar 1918 verstarb der Kollege

Karl Kodlin.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle, Altona, Weidenstraße.

Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiterverband
Zweigverein Hamburg und Umg.

Sektion Maurer.

Todes-Anzeigen.

Den Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß unser Kollege

Herm. Schulz

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 12. Jan., nachm. 2 Uhr, von Kapelle 6 auf dem Ohlsdorfer Friedhof statt.

Um rege Beteiligung bittet

Der Vorstand.

Verspätet.

Sektion Stuckbruch.

Am 7. Jan. verstarb unser Kollege

Otto Berg

(Gipser) nach längerer Krankheit.

Die Beerdigung fand gestern, am 10. Jan., auf dem Ohlsdorfer Friedhofe statt.

Ein ehrendes Andenken sei hiermit unserem verstorbenen Mitgliede gewidmet.

Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein für den 8. u. 10. schlesw.-holst. Reichstagswahlkreis.
Ortsverein Altona.

Todes-Anzeigen.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Genossen

E. Hoffmann
und
C Kodlin

gestorben sind.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung des Genossen **Hoffmann** fand bereits statt.

Die Beerdigung des Genossen **Kodlin** findet am Sonntag, 13. Jan., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle, Weidenstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Hiermit die traurige Nachricht, daß meine innigst geliebte Frau, meiner Kinder treusorgende Mutter

Gertruida Wirickx,
geb. **La Croix,**

im 66. Lebensjahre plötzlich und unerwartet infolge Blutvergiftung sanft entschlafen ist.

Tief betrauert u. schmerzlich vermißt von ihrem tiefbetrübten Gatten

Joseph Wirickx u Kindern.

Beerdigung: Sonntag, 13. Januar, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Scheel-Plessenstr. 1, aus.

Nach erfolgter Ueberführung meines lieben Mannes, des Herrn

Heinrich Behnken,

findet die Beerdigung Sonntag, den 13. Januar, vorm. 10½ Uhr, von der 5. Kapelle aus statt.

Etwaige Kranzspenden dorthin erbeten. — Besichtigung der Leiche am Sonnabend, den 12. Januar, 4 Uhr, **Leichenhalle, Lübeckertor.**

Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft in Hamburg.

Vom Sonnabend, den 12 Januar 1918, ab wird der durchgehende Betrieb der **Linie 13** nach **Gr.-Borstel** bis auf weiteres aufgehoben und laufen die Züge nur noch von und bis Eppendorfer Marktplatz. **Die Abfahrtszeiten ab Eppendorf bleiben unverändert.** Zwischen Eppendorf und Gr.-Borstel wird ein **Pendelbetrieb** eingerichtet mit folgendem Fahrplan:

Ab Eppendorf Markt 6,00—12 00 } alle 15 Minuten.
Ab Gr.-Borstel ..... 6,14—12 14 }

Der Vorstand.

Mk. 500 Belohnung.

Mahagoni-Möbel-Diebstahl,
Hammerbrookstraße 6, Hochpt.,

vermutlich am Donnerstag, 3. Januar, oder einem der nächstfolgenden Tage, eventuell auch nachts ausgeführt.

Personen, wie Transporteure, Kutscher, Nachbarn oder Augenzeugen des Wegschaffens der Möbel, wollen sachdienliche Angaben richten an:

Kriminalrevier 6, Lindenstraße 7. I.

Obige Belohnung für Wiederherbeischaffung der Sachen. Auch sachdienliche Angaben zur Ermittlung des Täters werden entsprechend belohnt.

Sport- und Nutzkaninchen-Zucht-Verein „Einigkeit" **zu Altona.**

Sonntag, den 13. Januar,
im Lokale des Herrn **Aug. Rieck,** Altona, Hamburgerstrasse 8 (grosser Saal):

Rammlerschau

Anfang 9 Uhr. — Ende 8 Uhr.
Wichtig für jeden Züchter. ● Gute Kaufgelegenheit.

Karten für Erwachsene 20 Pfg., für Kinder 10 Pfg.

Die Ausstellungs-Leitung.

Konfektion

Bedruckte Wasch-Voile-Blusen		15.75
Crêpe-de-Chine-Blusen		45.00
Seidene Unterröcke	in vielen Farben	32.50
Seidene Blusen	in moderner Ausführung	29.50
Kostüm-Röcke	aus guten Stoffen	39.50
Paletots,	aparte Formen, 89,00, 76,50,	49.50
Jackenkleider,	tadellose Ausführung, 198,00,	129.00
Seidene Regenmäntel,	imprägniert	79.50

Handarbeiten

Weisse Mulldecken	von	6.00 an
Weisse Tüll- und Mullkissen	von	5.75 an
Schwarze Seidenkissen,	gez. von	4.00 an
Farbige Samtkissen	gez. von	8.00 an

Grosse Auswahl in Bauernbändern.

Wollwaren

Damen-Unterhemden,	Baumwolle, weiss	3.95
Damen-Korsettschoner,	Baumw., weiss	4.35
Damen-Hemdhosen,	weiss, mit eleg. Häkelpasse	9.45
Damen-Westen,	schwarz	3.25
Damen-Sportjacke,	schwarz, Kunstwolle, mit Seide durchwirkt	43.50
Damen-Sportjacke,	Kunstseide, in vielen Farben	65.00

Strümpfe

Damen-Strümpfe,	schwarz Paar 3,95,	3.75
Herren-Socken,	schwarz, Baumwolle Paar 1,95,	1.45
Herren-Socken	„Flor", farbig, Paar	1.95
Herren-Schweiss-Socken	Paar	95 Pf.

Gebr.
Heilbuth
Dammtorstrasse 6/9,
Hamburgerstrasse 101/103.

Arbeitspferd, mittelgroß, steht z. Verkauf. **Ahrensburgerstr. 46, Wandsbeck. Heidorn.**

Daunenbett, bill. Einz. Federbett, Kissen Kinderbett, Bettenlager **Sander,** Oberstr. 20, Hpt.

Gut erh. Kinderwag. oder Klappw. **Peschel,** Bismarckstr. 5.

Künstliche Gebisse,
Platin gr M 8, Brillanten, Schmucksachen, Leihhausscheine, Perlen kauft **Benjamin,** Neuer Steinweg 21.

Nähmaschinen aller Systeme, neue u. gebr., kauf. Sie nirg. günstiger als bei **Leffermann,** Stadthausbrücke 19 u. Maxstr. 2.

Aus meiner Seiden-Abteilung:

Crêpe de Chines erstklassige Ware, doppeltbreit, Meter **18.90**

Rudolph Karstadt

In meinem Erfrischungsraum: **Bilder-Ausstellung.**

Die Mittel des
Roten Kreuzes
gehen zur Neige.

Die Fürsorge
für die Truppen im Felde
für die Verwundeten in Lazaretten und Lazarettzügen
für die Gefangenen in Feindesland
muß
in unveränderter Weise fortgesetzt werden.

Um die uneingeschränkte Weiterführung der bisherigen Tätigkeit zu gewährleisten, ergeht die dringende Bitte an die hamburgische Bevölkerung, dem

Roten Kreuz
neue Mittel

zuzuwenden und den diesjährigen

Geburtstag unseres Kaisers

nicht vorübergehen zu lassen, ohne von neuem

ihre Opferwilligkeit durch die Tat

zu beweisen. — Beiträge nehmen sämtliche Girobanken unter der Bezeichnung „Rotes Kreuz" entgegen.

Hamburgischer Landesverein vom Roten Kreuz.

Hamburg, Januar 1918.

---

122. Gabenverzeichnis.

Seit dem 28. Dezember 1917 gingen ein:

v. d. Arbeitern d. Fa. Gebr. Bielhaben 167. u. 168. Rate M. 14 90, Emil Heckicher 250, Heinrich Wernthal 500, Friedrich Jauch 200, C. Peter W. Teufert 100, Lor. Lorenzen 20, Jean Strömsdörfer 30, Wilh. Pöpich 25, E. L. am Weihnachtsabend 500 Reederei Ernst Ruß 2500, E. Löwengaard 100, Verein Hbg. Staatsbeamten 65, Rate 1599,54, E. Fleck 89 25 Flashof u. Henning 100, Robert Herrmann 100, Sparklub „Silbersack" von 1907 10, G. Diederichsen 10 000, Otto Sörgel 500, Fr. Dr. Sonnenkalb 10, v. d. Boten und Handwerkern d. Norddeutschen und Nord-West-Deutsch. Versi.-Gesellschaft und der Hanseatischen Vers.-Ges. von 1877 100, Ad. Engelbrecht 100, Wilh. Née jr. 250, Wilh. Wegener u. Co. 100, H. W. 10, Alfred Pattenhausen 2000, Otto Cornehls 50, Wilh. Kornrumpf 10, Westf. Kohlenkontor 1000, Wm. Klöpper 1000, Otto A. Müller 1000, Dir. W. Klint 42, Gabe 30, Hugo Preuß 1000, C. E. Roeper 100, A. Marquardt 30, Ernst Schröder 20, Kluge 5, Jacqueline Littmann, Genf 100, Kpt. F. H. C. Brandt 50, Gebr. Keuel 500, Oscar F. Plums 50, Carl F. Haack 30, Herm. Zech 4,80, P. H. Nölting 200, Andreas Schinkel 10, Otto Dremel 25, Ferd. Veit 1000, L. S. 1000, Frau E. Kettenburg 25, Gen. f. Markt- und Kühlhallen 42, Gabe 100 Dr. M. Hinrichsen 100, Telegraphenzeugamt 3, Kontor und Lagerpersonal d. Fa. Aug. F. Richter 12, A. Werner 37, F. Juliusberg 12, Emil Blunk 100, Kpt. H. Neppenschmidt und Frau 20, Blome 20, Otto Meuser 150, Dr. Arnheim 5, Dr. Otto Wolffson 100, L. W. 50, Coutinho, Caro u. Co 1000, Willy Jahn 50, C. Ringeling 50, Dir. Dr. Rudolf Pünz, Ober-Apotheker Hochkamp, 1000, Dir. Richard Petri, Nienstedten, 1000 Werner Steinworth 500, W. Rademacher u. Co. 200, C. G. Helling u. Co. 100, Dr. Otto Lütgens 100, J. H. St. Georg, 10, Herm. Flügge 20, M. Uter 100, Frau Fred. E. Lion 100, Martin Hecker 10, Frau Esther Behrens 2000, Joh. Köhn 25, Henry Wiechers 200, A. Friederichs 150, v. d. Arb. d. Fa. Gebr. Bielhaben 164, Rate 7, Kirche zu Allermöhe 120, Frau Dr. L. Lüders 18, R. Vogel 500, G. Klammer, Valparaiso (Januar-Rate) 25, Frau A. C. Siemers Wwe. 50, Franz Schwalbe 100, M. Wittenberg 10, Heinr. Sprecher Wwe. 100, Frau Dr. W. Ullrich 200, Bertha Beyer 50, E. Meerwein aus einer Spielkasse 10, Frau Dr. Albert Wolffson 1000, Harder u. de Boer 500, L. Hansing, Eschebura, 1000, Julie Grohnert Wwe 50, C. M. Brödermann, Branderhof, 149,95, Richard Loewenthal 50, J. Koopmann u. Sohn 10, H. Joel 20, Robert Ganz 100, Rud. Crasemann 1000, Schacht u. Westerich 1000, Wilhelmine Wencke 500, Sociedad Vinicola 100, Frau H. D. Böhme 300, Ueberschuß aus dem Telegrammverkehr zwischen Feldheer und Heimat 186,57, Spende des Personals des Telegraphenamtes 13,43, F. Blonck 50, Conrad Scholtz A.-G. 500, P. G. Hübbe 25, J. F. L. Dahnke 18,30, Minna Wiemers 30, Emil Linck 30, Olga Arabena 25, F. C. Bramslöw 400, Hauptpastor D. Rode 500, Paul E. Opitz 50, E. 100, H. E. Kobold 20, Deutsche Vacuum-Oel A.-G. Beitrag für Januar 2000, Valentien-d. Koch 200, Musketier Schüler 3, Polizeibehörde 9 75, H. Wulfekopf 10, Pauline Koch 20, Franz Meyer, Landskrona 20, P. F. W. Kunhard 3,15, Ferd. Möring eingegangene Schuldforderung 34, Ertrag der Sammelbüchsen 31 05.

Beim Vaterländischen Frauen-Hülfsverein gingen ein: M. A. M. 15,75, Batt. M. 5, Hafenkommandantur Hamburg (Buße für verloren gegangene Auswahlkarten) 10, Ernst Schmahl 100, M. M. 2 50, Herr Kleeman 5, G. Kuhlemann (Ablösung der Neujahrskarten) 10. Insgesamt M. 44 004 19.

Mit bestem Dank wird um weitere baldige Gaben gebeten.

Hamburger Vorträge zum Weltkriege.

IV. Vortrag

Freitag, 18. Januar 1918, abends 8 Uhr, im grossen Saale des Conventgartens.

Herr Professor **Dr. Kahl** aus Berlin:

„Um Kaiser und Reich".

Eintritt unentgeltlich und ohne Zwang zur Kleiderablage, jedoch nur gegen Eintrittskarten, die ab Montag, 14. Januar 1918, erhältlich sind in der Geschäftsstelle, ABC-Strasse 37, und in den Ausgabestellen der Oeffentlichen Bücherhallen:

Kohlhöfen 21
Mönckebergstrasse
Süderstrasse 104
Billh. Mühlenweg 41
Bartholomäusstr. 97
Hasselbrookstr. 55.

Bieber-Kaffee

Das grosse Schlager-Programm:

Neubert u. Holländer. Die Dichterschlacht.
Lola Horst, Opernsängerin.
Lachpillenwolf.
H. Moran, Kaiserl. Türk. Kammersänger.
Geschwister Lück Kunstgesang.
Gebrüder Wolf.
Gawanda-Konzerte.

Beginn: Wochentags 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr nachm.

Am vorteilhaftesten kauf. Sie im gr.

Pelz-Lager

Rotberg, Gr. Bleichen 30, Hochpt.

Suche f. m. Pflegetochter ein **Piano** z. kauf. Angeb. m. Preis Fr. Rathmann, Schmalenbeckerstr. 5.

Piano gesucht. Egger, Apostelkirche 7 II.

Ges. Piano m. Br. kehrer Peters, Mühlendamm 25, II.

Karussell-Verkauf.

Schwankendes Krinolinkarussell mit 2 Wagen und guter Orgel 64 Personen fassend, sehr gewinnbringendes Geschäft, ist zu verkaufen. Branchenkenntnisse nicht erforderlich.

Karl Kluge,
Magdeburg, Waagestraße 5.

Heute, Sonnabend:
Preis-Skat,
Anfang 7 Uhr.
Tieding, Osterbeckstr. 69.

Sonntag, 13. Januar:
Großer Preis-Skat.
Heinr. Stricker,
Amsinckstr. 77.
Einsatz M. 20. Anf. 4 Uhr.

Hamburger Stadt-Theater.

Sonnab., 12. Jan., abds. 6½ U.: **Aida.**
Große Oper in 4 Akt v. G. Verdi.
Sonntag, 13. Jan., mittags 1 U.: Sondervorstellung f. d. Kriegsarbeiterschaft **Der Troubadour,**
Abends 7 Uhr: **Die Entführung aus dem Serail.**
Montag, 14. Jan. Anf. 6½ Uhr: **Margarethe (Faust).**
Dienstag, 15. Jan., Anf. 6½ U.: **Die Hochzeit des Figaro.**

Altonaer Stadt-Theater.

Sonnab., 12. Jan., Anf. 8 Uhr: Zum 1. Male: **Dyckerpotts Erben.**
Komödie in 3 Akten von Robert Grötzsch.
Sonntag, 13. Jan., mitt. 1 Uhr: **Judith.**
Abends 7 Uhr: **Robert und Bertram.**
Montag, 14. Jan. Anf. 7 Uhr: Meisterlustspiele der Weltliteratur (Zyklus 3). **Was ihr wollt.**
Dienstag, 15. Jan., Anf. 7½ U.: **Dyckerpotts Erben.**

Thalia-Theater.

Sonnab., 12. Jan., nchm. 4 Uhr: **Sonder-Vorstellung.**
Ermäßigte Preise.
Meine Frau, die Hochstaplerin.
Lustspiel in 3 Akten von Alfred Möller und Lothar Sachs.
Abends 7½ Uhr: **Die Tante aus Sparta.**
Lustspiel in 4 Akten von Johannes Wiegand.
Sonntag, 13. Jan., mitt. 12½ Uhr, ganz kleine Preise: **Jugend.**
Nachm. 3½ Uhr ermäß. Preise: **Meine Frau, die Hochstaplerin.**
Abends 7½ Uhr: **Die Tante aus Sparta.**
Montag, 14. Jan., abds. 7½ Uhr: **Baumeister Solneß.**
Dienstag, 15. Jan., abds. 7½ U.: **Die Tante aus Sparta.**
Mittwoch, 16. Jan., abds. 7½ Uhr: **Fasching.**
Von Franz Molnar.
Donnerstag, 17. Jan., ab. 7½ U.: **Herbstzauber.**
Von Rudolf Presber.
Hierauf: **Verbotene Früchte.**
Von Emil Göth.
Freitag, 18. Jan., abds. 7½ Uhr: Auftreten von **Franziska Ellmenreich.**
Die Welt in der man sich langweilt.
Lustspiel in drei Akten von Edouard Pailleron.

Neues Operetten-Theater.

Spielbudenplatz 1.
Sonnabend 12. Jan., ab. 7½ Uhr: **Niobe.**
Sonntag 3 Uhr: Kleine Preise. **Die tolle Komtesse.**
Abends 7½ Uhr: **Die Czárdásfürstin.**
Montag, 14. Jan., abds. 7½ Uhr: **Die Czárdásfürstin.**

Neues Theater.

Täglich abends 7½ Uhr:
Gastspiel **Anton Franck.**
Die Königin der Luft.
Sonntag, nachm. 3½ Uhr:
Die spanische Fliege
mit **Anton Franck** in der Hauptrolle.

Schiller-Theater.

Direktion **Hans Pichler.**
Sonnabend, 12. Jan., 2½ Uhr: Schüler-Vorstellung. **Maria Stuart.**
Abends 7½ Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**
Sonntag, 13. Jan., 12 Uhr: Literar. Dichter-Zyklus. **Heinrich Heine.**
Nachmittags 3 Uhr: Gastspiel **Konrad Gebhardt, Alb. Fischel, Marie Kloth. Unter der blühenden Linde.**
Abends 7 Uhr Gastspiel **Konrad Gebhardt. Jugend.**
Montag, 14. Jan., 7½ Uhr: Abonnement 2. Hälfte. Erstaufführung. **Nathan der Weise.**

Theater.

Sonnabend, 12. Januar: **Hamburger Volks-Oper**
Direktion: **Carl Richter.**
Sonnabend 12. Jan., nchm. 4 U.: Kinder 25 ₰ bis M. 1,30. **Hänsel und Gretel vor der Himmelstür.** — Abds. 7½ U.: **Der Evangelimann.**
Sonntag, 3 Uhr: Kleine Preise. **Der Vogelhändler.** — Abends 7½ Uhr: **Undine.**
Montag 14. Jan., abds. 7½ U.: **Martha.**

In Vorbereitung:
Gastspiel **Hannelore Ziegler** vom Hoftheater in Mannheim.

Carl Schultze-Theater.
Direktion **Herman Haller.**
Sonnabend, 12. Jan., abends 7½ U.: **Der Bettelstudent.**
Sonntag, 13. Jan., nachmittags 2½ Uhr: Kleine Preise. **Die Fledermaus.** — Abends 7½ Uhr: **Das Fräulein vom Amt.**
Montag, 14. Jan., abds. 7½ U.: **Das Fräulein vom Amt.**
Dienstag, 15. Jan., abds. 7½ U.: **Wiener Blut.**

Ernst Drucker-Theater.
Sonnabend, Anfang 7½ Uhr: Größter Erfolg! Nur kurze Zeit: **Die Hamster-Rieke aus dem Trampgang.**

Wandsbecker Stadt-Theater.

Sonntag, 13. Januar, 3 Uhr: **Hänsel und Gretel.**
Preise: M. 1 20, 90 ₰, 75 ₰, 50 ₰, 35 ₰, 25 ₰.
Abends 7 Uhr: **Dr. Klaus.**
Lustspiel in 5 Akten von A. L'Arronge.
Preise: M. 2,50, 2.—, 1,50, 1,20, 1.—, 80, 60 ₰.

Flora

Dir. **Siegfried Simon.**

Januar 1918.
Hoheit tanzt Walzer.
Operette in 3 Akten.
Musik von **Leo Ascher.**
Mitwirkende:
Christa Hoffmann
Vera Dollen
Alfred Maack
Hermann Feiner.
Anfang: Wochent. 7½ U. Sonntags 5 Uhr

Eden.

Täglich 7½ Uhr:
Ludwig Mertens
in der neuen Schlager-Burleske:
Der Mann aus dem Volke
Vorher der neue Varieté-Teil.

Hansa-Theater.

Täglich 7½ Uhr
Variete-Spielplan

Deutsches Schauspielhaus in Hamburg.

Sonnabend 12. Jan. ab 7½ U.: **Krise im Gottesländchen.**
Ein Stück voll in 4 Akten von Arthur Sakheim.
Anf. 7½ Uhr. Ende nach ½10 Uhr.
Sonntag 13. Jan., mitt. 12 U.: 2. Vorstellung des Vereins für Volksvorstellungen u. Theaterkultur in Hamburg. **Wenn der junge Wein blüht.**
Ueber sämtliche Plätze zu dieser Vorstellung ist der Us verfügt.
Nachmittags 3½ Uhr zu Mittelpreisen 50 ₰ bis M. 5: **Liebe.**
Abds. 7½ Uhr: Gewöhnl. Preise **Warren Hastings, Gouverneur von Indien.**
Montag, 14. Jan., abds. 7½ U.: **Warren Hastings, Gouverneur von Indien.**
Dienstag, 15. Jan., abds. 7 U.: **Der Verschwender.**

Druck und Verlag: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Sonnabend, 12. Januar 1918.

Beilage zum Hamburger Echo Nr. 10.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Fehlandstraße 11.
Verantwortlicher Redakteur: Karl Petersson in Hamburg.

Arbeiterbewegung.

Deutsches Reich.

IK. **Die Einigung im Leipziger Gewerkschaftskartell**, die schon gesichert schien, ist wieder in die Brüche gegangen. Am 26. November 1917 wurde bekanntlich eine Vereinbarung über den Wiedereintritt der aus dem Kartell ausgeschiedenen Gewerkschaften geschlossen. Am 13. Dezember faßten diese jedoch eine Resolution, in der sie als Voraussetzung ihres Wiedereintritts den Bruch mit der Politik der Generalkommission und die Fühlungnahme mit allen Faktoren der Arbeiterbewegung, das heißt also der Reichstagsfraktion der „Unabhängigen" verlangten. Darin sah die Generalkommission einen Bruch der geschlossenen Uebereinkunft und eine Unehrlichkeit; die Verhandlungen über Wiederaufhebung dieser Resolution führten jedoch zu keinem Ergebnis, nur einige Vertreter der ausgeschiedenen Gewerkschaften erklärten, daß sie gemäß der Vereinbarung vom 26. November handeln würden.

Mitteilungen aus dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt.

Lieferung von Feuerungsmaterial auf C- und D-Karten.

Die Inhaber von Kohlenkarten C und D haben kürzlich eine Erhöhung der Liefermenge erhalten. Von seiten der Kohlenhändler wird darüber geklagt, daß bei den auf Grund dieser Erhöhung eingehenden Bestellungen vielfach versäumt wird, den in Händen des Bestellers befindlichen Abschnitt der Kohlenkarte dem Kohlenhändler einzureichen. Da die Lieferung vom Kohlenhändler auf der Kohlenkarte zu vermerken ist, kann der Kohlenhändler auf Einreichung der Kohlenkarte nicht verzichten. Die Besteller werden daher in ihrem eigenen Interesse ersucht, ihre Kohlenkarte dem Kohlenhändler sofort bei der Bestellung mit einzureichen, soweit sich die Karte nicht noch von der früheren Lieferung her beim Kohlenhändler befindet. Inhaber von C-Karten, die ihre Kohlenkarte verloren haben, müssen in ihrer Brotkartenausgabestelle Erteilung einer Ersatzkarte beantragen. Ersatzkarten werden jedoch nur in Ausnahmefällen nach genauer Prüfung der Sache erteilt. Ersatzanträge für abhanden gekommene D-Karten sind an die Kartenzentrale, Dammtorwall 41, zu richten.

Futtermittelkarten für Pferde. Es wird auf die im Anzeigenteil dieses Blattes enthaltene Bekanntmachung über die dritte allgemeine Ausgabe von Futtermittelkarten für Pferde hingewiesen. Wie aus der Bekanntmachung ersichtlich, gelangen besondere Futtermittelkarten für Luxuspferde nicht mehr zur Ausgabe. Für die Anträge auf Ausgabe von Futtermittelkarten für Pferde in landwirtschaftlichen Betrieben sind besondere Vordrucke (auf gelbem Papier) vorgesehen. Im übrigen sind die Ausgabevorschriften unverändert geblieben. Es sind mithin auch für die Anträge auf Ausgabe von Futtermittelkarten für Pferde in Brauereien und Brennereien, von Futtermittelkarten für Ponies, von allgemeinen Futtermittelkarten und von Futtermittel-Zulagekarten Antragsvordrucke auszufüllen und an der Ausgabestelle — Dammtorwall 41 — einzuliefern.

Tages-Bericht.

Freitag, den 11. Januar.

Hamburg.

Der Steuerprozeß der „Produktion" im Reichsgericht.

Als im Jahre 1911 das hamburgische Konsumvereinssteuergesetz erging, durch das der Umsatz der Steuer zu grunde gelegt wurde, übertrug die Genossenschaft „Produktion" ihren Handelsbetrieb auf eine neu gegründete Handelsgesellschaft und beantragte Freistellung von der Konsumvereinssteuer.

Während dieser Antrag für das Steuerjahr 1911 rechtskräftig abgewiesen wurde, haben Landgericht und Oberlandesgericht ihm für die Steuerjahre 1912—1915 stattgegeben.

Gegen das oberlandesgerichtliche Urteil hatte der Hamburger Staat Revision eingelegt mit der Beschwerde, daß sein tatsächliches Vorbringen nicht genügend berücksichtigt und insbesondere die Steuer für das Jahr 1912 mit mangelhafter Begründung abgewiesen sei. Durch Urteil vom 8. Januar 1918 hat das Reichsgericht lediglich dem zweiten Revisionsangriff entsprochen und die Sache bezüglich der Steuer für das Jahr 1912 wegen mangelnder Begründung zur anderweiten Verhandlung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen. Im übrigen aber ist die Revision verworfen, da das oberlandesgerichtliche Urteil, das sich auf das der Nachprüfung in der Revisionsinstanz entzogene hamburgische Steuergesetz stütze, vom Reichsgericht zu berücksichtigende Mängel nicht erkennen lasse.

Damit ist endgültig festgestellt, daß bei der jetzt erfolgten Entwicklung die Genossenschaft „Produktion" zur Zahlung der Konsumvereinssteuer nicht verpflichtet ist.

Eine nachträgliche Weihnachtsgabe des Fabrikarbeiter-Verbandes.

Nach einem Beschluß des kürzlich stattgefundenen Verbandstages des Fabrikarbeiterverbandes soll noch nachträglich eine Weihnachtsgabe von M 6 an die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder gezahlt werden. Voraussetzung für den Bezug der Unterstützung ist, daß das in Frage kommende Mitglied am Tage seines Eintritts zum Heeresdienst mindestens 52 Wochen dem Verbande angehört, 52 Wochenbeiträge geleistet und nicht länger als vier Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande war und sich zurzeit noch im Heeresdienst befindet. Heilbehandlung im Lazarett ist dem Heeresdienste gleichzuachten. Die Unterstützung erhalten auch die Witwen gefallener Mitglieder, sofern diese noch nicht wieder verheiratet sind. Weibliche Mitglieder, deren Ehemänner nicht im Fabrikarbeiterverbande organisiert sind, erhalten die Unterstützung nicht.

Es sei besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Auszahlung der Unterstützung nur auf Antrag erfolgt, und der Meldeschein und die Legitimationskarte, die zum Bezug der staatlichen und städtischen Unterstützung berechtigt, vorgelegt werden müssen. Kriegerwitwen benutzen als Ausweis den Bescheid über die Rentenfestsetzung. Ohne Vorlegung der Ausweise wird keine Unterstützung gezahlt. Die Auszahlung erfolgt im Bureau der Zahlstelle Hamburg, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57, 2. Et., Zimmer 16, an den in der Annonce des Fabrikarbeiterverbandes („Hamburger Echo" vom 9. Januar, Beilage) bekanntgegebenen Tagen. Um die Auszahlung ohne Störung zu erledigen, wird dringend ersucht, die Anfangsbuchstaben, den Tag und die Zeit genau zu beachten. Die Unterstützung wird nur in der bestimmten Zeit ausgezahlt. Spätere Meldungen werden unter keinen Umständen berücksichtigt. Auswärts wohnende Frauen können die Unterstützung bis zum 31. Januar beziehen.

Prämien für Navigationsschüler. Die Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe verleiht aus der Hilfs-Prämien-Stiftung für die Navigationsschule Prämien an solche Schüler, welche sich durch Fleiß und Tüchtigkeit besonders ausgezeichnet haben. Die Prämien bestehen in einer Beobachtungsuhr, einem Marineglas oder einem sonstigen nautischen Instrument. Im vergangenen Jahre ist dem Steuermannsschüler A. O. K. J. Wiesen, welcher die Prüfung mit Auszeichnung bestanden hat, eine Prämie zu Teil geworden.

Eine neue Seeschiffswerft. Wie das „Berl. Tageblatt" mitteilt, soll ein unter der Führung des Bankhauses Bleichröder stehendes Konsortium den Bau einer Seeschiffswerft an der Weser in Nordenham planen. Als Aktienkapital wird die Summe von fünf Millionen genannt. Gegenwärtig schweben Verhandlungen mit den Behörden, um die nach den Verordnungen des Bundesrats vom 2. November 1917 erforderliche Genehmigung der Landeszentralbehörde zur Errichtung einer Aktiengesellschaft zu erhalten.

Wegen der Witterung arbeitslos gewordene Bauarbeiter können Notstandsarbeit erhalten, deren Erledigung im Interesse der Bevölkerung liegt. Es handelt sich um Holzarbeiten. Meldungen werden am Arbeitsnachweis für das Baugewerbe, Fehlandstraße 42, entgegengenommen.

Straßenbahn Groß-Borstel. Von Sonnabend, 12. Januar 1918, ab wird der durchgehende Betrieb der Linie 13 nach Groß-Borstel bis auf weiteres aufgehoben und zwischen Eppendorf und Groß-Borstel ein Pendelbetrieb eingerichtet. Der Fahrplan ist im Inseratenteile der vorliegenden Ausgabe veröffentlicht.

Güterberaubungen und kein Ende. Aus einem Eisenbahngüterwagen haben Eisenbahngüterräuber eine Kiste gestohlen, die zwei Standuhren in Mahagonigehäusen, drei andere Standuhren und sieben Werke in Holzgehäusen im Gesamtwerte von M. 422 enthielt.

Ein verdorbener Hochzeitsschmaus. In der Nacht zum Sonntag wurde bei einem Bauern in Schönberg in Mecklenburg ein Einbruch ausgeführt, bei dem der Täter drei Speckseiten, zehn Mettwürste, sowie Herren- und Damenkleidungsstücke erbeuteten. Da die Spur des Diebes nach Hamburg wies, lenkte sich der Verdacht auf einen früher in Schönberg beschäftigten Arbeiter. Dieser, ein Vater von vier Kindern, wurde in seiner Wohnung verhaftet. Hier fand man auch ein Paar neue goldene Trauringe, die beschlagnahmt wurden. Durch die Gravierung des einen Ringes ermittelte man ein Mädchen, in dessen Wohnung man drei Mettwürste und eine Speckseite vorfand und beschlagnahmte. Das Mädchen gab an, daß der Verhaftete sich mit ihr demnächst verheiraten wollte und daß die Fettigkeiten zum Hochzeitsschmaus dienen sollten. Das Mädchen wußte nicht, daß ihr Bräutigam verheiratet ist und hatte auch keine Ahnung, daß die kostbaren Fettigkeiten vom Diebstahl herrührten. Bei einem früheren Arbeitgeber des Mannes, konnte man noch zwei weitere Speckseiten beschlagnahmen. Die gestohlenen Kleidungsstücke hatte der Dieb bei einem Althändler im Hammerbrook zum Teil gegen andere Bekleidungsstücke umgetauscht, teils verkauft.

Wohnungsdiebe entwendeten aus einer Wohnung am Eppendorferweg, die sie mittels Nachschlüssels öffneten, Bargeld, Schmuck- und Silbersachen im Gesamtwerte von etwa M. 1000.

Hafen und Schiffahrt.

Das Treibeis der Elbe. Durch den eingetretenen schweren Schneefall ist der Schiffsverkehr auf der Elbe wieder bedeutend behindert worden. Der Schneeschlamm verbindet sich mit den Eisschollen und bildet eine derartig feste Masse, daß selbst die schwersten Eisbrecherdampfer oft stecken bleiben und längere Zeit arbeiten müssen, um wieder frei zu kommen. Das Eis treibt mit der Ebbe elbabwärts, kommt jedoch mit der Flut und durch den Südwestwind getrieben in derartigen Massen wieder zurück, daß der Verkehr selbst von größeren Schleppdampfern eingestellt werden muß. Auf verschiedenen Stellen kann man dann Dampfer mit Schleppzügen im Eise festsitzen sehen, die auf Hilfe eines großen Staatsschleppers oder Eisbrecherdampfers warten, um frei gemacht zu werden.

Beim Rangieren totgequetscht. Den Arbeiter Ferdinand Westphal fand man auf dem Rangierbahnhof Hamburg-Süd tot auf. Man nimmt an, daß er beim Rangieren von Eisenbahnwagen zwischen die Puffer zweier Wagen geraten ist. Die Leiche des auf diese Weise ums Leben gekommenen Mannes wurde nach der Leichenhalle des Hafenkrankenhauses gebracht.

Im Maschinenraum verunglückt. Der Maschinist Heinrich Fick hat im Maschinenraum seines Schleppdampfers „Peter" den rechten Arm gebrochen. Man brachte den Verunglückten nach dem Hafenkrankenhause.

Altona und Umgegend.

Gemeinschaftliche öffentliche Sitzung der städtischen Kollegien.

Am Donnerstag, 10. Januar, abends 7 Uhr, fand im Rathause eine Sitzung statt, in der zunächst der Oberbürgermeister Schnackenburg die neugewählten Stadtverordneten in ihr Amt einführte und verpflichtete. In einer bei dieser Gelegenheit gehaltenen Ansprache wies er darauf hin, daß die Zukunft unserer Stadt auf drei Grundpfeilern ruhe, auf unserm Hafen, auf unserer Industrie und unserm Zuzug. Die Fischmarktfrage sei jetzt soweit zum Abschluß gelangt, daß die städtischen Kollegien in allernächster Zeit über diese Frage eine Entscheidung zu treffen hätten. Für die Aufschließung unseres Industriegebietes lägen neue Pläne vor, und die städtischen Kollegien würden hierzu Stellung zu nehmen haben. Was unsere Besiedelungspläne anbetreffe, so seien wir bereits mit einem kühnen Schritt in diese Aufgabe hineingegangen. Bei Lösung der wichtigen Aufgaben sprach der Oberbürgermeister den Wunsch aus, in demselben Sinne und demselben Geiste an die Aufgabe heranzutreten, der zu seiner größten Freude und Befriedigung seit Kriegsausbruch im Sitzungssaale herrschend gewesen sei, dem Geiste gegenseitiger Achtung und dem Geiste des Vertrauens zueinander.

Die von der Brandkommission eingebrachte Vorlage über die Erhöhung der Gebühren für Wegschaffung des Hausmülls wurde auf Vorschlag des Oberbürgermeisters, nachdem die städtischen Kollegien der Vorlage grundsätzlich zugestimmt hatten, zur endgültigen Formulierung der Fassung an die Ortsstatutkommission verwiesen.

Begutachtung des Projekts eines Volksparkes. Im Februar 1913 genehmigten die städtischen Kollegien grundsätzlich die Anlage eines Volksparkes unter Vorbehalt eines ausgearbeiteten Projektes. Das den Volkspark sowie die Zentralfriedhofsanlage umfassende Gesamtprojekt ist von dem Gartendirektor Tutenberg ausgearbeitet und der Baukommission vorgelegt worden, die es für zweckmäßig hält, das Projekt, bevor es den städtischen Kollegien zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt wird, durch noch zu benennende Sachverständige begutachten zu lassen. Die Begutachtung wird nach Schätzung einen Betrag bis zu ungefähr M 6000 erfordern. Die Baukommission beantragte daher, daß die städtischen Kollegien diesen Betrag bewilligen möchten. Senator Schöning, der die Vorlage begründete, schlug vor, vier Sachverständige heranzuziehen, und zwar einen Friedhofssachverständigen, zwei Gartenbaukünstler und einen Architekten. Genosse Stoll sprach namens der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion die Zustimmung zu der Vorlage aus, die aber noch der ernstesten Prüfung bedürfe. Bei der Auswahl der künstlerischen Sachverständigen solle man sich aber nicht von kleinlichen Bedenken leiten lassen. Unsere Hoffnung sei, daß der Park eine Erholungsstätte für das werktätige Volk werden möge. Auch das Projekt des Zentralfriedhofes sei zu begrüßen, damit der Kirche das Geschäft der Beerdigung abgenommen werde. Die Vorlage möge einer gründlichen Prüfung vom künstlerischen Standpunkte aus unterzogen werden. — Oberbürgermeister Schnackenburg fand, daß die Ausführungen und die Kritik, die Genosse Stoll der Kirche gewidmet hatte, dem Projekt nicht sehr förderlich seien. Auch er halte es für sehr nützlich, daß ein Zentralfriedhof geschaffen werde. Im übrigen kommt ein solches Projekt, wie es in Altona geplant werde, nur in sehr wenigen Städten zur Ausführung. Etwas habe es schon die Herzen der Altonaer gewonnen. Wird die Anlage erst fertig sein, dann wird sie ein Stolz Altonas werden. Das Projekt des Gartendirektors Tutenberg sei eine sehr beachtliche Leistung. Aber bei einem solch großen Projekt müssen als Gutachter Leute von Ruf und Achtung auch gehört werden. Und solche Leute werden wir finden und uns nicht an kleinliche Nebenumstände halten. Die Herren, die als Sachverständige fungieren sollen, müssen nach Altona kommen, damit mit uns ein sehr reger Gedankenaustausch stattfinden kann. Das Projekt solle der Gesundheit, dem Wohlbefinden, dem Glück der Bevölkerung dienen. — Genosse Stoll erwiderte dem Oberbürgermeister, daß die Zustände, wie sie in Altona herrschen, wo die große Masse kirchlich uninteressiert sei, beseitigt werden müssen. Auch die Beisetzung von Aschenresten sei in Altona noch nicht einmal gestattet. — Nachdem Senator Marlow um die Annahme der Vorlage gebeten, und darauf hingewiesen hatte, daß der neue Friedhof die Konkurrenz mit dem schönen Ohlsdorfer wohl aufnehmen könne, wurde die Vorlage angenommen.

Gewährung von einmaligen Teuerungszulagen. Die Vorlage wurde noch einmal zurückgezogen und soll in der nächsten Zeit wieder eingebracht werden. Auf Vorschlag des Stadtverordneten Justizrat Dr. Loewenfeld soll sie auch von der Kämmereikommission beraten werden. — Genosse Kürbis bedauerte, daß die Vorlage nicht verabschiedet werden könne. Hoffentlich erhalten auch die weiblichen Hilfskräfte, wie Scheuerfrauen, eine Zulage. Er bat, daß die Vorlage recht bald wieder eingebracht werden möge, damit die Arbeiter und Beamten recht bald in den Genuß des ihnen Zugedachten kämen.

Ausgleich der Grundsteuer des Stadttheaters. Die Aktiengesellschaft Altonaer Schauspielhaus hat an den Magistrat den Antrag gestellt, daß ihr mit Rücksicht auf ihre ungünstige Finanzlage die Zahlung der Grundsteuer erlassen werde. Letztere beträgt für das Jahr 1917 M 2755. Da die Bestimmungen des Kommunalabgabengesetzes es nicht zulassen, daß die Theater von der Zahlung von Grundsteuern befreit werden, hält der Magistrat es nicht für angängig, daß dem Antrage des Schauspielhauses entsprochen wird. Er beantragt daher, „daß dem Schauspielhause vom 1. April 1917 ab stadtseitig eine Beihilfe in Höhe der jeweiligen Grundsteuer gewährt und daß sie aus der Lustbarkeitssteuer des Stadttheaters gedeckt wird". — Stadtverordneter Dr. Weber bittet darum, die Beihilfe formell nicht auf unbestimmte Zeit, sondern nur bis zum 1. April 1919 zu beschließen. — Stadtverordneter Justizrat Dr. Warburg glaubte, daß die praktischste Lösung die wäre, wenn auf Grund des § 18 der Grundsteuerordnung die Grundsteuer für das Theater niedergeschlagen würde. — Der Oberbürgermeister hält den Vorschlag des Justizrats Dr. Warburg nicht für empfehlenswert. — Genosse Kirch kritisierte darauf lebhaft die Verhältnisse des Stadttheaters, die sehr bald eine Aenderung erfahren müßten. Auch die Anzahl der billigen Volksvorstellungen müßte von vier auf acht erhöht werden. Auch empfehle es sich, in den Aufsichtsrat des Theaters einen Stadtverordneten hineinzuwählen. — Stadtverordneter Dr. Weber beantragt, daß der letzte Satz in dem Antrage des Magistrats, der davon spricht, daß die Grundsteuer aus der Lustbarkeitssteuer gedeckt werden solle, gestrichen werde. Ferner wünschte er, daß hinter die Worte „1. April 1917" hineingefügt werde „bis 1. April 1919". — Genosse Stoll kritisiert ebenfalls den rein geschäftlichen Standpunkt des Theaters. Stücke wie „Kyritz-Pyritz" ständen ständig auf dem Spielplan. Gute Stücke würden recht stiefmütterlich behandelt. — Auch der Oberbürgermeister hielt den Spielplan, der in der letzten Zeit das Theater beherrscht habe, für Altona nicht angemessen. Er habe aus dem Grunde mit Direktor Loewenfeld auch schon eine Rücksprache gehabt. Der Spielplan sei daraufhin geändert worden. Er wolle aber auch berichten, was Direktor Loewenfeld ihm gesagt habe. Theaterstücke wie: „Im Flügelkleide" brächten eine Tageseinnahme von M 850, wertvolle Stücke dagegen nur M 150. Es sei sehr bedauerlich, daß die Bevölkerung in dieser Zeit nach solchen Stücken wie „Im Flügelkleide" laufe, und gute Vorstellungen meide. Die schauspielerischen Leistungen des Altonaer Theaters seien sehr gut; das könne er wohl sagen. Wir hätten gute Künstler und fleißige Arbeiter. Man müsse sich eigentlich schämen, wenn man höre, daß die Bevölkerung gute Stücke meidet. — Im übrigen bat er, dem Antrage Dr. Webers zuzustimmen. Begrüßen würde er es auch, wenn es möglich wäre, daß in den Aufsichtsrat ein Stadtverordneter käme. Justizrat Dr. Warburg erklärte, daß die Stellung des Aufsichtsrates und des Vorstandes dem Direktor gegenüber nur die des Verpächters sei. Auf den Spielplan hätten sie keinen Einfluß. Man müsse dem Direktor Loewenfeld nachrühmen, daß er schon sehr wertvolle Spielpläne aufgestellt habe. Man könne es ihm aber schließlich auch nicht verübeln, wenn er auch an seine Einnahmen denke. Man müsse sich überhaupt wundern, daß die Bevölkerung in der jetzigen Zeit solche Stücke wie „Im Flügelkleide" bevorzuge. Werden gute Stücke gegeben, sei das Theater leer. Die Cafés seien dagegen aber jeden Abend voll besetzt. Zur Ehre der minderbemittelten Bevölkerung müsse er sagen, daß bei billigen Volksvorstellungen die Galerien und die billigen Plätze stets ausverkauft, die teuren Plätze dagegen leer seien. — Genosse Kirch erkannte an, daß der Spielplan in letzter Zeit besser geworden sei. Aber bei jedem Direktor eines Theaters gingen die Ideale in die Binsen, wenn die Kasse nicht mehr stimme. Er forderte noch einmal mit allem Nachdruck, daß die Zahl der billigen Volksvorstellungen vermehrt werde. — Stadtverordneter Esch wies kurz darauf hin, daß bei der nächsten Vertragschließung mit dem Theater der Einfluß der Stadtverwaltung vermehrt werde. — Die Vorlage wurde darauf angenommen.

Abänderung der Schankkonzessionssteuer. Während in anderen Städten die Urkunde, welche über eine Erlaubnis zum Betriebe einer Gast- oder Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus auszustellen ist, erst dann ausgehändigt wird, wenn die Schankkonzessionssteuer gezahlt ist, enthält die Altonaer Schankkonzessionssteuerordnung keine derartige Bestimmung. Infolgedessen kommt es in Altona keineswegs nur vereinzelt vor, daß eine Gast- oder Schankwirtschaft oder der Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus von Personen betrieben wird, welche nicht die zur Zahlung der Schankkonzessionssteuer erforderlichen Mittel besitzen. Damit diese Fälle für die Zukunft nicht mehr vorkommen, bittet die Kämmereikommission die städtischen Kollegien, zu genehmigen, daß § 6 der Schankkonzessionssteuerordnung eine ersichtliche Ergänzung erhält. Beantragt wurde, § 6 erhält folgenden Absatz 3: Die Erlaubnisurkunde wird nur gegen Zahlung der Steuer ausgehändigt. Unterbleibt die Zahlung der Steuer, so findet die Aushändigung der Erlaubnisurkunde nicht statt. Die Vorlage wurde angenommen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden in geheimer Sitzung erledigt.

Die Lebensmittelkarten werden neu ausgegeben.

Zucker-, Fleisch-, Kartoffel-, Fett- und Milchkarten sowie Hafernährmittel- usw. Karten für Kinder bis zum vollendeten 6. Monat, beginnend mit Abschnitt 5, und Zuckerzusatzkarten für Kinder unter 1 Jahr werden in den Brotkommissionen am Sonnabend, 12. Januar, von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr ausgegeben. Die Brotkommission Ovelgönne ist nur von 3 bis 7 Uhr geöffnet. Die übrigen Geschäfte der Kommissionen ruhen an diesem Tage. An kleine Kinder dürfen Karten nicht abgegeben werden, da die Gefahr des Verlorengehens zu groß ist.

Die Anmeldung bei den Händlern hat bis zum Freitag, 18. Januar, zu erfolgen, bezüglich der Kartoffelkarten jedoch bis einschließlich Mittwoch, 16 Januar.

Milch-, Zucker-, Mehl-, Zwieback-, Haferflocken- und Fleischkarten für Kranke und Milch-, Butter- und Zuckerkarten für hoffende und stillende Frauen werden in den Brotkommissionen am Mittwoch, 16. Januar, von 1 bis 7 Uhr ausgegeben. Brotkommission Ovelgönne ist nur von 5 bis 7 Uhr geöffnet. Auch bezüglich dieser Karten hat die Anmeldung bei den Händlern bis Freitag, 18. Januar, zu erfolgen.

Wir machen immer wieder die Beobachtung, daß recht viele Einwohner die Karten nicht am festgesetzten Tage abholen, sondern an den darauffolgenden Tagen ins Lebensmittelamt kommen, um sie dort in Empfang zu nehmen. Dieser Zustand muß aufhören. Jeder, der fortan seine Lebensmittelkarten nicht rechtzeitig abholt, erhält sie im Lebensmittelamt nur in der Zeit von 9 bis 11 Uhr morgens ausgehändigt.

Volkstümlich Unterhaltungsabende im Altonaer Museum. Am kommenden volkstümlichen Unterhaltungsabend, Montag, den 14. Januar, abends 8 Uhr, wird der Kriegsberichterstatter Dr. Köster einen Vortrag mit Lichtbildern über seine Erlebnisse bei der Offensive gegen Italien halten. Der Eingang zum Hörsaal ist von der Braunschweigerstraße. Karten zum Preise von 30 ₰ sind Sonnabend und Sonntag im Museum und in den Bureaus, Friedensallee 46 und Blücherstraße 28 zu haben.

Altona-Blankeneser Straßenbahn. Auf Anregung der Direktion der Altona-Blankeneser Straßenbahngesellschaft fand in der Elbschloßbrauerei in Nienstedten mit den Vertretern der Gemeinden Nienstedten und Klein-Flottbeck, die fast vollzählig erschienen waren, eine Sitzung statt. Die Verhandlungen wegen Einstellung des Straßenbahnbetriebes Altona-Nienstedten sind noch nicht zum Abschluß gelangt, vielmehr berechtigte Hoffnungen vorhanden, daß der Betrieb zwischen Altona Hauptbahnhof und Nienstedter Friedhof nicht eingestellt wird. Auch Vertreter der Gemeinden Blankenese und Dockenhuden waren erschienen, um die Ansicht des Vorstandes der Gesellschaft zu hören über einen Antrag dieser beiden Gemeinden beim Regierungspräsidenten zwecks Wiedereröffnung der Strecke Friedhof Nienstedten-Blankenese. Es besteht jedoch keine Aussicht, daß diese Strecke in absehbarer Zeit wieder in Betrieb genommen wird.

Verhaftet wurde ein Schuhmacher, der einem Kollegen von ihm drei Paar Stiefel gestohlen und in einer Herberge in der Talstraße verkauft hatte.

Um M. 228 geschädigt wurde ein Geschäftsmann in der Königstraße. Zu ihm kam eine etwa 25 Jahre alte Frau, die sich von ihm für eine ihm bekannte Frau eine Anzahl Blusen geben ließ, die der vertrauensselige Kaufmann auch hergab. Hinterher mußte er die Entdeckung machen, daß er einer Schwindlerin zum Opfer gefallen war.

Eisenbahnwagendiebstahl. Aus einem Eisenbahnwagen auf dem Güterbahnhof wurden für M. 2700 Kleider und Wäschestücke gestohlen.

Aus den Elbgemeinden.

Gr.-Flottbeck. Am Sonnabend kommen bei den hiesigen Händlern Heringe zum Verkauf.

Nienstedten. In der Schlachterei von Habemann ist am Sonnabend Fleisch zu haben. Kohlen verkauft am Sonnabend der Kohlenhändler Timm.

Blankenese. Am Sonnabend, 12., kommt in sämtlichen Schlachtereien Fleisch zum Verkauf. Die Ausgabe der Brot- und Warenbezugskarten erfolgt am Sonnabend in der Volksschule. Auf dem Güterbahnhof werden am Sonnabend gelbe Rüben verkauft.

Blankenese-Dockenhuden. Am Sonnabend Verkauf von Koks und Briketts auf dem Güterbahnhof.

Dockenhuden. In der Reithalle gelangen am Sonnabend Kohl, Steckrüben, Rote Beete, Karotten, Krabbenfleisch, Sellerie, Backobst, Dörrzwiebeln und Stockfisch zur Abgabe. Die Ausgabe der Brotkarten erfolgt am Sonnabend. Bei den hiesigen Schlachtermeistern gibt es am Sonnabend Fleisch.

Dockenhuden. Stellungnahme zu den Gemeindevertreterwahlen. Eine öffentliche Volksversammlung tagte am Mittwoch abend in Baumanns Lokal, in der zunächst Genosse Deutsch eine kurze Uebersicht über die den Gemeinden Blankenese und Dockenhuden zur Verfügung stehenden Lebensmittel gab. Genosse Jakobsen-Lokstedt gab dann in längeren Ausführungen eine Uebersicht über den Stand unserer Lebensmittelversorgung. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurde dann zu den Gemeindevertreterwahlen Stellung genommen und das rückständige Gemeindewahlrecht einer scharfen Kritik unterzogen. Bei diesem Wahlrecht war es den Parteigenossen bisher nicht möglich, einen Sitz in der Gemeindevertretung zu bekommen. Es wurde erwartet, daß jetzt im Zeichen des Burgfriedens der Kommunalverein der sozialdemokratischen Partei einen Sitz in der Gemeindevertretung einräumen werde.

Stellingen-Langenfelde. Verkauf von Rindfleisch am Sonnabend, 12 Januar, auch für die Woche vom 13. bis 20. Januar. — Nudeln gibt es am Sonnabend auf Abschnitt 91 der Warenbezugskarte bei allen Händlern und in der „Produktion". Ferner Bohnenmehl und Kaffee-Ersatz.

Lokstedt. Ausgabe von Weißkohl findet am Montag, 14. Januar, vormittags von 8 Uhr und nachmittags von 2 Uhr an statt bei Herrn Peter Sottorf und zwar bis zu 10 Pfund pro Brotkarte, Preis 17 ₰ per Pfund. Lieferscheine gibt es in der Mädchenschule. — Frische Fische sind am Sonnabend bei Frl. Nothdurft, sowie bei Herrn Matt zu haben. Ausgegeben werden 1. Dorsch, große pro Pfund M. 1,10, kleine 90 ₰ pro Pfund, 2. Butt pro Pfund 95 ₰, 3. Aalquappen pro Pfund 70 ₰.

Eidelstedt. Knochenverkauf am Sonnabend von 8 bis 9 Uhr auf Nrn. 361—400 in der „Produktion".

Niendorf. Rindfleisch wird an die Inhaber der Fleischkarten und an Selbstversorger, deren Namen mit den Buchstaben M bis Z beginnen, verteilt. Bezugsscheine für Selbstversorger werden am 12. Januar im Gemeindebureau ausgegeben. Ferner wird am Sonnabend Talg auf Nrn. 108—165 der Brotkarte verteilt.

Schnelsen. Grieß und Suppenwürfel am Sonnabend bei sämtlichen Krämern auf Abschnitt 29 der Kontrollkarte.

Wandsbeck und Umgegend.

Lebensmittelabgabe in der Woche vom 13. bis 19. Januar.

Die Lebensmittel-Kommission teilt uns mit, daß in der Woche vom 13. bis 19. Januar 1918 folgende Lebensmittel abgegeben werden:

200 Gramm Weizengrieß auf die Bezugskarte für Kinder unter 5 Jahren.
150 Gramm Zucker.
125 Gramm Gerstengraupen oder -Grütze.
250 Gramm Marmelade.
60 Gramm Butter.
7 Pfund Kartoffeln auf die Kartoffelkarte zum Preise von 9 ₰ für das Pfund.
Weißkohl, Rotkohl, Wirsingkohl, Steckrüben laut Bekanntmachung.
250 Gramm Fleisch auf die Reichsfleischkarte.
1900 Gramm Brot (oder 1500 Gr. Brot und 270 Gr. Mehl).
Milch laut Bekanntmachung des Magistrats vom 26. November 1917.
Frische Fische täglich, bei allen Fischhändlern, soweit Vorrat vorhanden.

Die Abgabe von Lebensmitteln (Weizengrieß, Zucker, Haferflocken) gegen Krankenscheine findet bis auf weiteres in den nachstehenden Geschäften statt: für Marienthal B. Weger, Goethestraße 39; für die innere Stadt M. Brandt, von Lengerckestraße 29; für die übrigen Bezirke W. Biel, Manteuffelstraße 26.

Verkauf von städtischem Weizengrieß. Der siebte Abschnitt Warenbezugskarte für Kinder ist für diese Woche gültig für 200 Gramm Weizengrieß.

Die Mehlabgabe findet gemäß der ab 20. Januar d. J. geltenden neuen Warenbezugskarte wöchentlich mit 100 Gramm für jede Person durch den Händler statt, bei welchem der Haushalt zur Kundenliste für Mühlenprodukte und Teigwaren eingetragen ist. Ein wahlweiser Brotbezug auf diesen Abschnitt erfolgt nicht mehr; dagegen wird zugelassen, daß auf diesen Abschnitt 600 Gramm Torte oder Obstkuchen oder 800 Gramm sonstiger Kuchen in Konditoreien abgegeben wird.

Städtische Ersatzsohlen. An Minderbemittelte werden beim Lederhändler Einfeld, Quarree, gegen auf dem Mietamt erhältliche Bescheinigung Ersatzsohlen abgegeben, an Stelle des früheren städtischen Sohlleders. Es sind zwei Arten vorrätig, von denen die Sohlen je nach Größe 85 ₰ bis M. 2 und M. 1,90 bis M. 3,60 kosten. Die Schuhmacher dürfen für das Anbringen der Ersatzsohlen bei Männersohlen höchstens M. 2,55, bei Frauensohlen höchstens M. 2, bei Kindersohlen höchstens M. 1,40 fordern.

Selbstversorger in Fleisch werden darauf hingewiesen, daß durch Anweisung des Staatskommissars angeordnet ist, die Genehmigung zur Hausschlachtung nur bis zum 31. Januar d. J. zu erteilen ist. Nach dieser Zeit werden nur ganz ausnahmsweise Genehmigungen erteilt werden können.

Bramfeld. Zur Butterausgabe teilt die Lebensmittelkommission mit, daß wegen geringerer Zufuhren anstatt 70 Gramm diesmal nur 50 Gramm Butter zum Preise von 28 ₰ verteilt werden können. Der Verkauf erfolgt in allen Geschäften am Sonnabend von 4 Uhr nachmittags ab.

Schiffbeck. Der Amtsvorsteher macht bekannt, daß das Kriegsernährungsamt und der Staatskommissar angeordnet haben, daß die Hausschlachtungen spätestens bis zum 31. Januar vorgenommen sein müssen. Spätere Schlachtungen sind nur unter ganz besonderen Umständen zulässig. — Bei dem Händler Jührend werden Briketts abgegeben, pro Haushaltung ein Zentner. Bevorzugt werden Haushaltungen, die die ihnen zustehende Menge an Brennstoffen laut Kohlenkarte noch nicht erhalten haben.

Schiffbeck. Durch die bevorstehende Verteilung von Kaffee-Ersatz (Kolamischung) mit Zucker wird wieder in der Bevölkerung große Unzufriedenheit erregt. Der Verteilungsausschuß sucht uns diesen ziemlich ungenießbaren Kaffee-Ersatz dadurch genießbar zu machen, daß er ihn in Verbindung mit Zucker verteilt. Da nun 300 Gramm Kolamischung M. 2,01 und 250 Gramm Zucker 21 ₰ kosten sollen, so kommt der Zucker, weil das andere Gemisch beinahe wertlos ist, auf ungefähr M. 2,20 zu stehen. Der Verteilungsausschuß schreibt nun, daß er 400 bis 500 Zentner dieser Mischung als Reserve aufgespeichert habe, müsse diese aber bald los sein, da nach dem 15. März Kaffee-Ersatzmittel über den gesetzlichen Höchstpreis nicht ausgegeben werden dürfen. Nun ist man aber allgemein der Meinung, daß nicht die Verbraucher dazu da sind, den Schaden zu tragen, wenn die Zentral-Einkaufsgesellschaft sich von irgend einer spekulativen Seite ein solches ungenießbares Gemisch hat aufhängen lassen.

t. Alt-Rahlstedt. Nahrungsmittelausgabe. Ein Verkauf von Weichkäse durch die Gemeinde findet im Gemeindehause statt. Für jede Familie gibt es 1 Pfund zum Preise von 90 ₰. — Der Fleischverkauf im Schlachtbezirk 6 erfolgt am Sonnabend, 12. Januar, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags. Im Schlachtbezirk 8 findet die Fleischversorgung statt am Sonnabend, 12. Januar, von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags.

Schleswig-Holstein.

Gegen das preußische Dreiklassenwahlunrecht — für Frieden und gleiches Recht fanden in verschiedenen Städten der Provinz Schleswig-Holstein außerordentlich stark besuchte Kundgebungen statt. Die Versammlungen nahmen sämtlich einen glänzenden Verlauf und alle Erschienenen erklärten sich einstimmig mit den Ausführungen der Referenten einverstanden. Nur in Kiel, wo der Genosse Dr. Köster vor einer von 2000 Personen besuchten Versammlung referierte, versuchten einige Unabhängige, einen Mißton in die Versammlung zu bringen, was aber vorbeigelang. Die von der Parteileitung vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen. In Itzehoe sprach an Stelle des Genossen Cohen-Reuß Genosse Stoll-Altona vor mehr als 300 Personen und in Holtenau und Neumünster sprach wieder Dr. Köster. Die Ausführungen der Redner fanden überall lebhafte Zustimmung.

Schwurgericht.

11. Januar.

Vorsitzender: Landrichter Dr. Reimer.
Beisitzer: Landrichter Dr. v. Borries und Dr. Waldow.
Protokollführer: Gerichtssekretär Tügel.
Staatsanwalt: Erster Staatsanwalt Hollender.
Verteidiger: Rechtsanwalt Smith.

Auf Meineid lautete die Anklage gegen die Händlerin Theresa S. Im Oktober 1916 wurde die Angeklagte in einer vor dem Schwurgericht stattgefundenen Verhandlung gegen den Händler B. und dessen Ehefrau wegen Meineides außer vielen anderen Zeugen auch die jetzige Angeklagte eidlich als Zeugin vernommen. Nach der mit Freisprechung der Eheleute B. geendeten Verhandlung erstattete der mit ihnen befreundete, aber mit der jetzigen Angeklagten verfeindete Händler Kl. die Anzeige, daß die S. auf Eid in bezug auf ihren Lebenswandel eine unwahre Aussage gemacht hatte. Nach beendeter Voruntersuchung beantragte aber die Staatsanwaltschaft, da den Aussagen des Kl. und der übrigen Belastungszeugen kein Glauben zu schenken war, die Einstellung des Verfahrens. Die Strafkammer des Landgerichts ordnete aber die Erhebung der Anklage an, infolge dessen die S. sich nun wegen Meineides zu verantworten hat. In der jetzigen Verhandlung bestreitet die Angeklagte aber mit aller Entschiedenheit eine falsche Aussage gemacht zu haben. Nach der Vernehmung der Belastungszeugen, die einen wenig vertrauenswürdigen Eindruck machten, verneinten die Geschworenen den Anträgen des Staatsanwalts und Verteidigers gemäß die Schuldfrage. Das Gericht erkennt dann auf kostenlose Freisprechung der Angeklagten.

Ein recht unangenehmes Nachspiel hat die Sache noch für den Zeugen Kl. Da er nach seiner Vernehmung den Zeugniseid verweigert, wird er zu M. 100 Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis verurteilt.

Kleine Chronik.

Der moralische Zusammenbruch der Vaterlandspartei.

Die wüsten Vorgänge in der Versammlung der Vaterlandspartei für Großberlin, die bekanntlich im Verprügeln und Hinauswerfen der Kriegsbeschädigten gipfelten, beschäftigen andauernd die Presse aufs Lebhafteste. Die „Kreuzzeitung" sucht die Vaterlandsparteiler damit herauszureden, daß der Bund der Kriegsbeschädigten lediglich eine sozialdemokratische Gründung wäre. Als ob man sozialdemokratische Kriegskrüppel ungestraft beschimpfen und verprügeln dürfte! Im übrigen ist die Behauptung der „Kreuzzeitung" grundfalsch. Dr. Bresin, welcher der Hauptbeteiligte an dem Zusammenstoß war, ist Vorsitzender des Wahlvereins der fortschrittlichen Volkspartei für Berlin-Wilmersdorf. Und die Herren v. Gerlach und Prof. Neumann-Hofer, die am Sonntag in der Kriegsbeschädigten-Versammlung gegen die Vaterlandsparteiler gesprochen hatten, sind uns bisher als Sozialdemokraten auch nicht gerade bekannt. Es ist also unwahr, wenn die „Kreuzzeitung" behauptet, daß der Bund der Kriegsbeschädigten unter falscher Flagge segle und Giftmischerei betreibe. Er ist tatsächlich politisch neutral, fordert aber allerdings gerade auf Grund seiner Mitglieder im Felde eine ehrliche Völkerverständigungspolitik und die volle politische Gleichberechtigung der Kriegsteilnehmer. Wenn das den Alldeutschen sozialdemokratisch erscheint, dann sind heute wohl schon Regierung und Mehrheit des deutschen Volkes sozialdemokratisch.

Im übrigen kann die alldeutsche Presse die Roheit des Vergehens der Vaterlandsparteiler gar nicht bestreiten. Ganz unparteiische Schilderungen der Versammlungsvorgänge in der „Vossischen Zeitung" z. B. zeichneten ein so ergreifendes Bild der Mißhandlung der Kriegsteilnehmer, daß die Vaterlandsparteiler sich einfach entschuldigen müßten, wenn sie nicht von allen guten Geistern verlassen wären. Es kommt hinzu, daß die Behauptung der Vaterlandsparteiler unwahrscheinlich ist, daß die Polizei den Kriegsbeschädigten verboten hätte, zu reden. Wenigstens berichtet ein Organ der Vaterlandspartei, der „Berliner Lokalanzeiger", darüber ganz anders. Er schreibt:

„In einer Versammlung, die vorgestern abend von der Vereinigung der Kriegsbeschädigten veranstaltet worden war, war von einem Mitgliede der Vaterlandspartei dem Hauptredner des Abends Dr. Bresin, gestattet worden, daß er in der Versammlung der Vaterlandspartei sprechen dürfte. Der Landesverein Großberlin hatte aber nur drei Rednern das Wort verstattet."

Sonach hätte also nicht die Polizei, sondern der Landesverein der Vaterlandspartei entschieden, daß die Kriegsbeschädigten trotz der Zusage nicht reden dürften und damit den ersten Anlaß zu den schmachvollen Vorkommnissen gegeben.

*

In Jena hat die Vaterlandspartei indessen auch ein schmähliches Fiasko erlitten. Kriegerfrauen und Kriegerwitwen nahmen eine Entschließung an, in der es heißt:

„An einer baldigen Beendigung des Krieges hat das gesamte Volk das größte Interesse; die Kriegerfrauen und Kriegerwitwen verurteilen deshalb entschieden das kriegsverlängernde Treiben der sogenannten Vaterlandspartei, die sogar die Friedensunternehmungen des Reichstags und der Reichsregierung als nicht im Interesse des Volkes liegend verdächtigt und damit den Feinden Deutschlands immer wieder erneuten Anlaß gibt, die Furchtbarkeit und Entsetzlichkeit des Krieges in das Grauenhafteste zu steigern."

Zu der gleichen Zeit wurde in Jena auch ein zweites Volksgericht über die Vaterlandspartei vollzogen. Die Ortsgruppe Jena der Vaterlandspartei hatte eine öffentliche Versammlung nach dem großen Saale des Volkshauses einberufen, die von über 2000 Personen besucht war und polizeilich abgesperrt werden mußte. Aber das Volk erwies sich durchaus nicht als auf seiten der Vaterlandspartei stehend. Aus der Versammlung wurde angefragt, ob eine Diskussion stattfinde. Hierauf wollte der Vorsitzende aber nicht eingehen, sondern nur schriftliche Anfragen an den Referenten gestatten. Die Verweigerung der freien Aussprache versetzte die Versammlung in große Erregung. Aus der Mitte der Versammlung wurde angeregt, darüber abzustimmen, ob die Anwesenden für Machtfrieden oder Verständigungsfrieden seien. Mit Ausnahme ganz weniger erhob sich alles für den Verständigungsfrieden. Darauf schlossen die Vaterlandsparteiler die Versammlung.

Wie in Jena und in Berlin wird es auch in anderen Orten gehen; das Urteil der Oeffentlichkeit über das Verhalten der Vaterlandsparteiler wird feststehen. Sie berufen sich für ihre Eroberungspropaganda auf die Stimmen der Feldgrauen und auf die Interessen der Kriegsbeschädigten, denen angeblich ihre ganze Sorge gilt. Daß dies unwahre Vorwände zur Verhüllung eines blindwütigen Chauvinismus oder gar eigennütziger materieller Ziele sind, hat sich klar ergeben.

Die Mehlschiebungen in Wilhelmshaven. Im Besitz des städtischen Bureaugehilfen Fink in Wilhelmshaven, der die Lebensmittelverteilung leitete, fanden sich erhebliche Vorräte an Lebensmittelkarten und Bankkontobücher über große Summen. Fink wurde verhaftet und gestand, das Geld von dem Agenten Hohn, dem Bäckermeister Hayenga und dem Kaufmann Oltmanns erhalten zu haben, die nun gleichfalls verhaftet wurden. Fink machte den Mehlüberschuß für sich nutzbar, berechnete ihn haarscharf und führte ihn dann dem Hayenga zu, der seinerseits an die Bäcker ein äußerst knapp bemessenes Gewicht ablieferte. Für Hayenga ergaben sich hieraus Ueberschüsse an inländischem Mehl, die er für teures Geld als ausländisches Mehl verkaufte. Hohn leistete dem Hayenga hilfreiche Hand bei den Schiebungen. Er kommt auch in Frage für die Futterverteilung. Hohn war Vertreter der Firma van der Laan in Leer, der die Futterzentrale für ganz Ostfriesland übergeben ist. Es handelte sich hauptsächlich darum, daß Hohn und Hayenga inländisches Mehl, das sie zu normalen Preisen kauften, unter der Vorspiegelung, es sei ausländisches, zu enorm hohen Preisen verkauften, um sich einen unerlaubten Gewinn zu verschaffen. Soweit sich bisher übersehen läßt, kommen etwa 120 Sack Mehl in Frage, die zu einem Preise von M 4000 erworben und für M 30 000 verkauft wurden. Da die Mehlmenge den Bäckern sehr knapp zugewiesen wurde und da anderseits der Bedarf mit der wechselnden Kopfzahl der Bevölkerung sich nicht immer gleich blieb, so ergaben sich Mehlüberschüsse, die aber in den Buchungen von Hayenga und Fink nicht zutage traten. Den Vertrieb dieser Mehlüberschüsse übernahm Oltmanns, zum Teil an Konditoreien, zum Teil an auswärtige Händler. Ein Konditor, der an Mehlknappheit litt, bezahlte für einen Sack Mehl, dessen Einkaufspreis etwa M 27 betrug, die Summe von M 360. Hieraus läßt sich entnehmen, welche Gewinne von den Beteiligten erzielt wurden. Die Aufdeckung der Schwindeleien war deshalb so schwierig, weil der Lieferant und der städtische Kontrolleur unter einer Decke arbeiteten und weil beide das volle Vertrauen des Magistrats besaßen. Der eine befand sich als langjähriger Bürgervorsteher, Mitglied des Kirchenvorstandes und Obermeister der Bäckerinnung in angesehener Stellung, während der andere in vierjähriger Tätigkeit als besonders tüchtiger und geschickter Beamter sich das Zutrauen des Magistrates zu erwerben verstanden hatte. Mit welcher Dreistigkeit Hayenga vorging, erhellt unter anderem daraus, daß er noch am 4. Dezember in der öffentlichen Sitzung des Bürgervorsteherkollegiums dem Bürgermeister Vorwürfe darüber machte, daß die Stadt in große Verlegenheit geraten werde, weil zu wenig Mehl vorhanden sei. Tatsächlich hatte er Mehl in Hülle und Fülle. Gleichzeitig drängte Fink den Bürgermeister, er möge die Mehlmenge für die Bevölkerung wegen Mehlknappheit herabsetzen.

Das Unwetter. Starke Schneefälle und teilweise Schneestürme verursachten in Bayern zahlreiche Verkehrsstockungen. Der Eisgang der Isar ist bei München der stärkste in den letzten zehn Jahren. Hunderte von Kriegsgefangenen wurden zu den Schneeaufräumungsarbeiten requiriert. Auf der Strecke zwischen Donauwörth und Augsburg sind die Schneeverwehungen so stark, daß der Zugverkehr fast gänzlich eingestellt werden mußte. Die Berliner Schnellzüge müssen sämtlich umgeleitet werden. Auch im Personenverkehr sind große Verkehrsstörungen bemerkbar. — Wie das „Journal" aus New York erfährt, bietet die Stadt das Bild eines Eisfeldes. Die Straßen sind so vereist, daß sich Unfälle zu Hunderten ereignen. Der Wagenverkehr ist vollkommen unmöglich. Da auch die Straßenbahn den Verkehr einstellte, können die in den Außenquartieren wohnenden Bewohner ihre Arbeit in der City nicht aufnehmen. Das Eis hat durch sein Gewicht auch viele Telephon- und Telegraphenleitungen zerstört.

Zugzusammenstoß. Der verspätet fahrende D-Zug 179 fuhr am 10. Januar bei Ausfahrt aus dem Personenbahnhof Oschersleben (Bode) auf den im Rangierbahnhof einfahrenden Güterzug 5111. Ein Bediensteter schwer, einer leicht verletzt. Vom D-Zug 179 Maschine und Packwagen entgleist. Beim Güterzug erheblicher Materialschaden.

Die Pest in China. Zwischen Peking—Fenatschen und dem vorläufigen Endpunkte der Peking-Anihnang-Eisenbahn wurde der ganze Post- und Güterverkehr eingestellt da unter den Reisenden von Tatung'n nach Fengchen ein Pestkranker entdeckt wurde. In einem Umkreise von wenigen Meilen von Fenachen wurden zahlreiche Pestfälle festgestellt. In Fengchen befinden sich viele pestverdächtige Personen.

Oeffentlicher Wetterdienst.

(Dienststelle Hamburg. Deutsche Seewarte.)

Witterungsübersicht vom Freitag, 11. Januar.

Unser Bezirk hatte gestern bei Temperaturen über dem Gefrierpunkt vorwiegend wolkiges bis trübes, zu Niederschlägen neigendes Wetter. Am Tage fiel Regen, in der Nacht trat Schneefall ein, der vielfach, besonders in der Hamburger Gegend, von großer Stärke war. Das Thermometer stieg auf 1 bis 6 Grad und sank nachts auf — 1 bis 4 Grad. Heute morgen ist die Witterung etwas kälter, trübe, vielenorts fällt Schnee.

Wetteraussichten für Sonnabend, 12. Januar: Veränderlich. Temperatur etwas über Nullpunkt, wolkig bis trüb.

Anzeigen.

Bekanntmachung über die Abgabe von Lebensmitteln.

1. Zuckerhaltige Aufstrichmittel.

§ 1.

In der Woche vom 12. bis 18. Januar 1918 dürfen auf den Marmelade-Abschnitt der für die Woche gültigen Warenbezugskarte (Nr. 36) 250 Gramm Kunsthonig bei demjenigen Kleinhändler (Kleinverkaufsstelle), bei welchem der Verbraucher als Kunde in die Marmeladekundenliste eingetragen ist, abgegeben und entnommen werden.

Die Verteilung an die Verbraucher kann bei einigen Händlern erst von Dienstag, 15. Januar, ab erfolgen.

Die Kleinverkaufspreise für Kunsthonig betragen:

38 ₰ für je 250 Gramm bei Abgabe in Paketen oder Dosen,
75 „ „ „ 500 „ „ „ „ „
37 „ „ „ 250 „ in anderer Verpackung,
73 „ „ „ 500 „ „ „

2. Mühlenerzeugnisse.

§ 2.

Auf den Abschnitt 36a, 36b 36c der für die Woche vom 12. bis 18. Januar 1918 gültigen allgemeinen Warenbezugskarte und der Kinderwarenbezugskarte gelangen 80 Gramm Suppenmasse zur Verteilung.

Bei Verzicht auf Essenentnahme in den Kriegsküchen sind bei Entnahme der 80 Gramm Suppenmasse, die nur in derjenigen Kleinverkaufsstelle erfolgen kann, bei welcher die Eintragung in die Kundenliste erfolgt ist, die mit 36a, 36b und 36c bezeichneten Abschnitte der allgemeinen Warenbezugskarte bezw. Kinder-Warenbezugskarte abzutrennen.

Diejenigen, welche Essen in den Kriegsküchen erhalten können auf den Abschnitt 36a 40 Gramm Suppenmasse beziehen. Die mit 36b und 36c bezeichneten Abschnitte berechtigen jeder entweder zur Empfangnahme von 1 Liter (Portion) Kriegsküchenessen für drei Tage, oder ½ Liter (Portion) Kriegsküchenessen für eine Woche, oder zur Empfangnahme von 20 Gramm Suppenmasse in den Kleinverkaufsstellen.

Auf die beiden Abschnitte der Nährmittelzusatzkarte für Rüstungsarbeiter dürfen entnommen und abgegeben werden je
entweder ½ Liter (Portion) Kriegsküchenessen täglich in der Woche,
oder je 1 Liter (Portion) Kriegsküchenessen an drei Tagen in der Woche,
oder 20 Gramm Suppenmasse in derjenigen Kleinverkaufsstelle, in der die Eintragung in die Kundenliste erfolgt ist.

Soweit bei den Kleinhändlern noch Vorräte aus den Verteilungen der Vorwochen vorhanden sind, sind die Kleinhändler berechtigt und verpflichtet, diese an Stelle der Suppenmasse an die Verbraucher abzugeben. Falls der Kleinhändler noch Suppenwürfel übrig hat, darf auf den Abschnitt 36a statt 40 Gramm Suppenmasse ein Würfel zu 50 Gramm abgegeben und entnommen werden.

Die Abgabepreise für Suppenmasse betragen:

80 Gramm	12 ₰	480 Gramm	72 ₰
160 „	24 „	560 „	84 „
240 „	36 „	640 „	96 „
320 „	48 „	720 „	108 „
400 „	60 „	800 „	120 „

§ 3.

Auf den Abschnitt 36e der für die Woche vom 12. bis 18. Januar 1918 gültigen Kinderwarenbezugskarte dürfen in den bekanntgegebenen Kleinverkaufsstellen 250 Gramm Nährmittel (im allgemeinen in Packung) abgegeben und entnommen werden.

3. Butter und Margarine.

§ 4.

Für die vom 12. bis 18. Januar 1918 laufende Woche wird die Abgabe von 30 Gramm Butter und 40 Gramm Margarine auf den Kopf der Bevölkerung zugelassen.

Der Preis beträgt:
für 30 Gramm Butter .... 24 ₰
für 40 Gramm Margarine .... 16 ₰

4. Eier.

§ 5.

In der Woche vom 12. bis 18. Januar 1918 berechtigt der Eierabschnitt der Warenbezugskarte Nr. 36 für Kinder vom 7. bis 36. Lebensmonat zum Bezuge von einem Ei.

5. Abgabe von Kaffeemischung und Kaffee-Ersatzmitteln.

§ 6.

Eine Neuverteilung von Kaffeemischung und Kaffee-Ersatzmitteln aus den Beständen des Kriegsversorgungsamts findet nicht statt. Soweit die Kleinhändler noch Vorräte an Kaffeemischungen und Kaffee-Ersatzmitteln besitzen, sind sie in Ausdehnung der Bekanntmachung vom 29. November 1917, betreffend die Ausgabe von Kaffeemischungen und Kaffee-Ersatzmitteln, berechtigt und verpflichtet, bis auf weiteres auf 4 Kaffee-Abschnitte der Warenbezugskarte ¼ Pfund Kaffeemischung oder Kaffee-Ersatzmittel abzugeben.

Beim Bezuge für eine Person sind jeweils die Abschnitte der laufenden und der folgenden Woche und beim gleichzeitigen Bezuge für mehrere Personen die Abschnitte mehrerer Warenbezugskarten der laufenden und der nächsten Woche abzutrennen und vom Händler einzubehalten.

Soweit ein Bezug von Kaffeemischung und Ersatzmitteln auf die Kaffee-Abschnitte nicht erfolgt, berechtigt der Kaffeeabschnitt Nr. 36 zum Bezuge von einem 50-Gramm-Päckchen Deutschen Tees.

6. Strafbestimmungen.

§ 7.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu M. 1500 bestraft.

Hamburg, den 10. Januar 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung, betreffend Hausschlachtungen.

Einer Anordnung des Kriegsernährungsamts in Berlin zufolge müssen Hausschlachtungen bis spätestens 31. Januar d. J. vorgenommen werden. Die Abschlachtung der bei der Fleischabteilung, Kampstraße 46, für die Hausschlachtung angemeldeten Schweine muß daher bis zu dem genannten Termin erfolgen.

Hamburg, den 9. Januar 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung, betreffend Abgabe u. Bezug von Spanferkeln.

§ 1.

Am 15. Januar d. J. hört die Markenfreiheit der Ferkel bis zu 80 Pfund Lebendgewicht wieder auf. Das Fleisch solcher Ferkel darf dann wie anderes Schweinefleisch nur gegen Reichsfleischkarte bezogen und abgegeben werden.

§ 2.

Vom gleichen Zeitpunkt ab wird der Höchstpreis für Ferkel bis zu 80 Pfund Lebendgewicht auf M. 1,10 für 1 Pfund festgesetzt.

§ 3.

Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmung im § 1 werden nach der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs und den Handel mit Schweinen, gegen die Bestimmung im § 2 nach dem Reichsgesetz, betreffend Höchstpreise, bestraft.

Hamburg, den 11. Januar 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung, betreffend Marktbesuchstage für Händler u. Großverbraucher

Gemäß § 3 der Bekanntmachung vom 27. Juli 1917 wird die Besuchsordnung für Händler und Großverbraucher auf dem Deichtormarkt in der Woche vom 13. bis 19. Januar 1918 wie folgt bekanntgegeben:

	Hauptmarkt	Nebenmarkt vormittags	Nebenmarkt nachmittags
1. Gruppe: Händler (A-H) ..... Großverbraucher (A-G)	Mittwoch u. Freitag	Montag u. Donnerstag	Dienstag
2. Gruppe: Händler (J-P) .... Großverbraucher (H-P)	Montag u. Mittwoch	Dienstag u. Freitag	Sonnabend
3. Gruppe: Händler und Großverbraucher (Q-Z)	Montag u. Freitag	Mittwoch u. Sonnabend	Donnerstag

Hamburg den 10. Januar 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Bekanntmachung, betreffend die 3. allgemeine Ausgabe von Futtermittelkarten für Pferde.

§ 1.

Die 3. allgemeine Ausgabe von Futtermittelkarten für Pferde auf Grund der Bekanntmachung, betreffend Ausgabe von Futtermittelkarten für Pferde, vom 16. Oktober 1917 findet in der Zeit vom 14. bis 18. Januar 1918, zwischen 9 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags, in den Diensträumen des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts, Abteilung für Kartenausgabe, Dammtorwall 41, 3. Stock, statt, und zwar für Pferde, die

a) in den Stadtteilen Altstadt, Neustadt, St. Georg, St. Pauli, Steinwärder-Waltershof und Kleiner Grasbrook gehalten werden, am Montag, 14. Januar,
b) in den Stadtteilen Eimsbüttel, Rotherbaum, Harvestehude Eppendorf und in dem Vorort Groß-Borstel gehalten werden, am Dienstag, 15. Januar,
c) in den Stadtteilen Winterhude Hohenfelde und Eilbeck sowie in den Vororten Fuhlsbüttel Langenhorn, Klein-Borstel, Ohlsdorf und Alsterdorf gehalten werden, am Mittwoch 16. Januar,
d) in den Stadtteilen Barmbeck und Uhlenhorst gehalten werden, am Donnerstag, 17. Januar,
e) in den Stadtteilen Borgfelde, Hamm, Horn, Billwärder Ausschlag, Veddel sowie in dem Vorort Billbrook gehalten werden, am Freitag, 18. Januar.

Werden von einem Pferdehalter Pferde in Stadtteilen oder Vororten gehalten, für welche die Ausgabe der Futtermittelkarten an verschiedenen Tagen stattfindet, können die Karten für alle Pferde an einem Tage abgefordert werden.

§ 2.

Ausgegeben werden folgende Arten von Futtermittelkarten:
1. Futtermittelkarten für Pferde in landwirtschaftlichen Betrieben,
2. Futtermittelkarten für Pferde in Brauereien und Brennereien,
3. Futtermittelkarten für Ponies d. h. für Pferde, die, an der Schulter gemessen, unter 155 cm Bandmaß haben,
4. allgemeine Futtermittelkarten für die übrigen nicht genannten Pferde, mit Ausnahme jedoch der Händlerpferde.

Futtermittelkarten für Luxuspferde, die nur zur Bequemlichkeit oder nur zu Vergnügungszwecken gehalten werden, gelangen nicht mehr zur Ausgabe. § 5 Ziffer 1 der Bekanntmachung, betreffend Ausgabe von Futtermittelkarten für Pferde, vom 16. Oktober 1917 wird aufgehoben.

Für die Anträge auf Ausgabe von Futtermittelkarten für Pferde in landwirtschaftlichen Betrieben sind amtliche Vordrucke auf gelbem, für die Anträge auf Ausgabe der übrigen Futtermittelkarten amtliche Vordrucke auf weißem Papier vorgesehen.

§ 3.

Die Pferdehalter haben, sofern sie in der Stadt Hamburg wohnen, als Ausweis ihren Meldeschein vorzulegen. Privatanstalten, Stiftungen, Vereine, Genossenschaften, Gesellschaften und handelsgerichtlich eingetragene Firmen mit dem Sitz in Hamburg haben die ihnen als Ausweis im Verkehr erteilte behördliche Urkunde (Auszug aus dem Vereins-, Genossenschafts- und Handelsregister u. dergl.) vorzulegen. Oeffentliche Anstalten bedürfen eines Ausweises nicht. Pferdehalter, die außerhalb der Stadt Hamburg wohnen oder ansässig sind, haben als Ausweis eine Bescheinigung des für die in der Stadt Hamburg befindliche Stallung zuständigen Polizeibezirksbureaus darüber vorzulegen, daß sie in der Stallung Pferde halten.

Vertreter eines Pferdehalters haben bei Abforderung der Karten den Ausweis des Pferdehalters (Abs. 1) vorzulegen und sich durch eine schriftliche Vollmacht des Pferdehalters auszuweisen.

§ 4.

Für diejenigen Pferde, für die schon Futtermittelzulagekarten auf besonderen Antrag ausgegeben sind, werden auch bei der dritten allgemeinen Ausgabe Futtermittelzulagekarten ausgegeben. Pferdehalter, die Zulagekarten bewilligt erhalten wollen, haben den Antrag auf Ausgabe einer Zulagekarte auf einem amtlichen — rotfarbenen — Vordruck ordnungsmäßig ausgefüllt zugleich mit dem Antrag auf Ausgabe der Futtermittelkarte bei dem Hamburgischen Kriegsversorgungsamt, Abteilung für Kartenausgabe, einzuliefern.

§ 5.

Die Vordrucke zu den im § 2, Abs. 3 und im § 4 erwähnten Anträgen sind auf den Polizeiwachen erhältlich.

Hamburg, den 9. Januar 1918.

Hamburgisches Kriegsversorgungsamt.

Abgabe von Obst an Kleinhändler.

Laut Anordnung des Hamburgischen Kriegsversorgungsamtes soll vom **15. Januar 1918** ab wieder eine **Verteilung von Obst** stattfinden.

Scheine zur Empfangnahme des Obstes sind in unserem Kontor, **Stadtdeich 27, I.,**

werktägl. vorm. v. **9—12 Uhr** u. nachm. v. **3—6 Uhr** in Empfang zu nehmen, und zwar für die Buchstaben:

A	Montag,	14. Jan.,	L	Donnerstag,	24. Jan.,
B	Dienstag,	15. „	M	Freitag,	25. „
C	Mittwoch	16. „	N—O	Sonnab.,	26. „
D—E	Donnerst.,	17. „	P—Q	Montag,	28. „
F	Freitag,	18. „	R	Dienstag,	29. „
G	Sonnabend,	19. „	S—St	Mittwoch,	30. „
H	Montag,	21. „	Sch	Donnerst.,	31. „
J	Dienstag,	22. „	T—V	Freitag,	1. Febr.,
K	Mittwoch,	23. „	W—Z	Sonnab.,	2. „

Straßenhändler können nicht berücksichtigt werden.

Hamburger Obsteinkaufsgesellschaft m. b. H., Stadtdeich 27, I.

Neuausgabe von Lebensmittelkarten.

Am **Sonnabend, 12. Januar 1918,** werden **Zucker-, Fleisch-, Kartoffel-, Fett- und Milchkarten sowie Hafernährmittel- usw. Karten** für Kinder bis zum vollendeten 6. Monat und Zuckerzusatzkarten für Kinder unter 1 Jahr in den Brotkommissionen von 9 bis 1 und 3 bis 7 Uhr ausgegeben. Die Brotkommission Oevelgönne ist nur von 3 bis 7 Uhr geöffnet. Die übrigen Geschäfte der Kommissionen ruhen an diesem Tage.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die zur Ausgabe gelangenden Lebensmittelkarten nicht an Kinder verabfolgt werden. Die Anmeldung bei den Händlern ist bis Freitag, den 18. Januar 1918, vorzunehmen, bezüglich der Kartoffelkarten bis Mittwoch, den 16. Januar 1918.

Milch-, Zucker-, Mehl-, Zwieback-, Haferflocken- und Fleischkarten für Kranke und Milch-, Butter- und Zuckerkarten für hoffende und stillende Frauen werden in den Brotkommissionen am **Mittwoch, 16. Januar 1918,** von 1 bis 7 Uhr ausgegeben. Die Brotkommission Oevelgönne ist nur von 5 bis 7 Uhr geöffnet. Auch bezüglich dieser Karten hat die Anmeldung bei den Händlern bis Freitag, den 18. Januar 191 , zu erfolgen.

Altona, den 11. Januar 1918.

Der Magistrat. Schnackenburg

Anrechnung von Teigwaren und Mühlenfabrikaten in den Gemeinschaftsküchen.

Von Mitte Januar ab werden sowohl an die einzelnen Verbraucher wie an die Gemeinschaftsküchen wieder Teigwaren und Mühlenfabrikate abgegeben werden können. Infolgedessen treten unsere Bestimmungen vom 22. August 1917 über die Benutzung der Gemeinschaftsküchen auch bezüglich dieser Waren wieder in Kraft. Die Gemeinschaftsküchen (Kriegs- Volks- Bürgerliche Küche Herberge zur Heimat) haben demnach von Beginn nächster Woche ab bei der Vorausbestellung des Essens für die ganze folgende Woche für jede Literportion $^{6}/_{10}$ des Abschnittes für Teigwaren und Mühlenfabrikate bei Bestellung einer Literportion für drei Tage oder eine halbe Literportion für eine Woche $^{3}/_{10}$ dieses Abschnittes abzuschneiden. Bei Abgabe einer Literportion ohne Vorausbestellung wird die Warenbezugskarte nur dann und zwar $^{3}/_{10}$ des Abschnittes entwertet, wenn an dem Abnahmetage in der Hauptsache Teigwaren oder Mühlenfabrikate verabreicht werden. Zur Herstellung des auf Zusatzbezugskarte abzugebenden Essens sind Teigwaren und Mühlenfabrikate nicht zu verwenden. Soweit in der Volksküche oder in der Herberge zur Heimat Teigwaren und Mühlenfabrikate in der ganzen Woche überhaupt nicht verwendet werden, kann von der Entwertung der Warenbezugskarte Abstand genommen werden. Sofern in diesen Küchen das Essen von Personen, die zweifellos auf der Wanderschaft sind, verlangt wird, kann auch sonst von der Entwertung abgesehen werden.

Wandsbeck, den 9. Januar 1918.

Der Magistrat. Rodig.

Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion", e. G. m. b. H., Hamburg.

Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaft haben beschlossen, der Nr. 10 unserer Sparordnung folgenden Wortlaut zu geben:

Auszahlungen finden statt
bis M. 200 wöchentlich ohne vorherige Kündigung,
„ „ 500 mit 7tägiger „
„ „ 1000 „ 14 „ „
über „ 1000 „ 30 „ „

Die geänderten Bestimmungen über die Kündigungsfristen gelten nur für die Auszahlungen im Hauptkontor. Auszahlungen in den Verkaufsstellen der Handelsgesellschaft „Produktion" m. b. H. erfolgen wie bisher in kleineren Beträgen.

Hamburg, 4. Januar 1918. **Der Vorstand.**

Arbeitsmarkt

20 tüchtige Schlosser u. Maschinenbauer gesucht. **Berk & Martens,** Altona, Barnerstraße 36.

Perfekte Arbeiterinnen Adler Sack-, Stopf- und Flickmaschine gesucht. **Altonaer Margarine-Werke Mohr & Co., G. m. b. H.,** Altona, Kreuzweg 156.

Ges. **Schuhmach.,** evt. zum Mitarbeit. Tostmann, Gr. Bleichen 3.

Düneberg.

Sonnabend, den 12. Januar, früh, beginnt die Arbeit in den Betrieben Düneberg-West und Gorn in alter Weise.

Die Direktion.

Sofort gesucht **Zimmerer und Tischler.** F. Harriefeld, Wilhelmsburg.

Tüchtige Tischler sucht Möbelfabrik J. D. Heymann, Schönstraße 8.

Botin sofort gesucht. Pohnke, Brodschrangen 19/21

Zeitungsträgerinnen sofort gesucht. Pohnke, Brodschrangen 19/21.

Gesucht tüchtige Stepperinnen für Schuhmacherei. Priebisch, Lindenstraße 28.

Zuverl. Frau oder sonst geeignete Pers. z. Austrag. v. Ztg. ges. Rödingsmarkt 76 III r.

Ges. jg. Morg.-Mädch. bei altem Ehepaar. Henriettenstraße 42, I.

Nachtwächter, solid, zuverlässig, für kriegswichtige Fabrik in Eidelstedt zu sofort gesucht. Off. unt. Fabrik a. Exp. d. Z.

Bezugsquellen-Verzeichnis
Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Einkäufen.

C. Uecker, Eib-Drogerie.
Cigarren- u. Tabakhdlg.
W. F. Schröder Tabakfabrik Hamburg.
Drogen, Farben
Heinr. F. W. Stenze, Heussweg 50
Eisen- u. Stahlw., Waffen, Werkzg.
H. Th. Meyer Nachf. Steindamm 8. Werkzeuge
Essig und Senf
C. W. Petersen, Niendorf Essig- und Senffabrik.
Herr.- u. Knabengarder.
Arbeitsgarderoben Friedrich Ehle Sohn Altona Gr. Bergstr. 137
Hüte, Mützen, Pelzwar.
M. Götz, Hut-, Mützen, Reparb. 117.
Kohl., Koks, Holz, Brik.
W. Stölcken Heidenkampsweg 31/35
Weine und Liköre
Heinr. H. J. Schacht
Manufakturwaren
Bernhold & Co. Gr. Burstah 12.
Margarine
Schmelze Hamburg
Waren-Häuser
F. W. L. Poetsch Schulterblatt 152 [illegible]
Engros-Lager L. Wagner Eilbst.
Altona
Karstadt
Barmbek
M. Berkitz Hamburger Straße 84.
A. Pölkow, Volksdfr. St 15 Kurz-Weiß-Woll.
Eimsbüttel
Karstadt
Hammerbrook
Heinrich Löding Hammerbrookstraße 84.
Hamm
Kaiser-Drogerie, Luisenw., Ecke Probenw.
Wandsbek
Boyens, Schuh., sow. Rep., Lübeckerstr. 70 71
P. Klaje Schmidt Nachfolger v. Lengerckestraße 51/52.
Jul. Köpke Manufakturwaren, Aussteuer-Artikel Lübeck. Str. 149 u. Wandsb. Ch. 65.
Wedel-Schulau
Hagedo [illegible]
Arthur Schuster, Nachfg. Bazar, Neuer Steinweg 64.

Für das Bezugsquellenverzeichnis ist die Anzeigenzentr. der sozialdemokratischen Presse G. m. b. H., Leipz., Bosestr. 6 verantwortlich

Pelze in allen Fellarten preiswert! **A. M. POLACK & Co.** Hütten 85/89 Rechts vom Zeughausmarkt

Ulster, Paletots, Anzüge f. Herr. u. Jüngl. (a. f. stark. Herr.) M 50-120. Knab.-Palet., Ulster, Anz. in versch. Preisl. Hüte, Mützen, Berufsbekleid **Moderne Damen-Kostüme** M 60-200. **Mod. Damen-Mäntel** M 50-150. Blusen, Pelzkrag., Muffen. In mein **Pfandgeschäft** Annahme v. Pfänd. zu hoh. Vorschuss sow. Verk. v. Gold- u. Silberw., Uhr., Weck. **Nur Süderstr 70/72, Hambg. Von 1 bis 3 Uhr geschlossen.**

Moderne Damen-Kostüme M 60—200, mod. Dam.-Mänt. M 50—150. **Nur Süderstrasse 70/72, Hamburg.**

Tabakrippen Allerhöchste Preise zahlt Ad. Mehmel, Bauenfleth 49, III/577.

Leihhaus Osterstr. 86. Höchst Vorschuß. Bill. Verkauf

Bücherschrank, nußbaum gut erhalten, ges. Angebote m. Preis u. Größe unter Y. Z. A. an d. Exp. d. Bl.

2 gebr. Nähmaschinen preiswert zu verkaufen. Löwe, Wandsb. Chaussee 13.

Vermietungen

Hamburgerstr. 172, Voigt, 2 Zim.-Wohg., mtl. M 25. 2 r. 21

3 u. 4-Zim.-Wohn. mit Gas sind für M 360 und M 550 zu verm. Geissler, Schwabenstr. 33.

Zu verm. kl. Wohn., elektr. Licht, M 240-275. Michaelisstr. 18.

Konsum-, Bau- u. Sparverein „Produktion" (e. G. m. b. H.)

Sofort zu vermieten:
Eppendorf: Tarpenbeckstraße 56, Laden mit Wohnung, 2 Zimmer. ... M 550
St. Georg: Danzigerstraße 7, Laden ...... M 2000

Zum 1. April 1918 zu vermieten:
Uhlenhorst: Humboldtstr. 69, Hs. 2, II., 2 Zimmer..... M 250
St. Georg: Brennerstraße 26, II., 5 Zimmer..... M 700
Altona: Blumenstraße 55, I., 4 Zimmer.... M 520

Zum 1. April 1918 od. früher zu vermieten:
Hamm: Wendenstraße 361, I., 3 Zimmer..... M 450

Die Wohnungen sind mit Kachelküchen u. allen sonstigen Bequemlichkeiten versehen. Näh. Auskunft geben die Herren Hausverwalter; sonst wende man sich an die Wohnungsabteilung der **„Produktion",** Hamburg, Louisenweg 40

Zum 1. April zu verm. Altona, Schumacherstr. 7. 2 Etg. m. Gas, 3 Zimmer u. Küche, Preis M 300, daselbst Keller sofort Woche 3,50. Näh. Wolf, Altona, Marktstr. 65.

Versuchen Sie Ihr Glück!
Ziehung 1. Klasse 350. Hamburger Staatslotterie schon am 17. u. 19. Janr. 1918.
Höchstgewinn evtl.
M. 1000000
(Eine Million in bar).
Grösster Gewinn 1. Klasse im glücklichsten Falle
M. 50 000
„ 30 000
„ 20 000
Hierzu empfehle Original-Lose:
⅛ M 1.25, ½ M 5,—,
¼ „ 2.50, 1/1 „ 10,—.
M. Berlin, Hamburg 30, Eppendorferweg 192.
Umgehende Bestellung erb.

350. Hamburgische Staats-Lotterie
100 000 Lose mit in 7 Klassen verteilten 56 020 Gewinnen, Prämien und Freilosen; mehr als die Hälfte der Lose müssen gezogen werden.
Am 17. u. 19. Januar 1918
beginnen wieder die grossen Geldziehungen.
Evtl. Hauptgewinn Mark:
1000000
Preise der Lose 1. Klasse
⅛	¼	½	1/1
M 1,25	2,50	5,—	10,—

für alle Klassen

⅛	¼	½	1/1
M 25,—	50 —	100,—	200,—

empfiehlt und versendet
Emil Stiller, Bankhaus, Hamburg, Holzdamm 39.
Bitte recht baldige Bestellung!